

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis (Prämienband):  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Streifenband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2.60 Mark, für das übrige Ausland  
 4 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgelassene Kolonne  
 oder deren Raum 60 Pf. für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte  
 Wort 30 Pf. (zulässig 2 festgedruckte  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Stellenangebote und Schlafstellenan-  
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. April 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Eine Niederlage der Militaristen.

„Auf Ihren Befehl verzichte ich!“  
 Generalmajor a. D. Haeusler.

Mit einem Sturme leidenschaftlicher Erregtheit hat am Mittwoch die erste Beratung der neuen Wehrvorlage im Reichstage ihr Ende erreicht. So gewaltig durchbrausten die Wogen der Erregung das Haus von einem Ende bis zum anderen, daß fast unbemerkt von den Abgeordneten und ohne besondere Abstimmung der Präsident das gefährdete Schiff der Vorlage in den rettenden Hafen der Kommissionsberatung steuern konnte. Dadurch wurde auch die sozialdemokratische Fraktion daran gehindert, durch eine Abstimmung zu bekunden, daß sie die Wehrvorlage o h n e Kommissionsberatung a b z u l e h n e n gewillt war. Dieser Wille war freilich durch die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten schon vorher unzweideutig genug zum Ausdruck gebracht worden.

Nach dem Verlaufe des zweiten Tages hatte man kaum hoffen dürfen, daß der dritte Tag ihn an Bedeutung, an wuchtiger Demonstration gegen den kulturfeindlichen Militarismus übertreffen würde. Zu Bitterkeit hat er ihn aber erfreulicherweise noch in den Schatten gestellt, er wurde in seinem ganzen Verlaufe zu einem so schwarzen Tage für die Militaristen mit und ohne Uniform, wie ihn diese herausfordernde, selbstbewusste Oberschicht des herrschenden Klassenstaates selten erlebt hat. Der preussisch-deutsche Militarismus hat am Mittwoch eine Schlacht verloren!

Er ist darum selbstverständlich noch lange nicht besiegt. Dafür wurzelt er zu fest im Boden und im Wurzelgeflecht der bürgerlich-kapitalistischen Interessen. Wir sind auch keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß die Wehrvorlage — vielleicht ein wenig gerupft und zugefugt — im wesentlichen aber unverändert aus der Kommissionsberatung heraus und wieder vor das Plenum des Reichstages gelangen und daß sie schließlich mit großer Mehrheit von allen bürgerlichen Parteien angenommen werden wird.

Und doch hat das herrschende Militärsystem am Mittwoch einen betäubenden Schlag erhalten, von dem ihm einige Zeitlang der Schädel brummen wird und von dem auch zu hoffen ist, daß er die nicht mit dem herrschenden Militärsystem verknüpferten und verschwägerten Kreise des Bürgertums und die noch der Belehrung und Aufklärung zugänglichen Elemente unter den Bürgern und Bauern zum Nachdenken über die Unfehlbarkeit des preussisch-deutschen Militarismus veranlaßt.

Aus der zweiten Reihe der Redner zur Wehrvorlage hatten sich die bewilligungstrotzigen Parteien sans phrase, die Konservativen und die Nationalliberalen, streichen lassen — als freiwillige Opfergabe im Opferjahre zur schnelleren Verabschiedung der Wehrvorlage! So kam am Mittwoch von den großen Parteien nur noch ein Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei zu Wort. Dann begann schon die dritte Reihe der Redner, an deren Spitze unser Genosse Frank stand.

Frank wandte eine andere Art zu reden an als Scheidemann, aber sie war nicht minder wirkungsvoll. Mit ruhiger, überlegener Satire packte er die Gegner, und so unbarmherzig verfecht er ihnen oft den wohlverdienten Stoß, daß mancher Gegner selbst dann noch munter mitlachte, wenn er in den Augen der andern schon längst als Gezeichnete umherlief. Frank nahm sich besonders das Zentrum vor, das für das Schicksal der Wehrvorlage die Entscheidung in der Hand hält. Er hielt den vorlauten Herrn Erzberger, der am Tage vorher im munteren Wortschwall alle möglichen Reformvorschläge für das Heer gemacht hatte, fest beim Wort und kündigte ihm und seinen Freunden für die Kommissionsberatungen Anträge an, durch deren Annahme sie zeigen könnten, ob ihre Reden nur leerer Schall gewesen sind, nur Sand für die Augen harmloser Zentrumswähler, oder ob ihnen der demokratische Ausbau des deutschen Heereswesens eine ernste Sache ist.

Für einen solchen Ausbau bedürfte das Zentrum gar nicht einmal des sozialdemokratischen Rates. Es hat in seinen eigenen Reihen einen Fachmann, der in ausgezeichneter Weise im deutschen Heere Bekandtheit weiß, und der sich darin nicht nur mit den Augen eines Weltfremden und volksfeindlichen Berufsmilitärs umgesehen hat, sondern der trotz seiner einstigen hohen militärischen Charge demokratisches Empfinden zu besitzen scheint und zugleich den Willen zur Reorganisation des Heeres im Sinne der Demokratie mitbringt. Das ist der ehemalige bayerische Generalmajor Haeusler, Vertreter des unterfränkischen Wahlkreises Neustadt a. S.

Der Abgeordnete Haeusler hat schon einmal vor Jahren im Reichstage eine aufsehenerregende Rede gehalten, in der er gegen den Paradebrill und Kommissgeist und für militärische Reformen eintrat. Damals ist ihm seine mannhafteste

Rede parlamentarisch schlecht bekommen. Das Zentrum ließ ihn nicht wieder zu Wort kommen, es schickte bei Militärfragen statt dieses Fachmannes lieber den Alleswisser und Allesbesserwisser Erzberger vor, der seine besondere Verechtigung, über militärische Fragen mitzureden, vor allen Dingen darauf zu stützen scheint, daß er selber niemals Soldat gewesen ist und sich daher von irgendwelchen praktischen Erfahrungen nicht beschwert fühlt. Im vorigen Jahre, bei der Beratung der damaligen Militärvorlage, stand Herr Haeusler zwar endlich wieder einmal auf der Rednerliste. Aber das Zentrum — man denke: das Zentrum! — verhinderte durch einen schnell eingebrachten Schlußantrag, daß sein eigenes fachkundiges Fraktionsmitglied zu Wort kam.

Am Mittwoch wagte das Zentrum diese schändliche Vergewaltigung nicht wieder, so daß nach unserem Genossen Frank Herr Haeusler die Rednertribüne besteigen konnte. Er hat hier wie ein aufrechter, tapferer Soldat gestanden und für seine Ueberzeugung gefochten. Es hat ihn nicht beirrt, daß seine eigene Fraktion in betretenem Schweigen den Atem anhielt, aus Sorge, ob ihr der unerschrockene Bader auch wohl gar zu arge Unbequemlichkeiten bereite. Er hat sich nicht geschert, auszusprechen, was er für recht hielt, obwohl er stürmischen Beifall fast nur von der linken Seite und ganz besonders von den Sozialdemokraten erhielt. Er fiel nicht um, als ihm von den Bänken der Konservativen grimmige Juruse über die Unterstützung von links gemacht wurden. Schneidig variierte er den Hieb durch das rückhaltlose Geständnis: „Auf Ihren Befehl verzichte ich!“ Vor allen Dingen aber scherte sich der bayerische General a. D. den Teufel um die unsagbare Verblüffung und Fassungslosigkeit, die seine vernichtende Kritik am deutschen Militärsystem auf den Bänken des Bundesrats und bei den Generalen des Kriegsministeriums bewirkte. Gleichmütig schob er schon in den Eingangsworten seiner Rede die aufgedonnerte Autorität der militärischen Sachverständigen, die die Regierung des Deutschen Reiches beraten und für die gegenwärtige Heeresvorlage verantwortlich sind, beiseite. Er ist sich selber Autorität genug.

Und man muß zugeben, daß er Anspruch auf Autorität in militärischen Dingen besitzt. Das zeigt seine ganze Vergangenheit. Nach dem Reichstagshandbuch besuchte Haeusler das Realgymnasium zu Würzburg, die polytechnische Hochschule in München, die Kriegsschule, die Artillerie- und Ingenieurschule und die Kriegsakademie in München. Aber neben seinen militärischen Studien hat er auch noch an der Universität München orientalische Sprachen, Staatsrecht und politische Ökonomie studiert. Für seine Qualifikation zum militärischen Kritiker, besonders in den Augen der bürgerlichen Parteien und der Regierung, spricht auch seine eigentliche militärische Laufbahn. Er hat als Gemeiner, kaum siebzehn Jahre alt, am Feldzug 1871 gegen Frankreich teilgenommen; er hat dann in der Infanterie, in der Feldartillerie und im Generalstab gedient, wurde 1874 Leutnant, 1887 Hauptmann, 1900 Oberst, 1903 Generalmajor und ist in dieser Eigenschaft 1905 zur Disposition gestellt worden. Aber Haeusler hat sich auch in der Welt umgesehen, er hat Rußland, Persien und die Türkei bereist. Und dann bezeichnet das Handbuch noch die interessante Tatsache: „Ist von Anfang Oktober bis Weihnachten 1894 als russischer Staatsgefangener im 10. Pavillon der Zitadelle zu Warschau.“ Leider gibt Haeusler nicht an, warum er mit den russischen Gefangenen Bekanntschaft hat machen müssen. Aber daß er diese Tatsache nicht verschweigt, sondern sie ausdrücklich und ohne Nötigung erwähnt, beweist zum mindesten, daß er sich ihrer nicht zu schämen braucht, sondern sie für eine Ehre hält.

Dieser militärische Sachverständige hat am Mittwoch eine Rede gehalten, die — von einigen Einzelheiten abgesehen — so durchaus den Geist und die Tendenz der sozialdemokratischen Militärcritik widerspiegelt, daß die Partei nichts Besseres tun kann, als diese Rede so schnell wie möglich und so weit wie möglich in Deutschland zu verbreiten.

Und diesem militärischen Sachverständigen antworteten ein preussischer und ein bayerischer General!

Sie waren in keiner beneidenswerten Lage, da sie diesen Kritiker nicht wie andere bürgerliche Kritiker mit dem überlegen-herablassenden Tone des unfehlbaren Gamaschenknopfes abtun konnten. Aber daß sie alle beide so jämmerliche Figuren machten, daß sie nichts zu sagen wußten, als haltlose und inhaltslose Redensarten, daß sich der bayerische Kavalleriegeneral noch dazu bis über beide Ohren in die dicke Tinte parlamentarischer Unbeholfenheit hineinritt — das beweist nur die bejammernswürdige Dürftigkeit ihrer Gründe und ihrer ganzen militärischen Stellung.

Der dramatische Schluß der Verhandlung, besonders die schlagfertigen Erwiderungen der Genossen Ledebour und Frank auf die tolpatschigen Herausforderungen des Parlaments durch den bayerischen Militärbevollmächtigten, ließen klar erkennen, daß die Militärdiktatur in Preußen-Deutschland ein Ende haben kann und haben wird, sobald im Deutschen Reichstage eine entschlossene demokratische Mehrheit vorhanden ist.

Daß daran leider noch zurzeit und wahrscheinlich noch auf lange Zeit hinaus nicht zu denken ist, darin beruht die traurige Besonderheit der preussisch-deutschen Zustände. Und darum wird sich der Militarismus bald wieder von der heutigen Niederlage erholen.

Es ist die Aufgabe des arbeitenden Volkes, der Sozialdemokratie, durch unausgesetzte Aufklärung und nimmermüde Agitation die Niederlagen des Militarismus zu häufen und so dem militärpolitischen Ziele der Zukunft näher zu kommen: Volkswehr an Stelle der stehenden Heere!

Zwischen den Schlachten der Generale ließ sich auch noch einmal der Herr Reichskanzler vernehmen. Er betonte aber mit verdächtigem Eifer, daß er zu dem letzten Teil der Debatte nicht reden wolle. Vielleicht fürchtete er, als simpler Major der Landwehr von den Generalen des Kriegsministeriums und dem streiklustigen bayerischen General a. D. in solchen Dingen nicht für voll angesehen zu werden.

Er wandte sich einem anderen Gebiete der deutschen Politik zu, aber nur um die militärische Niederlage durch eine diplomatische zu ergänzen. Die scharfe Zurückweisung seiner unglücklichen Bemerkungen über den Kampf des Germanentums gegen das Slaventum durch Scheidemann öffnete ihm noch einmal den Mund. Er hat sich inzwischen überzeugen müssen, daß selbst die hypothetische Anwendung eines solchen gefährlichen Schlagwortes durch den leitenden Staatsmann des Deutschen Reiches gefährliche Rückwirkungen haben kann. So bemühte er sich, die Geister zu bannen, die er zwei Tage zuvor durch seine ungehörige Bemerkung selbst wachgerufen hatte. Es war die denkbar stärkste Selbstwiderlegung, die man sich denken kann.

Er suchte ferner den Nachweis Haeses zu entkräften, daß er und das Kriegsministerium sich erst durch die Treibereien des Wehrvereins zu der gegenwärtigen Vorlage hätten zwingen lassen. Herr Bethmann Hollweg erklärte mit einem gewissen Stolz, daß er selbst sich schon im November vorigen Jahres zu dem Entschluß durchgerungen habe, eine neue Militärvorlage einzubringen. Da diese Behauptung im stärksten Widerspruch zu allem steht, was noch im Dezember die offiziellen Blätter geschrieben haben, so bleibt nur zweifelhaft, ob der Reichskanzler damals oder heute die Deffentlichkeit irregeleitet hat.

Nach der Erledigung der ersten Beratung der Wehrvorlagen ging der Reichstag trotz der vorgeordneten Stunde und trotz der hochgehenden Wogen der Erregung sofort an die erste Lesung der Deckungsvorlagen. Der Schatzsekretär Kühn bemühte sich, sie dem Reichstage schmackhaft zu machen. Der alte Herr trug keine neuen Gründe vor, so daß er schließlich nur vor wenigen Abgeordneten seinen monotonen und matten Vortrag hielt.

Am Donnerstag wird es auch in diesen Fragen etwas lebhafter im Reichstage zugehen.

## Um zwanzig Millionen — Frieden!

Sowohl aus Paris als aus Rom kommen Nachrichten, daß Montenegro doch noch zum Einlenken sich veranlaßt sehen könnte. Es werde auf Skutari verzichtet und dafür eine finanzielle Entschädigung erhalten. Man spricht von 20 Millionen Frank. Die Nachricht klingt zunächst etwas operettenhaft, aber sie gewinnt gerade dadurch an innerer Wahrscheinlichkeit. Diese Lösungsart würde die Leistungen der europäischen Diplomatie würdig krönen und die internationale Flotte könnte wieder abdampfen. Der Friede wäre damit sicherlich nicht zu teuer erkauft. Nikita hätte sein Taschengeld, die österreichische Regierung ihren Willen und Europa endlich Ruhe.

Der Gedanke, die Sache mit Geld zu erledigen, ist — wer könnte daran zweifeln — zuerst russischen Regierungsmännern gekommen, und von der italienischen Regierung verständnisvoll aufgenommen worden. Beide Mächte wollen, falls ihre Vorschläge von den übrigen Mächten angenommen werden, einen dringenden Schritt in Cetinje tun. An Montenegro und die Türkei soll dann die Forderung gestellt werden, Skutari an eine internationale Truppenmacht auszuliefern. Montenegro erhält vielleicht außer der finanziellen auch noch eine territoriale Kompensation.

Auch über den Friedensschluß liegt eine günstige Nachricht aus Sofia vor, in der die Bereitwilligkeit Bulgariens zur sofortigen Unterzeichnung des Präliminarfriedens ausgesprochen wird.

### Die Auffassung in Wien.

Wien, 9. April. Im maßgebenden Kreise wird die Lage seit gestern optimistisch beurteilt. Die Ausschiffung der serbischen Truppen in Saloniki erfolgte auf Initiative der serbischen Regierung, welche auch weitere Nachschübe von Truppen und Munition nach Skutari nicht mehr machen will. In seiner Antwort auf die Vorstellungen der Großmächte ersuchte Serbien auch um genaue Bekanntschaft der festgesetzten Grenze Albanien. Dieser Wunsch soll erfüllt werden. Man knüpft daran die Erwartung, daß Serbien dann auch die Konventionen ziehen und Albanien räumen wird. Es wird bestätigt, daß die montenegrinische Regierung die offene Order der Porte an Effend Pascha über den Abzug der Zivilbevölkerung von Skutari mit dem Hinweis auf militärische Gründe nicht durchließ.

### Die Friedensverhandlungen.

Sofia, 9. April. (Waldung des Wiener N. N. Telegr.-Korr.-Bureaus.) An hiesiger kompetenter Stelle erblickt man keinerlei Hindernis für die sofortige Unterzeichnung des Präliminarfriedens. Was Bulgarien angeht, so wäre es jedenfalls zur Unterzeichnung bereit. Die Entscheidung hinge daher einerseits von den Großmächten, andererseits von den übrigen Balkanverbündeten ab, die Bulgarien in ihrer Haltung nicht beeinflussen können.

### Gegen die panslawistischen Demonstrationen.

Petersburg, 9. April. Der Stadthauptmann hat eine Verordnung erlassen, durch die jede Art öffentlicher Demonstrationen verboten wird und zu ihrer Verhinderung die schärfsten Maßnahmen angedroht werden. Ein kaiserlicher Armeebefehl, der heute veröffentlicht wurde, beschäftigt für Militärpersonen aller Rangklassen das Verbot, sich an Kundgebungen aller Art einschließlich solcher, wie sie am 6. d. M. stattfanden, zu beteiligen.

### Die Votschastertkonferenz.

London, 8. April. Wie das Reutersche Bureau erzählt, wird die Votschastertkonferenz, die heute im Anstehenden Amt zusammentrat und über zwei Stunden dauerte, vor Freitag nachmittags nicht wieder zusammentreten. Die Votschastert trafen die Entscheidung über die Antwort, welche die Mächte den Balkanstaaten auf deren letzte Note überreichen werden. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die den Balkanverbündeten bereits mitgeteilten Anschauungen der Mächte unverändert geblieben sind und daß dies aus der Antwort hervorgehen wird. In den zuvorigen Kreisen wird betont, daß die wirkliche Frage die sei, ob die Kriegführenden den Frieden wünschen. Im bevorstehenden Falle, so wird erklärt, sollte wohl keine Schwierigkeit bestehen, den Frieden zustande zu bringen. Dies werde den beteiligten Regierungen dargelegt werden, denen die Notwendigkeit und die Vorteile einer Einstellung der Feindseligkeiten einleuchtend vorgehalten werden würden. Erkundigungen in diplomatischen Kreisen zeigen, daß die Stimmung heute ein wenig hoffnungsvoller ist, ohne daß dafür ein Grund angeführt wird. Jedoch wird erklärt, daß die Haltung der Verbündeten gemäßigter erscheine. Es sollen zwei Vorschläge finanziellen Charakters gemacht werden, die einen gewissen Einfluß auf die montenegrinische Regierung haben dürften.

### Die Vorschläge der Mächte.

London, 9. April. (B. L. B.) Wie das Reutersche Bureau erzählt, wird die Note, welche die Mächte den Balkanstaaten in Erwiderung auf ihre Vorschläge für die Grundlagen der Mediation überreichen werden, und deren einzelne Punkte in der gestrigen Sitzung der Votschastertkonferenz festgelegt worden sind, folgenden Inhalt haben: Erstens: Die Mächte sind damit einverstanden, die gerade Linie Enos-Midia als Grundlage für die Verhandlungen über die neue türkisch-bulgarische Grenze anzunehmen. Zweitens: Die Entscheidung des Schicksals der Ägäischen Inseln, von denen die Mehrzahl Griechenland zufallen soll, wird den Mächten überlassen. Drittens: Die Frage einer Kriegsschädigung wird zusammen mit allen aus dem Kriege hervorgehenden finanziellen Fragen durch eine Finanzkommission in Paris erörtert werden. Viertens: Was Albanien betrifft, wird erklärt werden, daß die Nord- und Nordostgrenze von den Mächten, die über den übrigen Teil der Grenze beraten werden, bereits bestimmt ist. Zum Schluß werden die Mächte den Verbündeten empfehlen, die Feindseligkeiten einzustellen.

## Gegen die Forderungen des Militarismus.

### Der Eindruck der Rede Scheidemanns in Frankreich.

Paris, 9. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die gesamte Presse betont den großen Eindruck der Rede des Genossen Scheidemann. Das „Echo de Paris“ stellt fest, daß diese Rede das Niveau der Debatte hob. Der „Matin“ bezeichnet sie als eine fürchterliche Anklage, während der „Temps“ zwar feststellt, daß sie eine geschickte Kritik der alldeutschen Argumente sei, daneben aber behauptet, die Fraktion hätte nur gemäßigtere Redner vorgeschickt. Der Feldzug gegen die dreijährige Dienstzeit geht vorwärts. Am 19., 20., 26. und 27. April finden im ganzen Lande Protestversammlungen mit Deputierten als Rednern statt.

### Unerlöste Wettrüsten.

Es versteht sich von selbst, daß die deutschen Seeresvorlagen und vor allem die Art ihrer Begründung auch den russischen Rüstungstreibern erwünschte Gelegenheit geben werden, dem Volke neue Militärlasten aufzuerlegen. In welcher Richtung sie sich bewegen werden, geht aus den Meinungen des bekannten Militärschriftstellers M. Michailowitsch in der liberalen Moskauer Zeitung „Kustoje Slowo“ hervor: „Man muß hoffen — schreibt er —, daß die öffentliche Meinung Deutschlands die Gefahr einsieht, der die Anhänger des unerlösten Rüstens und des Militarismus das Reich entgegenreiben. Wird aber, wider alles Erwarten, die neue Reform im Reichstage angenommen, so erhebt sich vor Rußland die schwere Aufgabe, die Schlagkraft seiner Armee entsprechend zu verstärken. Bisher hatten wir an der Westgrenze ein numerisches Uebergewicht über unsere Nachbarn, was Rußland im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes mächtige Vorzüge gab. In technischer Beziehung wird unsere Armee stets hinter der deutschen zurückbleiben, und die Mobilisierung und Verfassung der Armee in Rußland voll-

zieht sich unvermeidlich weit langsamer als in Deutschland und Oesterreich. Deshalb können wir das numerische Uebergewicht nicht preisgeben, das allein imstande ist, die Baggchale zu unseren Gunsten zu senken. Verstärkt Deutschland die Friedensstärke seiner Armee um 132 000 und Oesterreich um 50 000 Mann, so muß Rußland seine Armee um 200 000 Mann verstärken, denn außer unserer Armee an der Westgrenze müssen wir noch unsere Truppenzahl an der chinesischen Grenze erhöhen.“ Als sofortige Maßnahme schlägt nun derselbe Autor vor, die an der deutschen und österreichischen Grenze stehenden Truppen auch in Friedenszeit auf die Kriegsstärke zu bringen. Diese Maßnahme meint er, wäre die einzige richtige Antwort auf die kriegerischen Maßnahmen der deutschen Seeresleitung.

### Wie es in der „slawischen Großmacht“ auf dem Balkan aussieht?

Die Befürworter der deutschen Rüstungsvorlagen phantastieren schon seit einiger Zeit von der „slawischen Großmacht“, die sie nach dem Zusammenbruch der Türkei im Südosten Europas entstehen sehen. Hören wir nun, wie der Balkankorrespondent des russischen Regierungsblattes „Kossija“ — also gewiß ein den Balkanländern freundlich gesinnter Zeuge — die heutigen Zustände auf dem Balkan schildert: „Nach offiziellen Angaben — schreibt er — sind etwa 20 000 bulgarische Soldaten in Bulgarien gestorben. Hinsichtlich der Serben, Griechen und Montenegriner sind keine genauen Angaben vorhanden; wird aber angenommen, daß sich die Gesamtzahl ihrer Toten auf ebensoviel belief, so beläuft sich die Zahl der in der ersten Hälfte des Krieges verstorbenen Soldaten auf 44 000. Fügt man zu dieser Zahl noch die im Kriege Gefallenen hinzu, ferner die erschlagene und massakrierte friedliche Bevölkerung in Mazedonien, so erhält man ganz fürchterliche Zahlen. Mazedonien selbst ist jetzt eine Wüste. Mehr als 100 000 Rußmänner, Frauen, Kinder und Greise, sind nach Kleinasien übergesiedelt und haben ihre wertvollste Habe mit sich genommen. Die zurückgebliebenen Nahrungsvorräte sind von den anrückenden Armeen vernichtet worden. Die Dörfer, die nicht verbrannt wurden, wurden von den regulären Truppen oder den Freiwilligenbanden und den Bajchi-Bojaks geplündert. Es müssen mindestens 10 bis 20 Jahre vergehen, ehe wir Mazedonien weniger unglücklich sehen, als in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege. Wenn die Sieger nach Beendigung des Krieges an die Teilung Mazedoniens schreiten, werden sie verwüstete, ausgezogene Landereien untereinander verteilen müssen. — Auch in Bulgarien steht eine wirtschaftliche Krise bevor, wenn der Krieg sich noch hinzuziehen sollte. Die klimatischen Bedingungen sind in diesem Jahre günstig, es ist aber niemand da, der die landwirtschaftlichen Arbeiten ausführen könnte.“

Was in allen eine hübsche Illustration zu der „Verschiebung der militärpolitischen Situation“ im Südosten Europas, von der Herr v. Bethmann Hollweg bei der Begründung der Seeresvorlagen im Reichstage gesprochen hat.

## Einladung zu einer Verständigungskonferenz.

Wie uns ein Privattelegramm mitteilt, ist gestern eine Einladung von Mitgliedern verschiedener Parteien des schweizerischen Nationalrats zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz, die am 20. April in Bern stattfinden soll, ergangen. Das Einladungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Unsere Nachbarländer Deutschland und Frankreich sind im Begriff durch verstärkte Einstellung von Rekruten und durch Verlängerung der Dienstzeit ihre stehenden Heere bedeutend zu vergrößern. Es liegt den Unterzeichneten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser uns befreundeten Nationen durchaus fern, aber sie beobachten die Entwicklung der Rüstungen mit schmerzlichem Interesse, weil unser Land durch zahllose wirtschaftliche und kulturelle Bande mit den beiden Völkern verknüpft ist, und sie leiten daraus das moralische Recht ab, ihre Dienste in wohlmeinender Weise anzubieten. Nicht sowohl der Inhalt, als der Zeitpunkt der Einbringung der deutschen und der französischen Seeresvorlagen ist geeignet, Beunruhigung hervorzurufen und selbst den europäischen Frieden zu gefährden.“

Alle jene Volksvertreter, die sich dieser Erkenntnis nicht verschließen, werden es als wichtigstes und erreichbares Ziel betrachten, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Rüstungsfrage herbeizuführen. Um den Mitgliedern der beiden Parlamente, die in dieser Auffassung mit uns einig gehen, Gelegenheit zu gegenseitiger Aussprache auf neutralem Boden zu geben, und um einen Weg zu dem Ziel der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu finden, erlassen die unterzeichneten, verschiedenen Parteirichtungen angehörenden Mitglieder des schweizerischen Nationalrates die Einladung zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz auf Sonntag, den 20. April, nach Bern. Die Teilnehmerliste sowie alle näheren Mitteilungen über Organisation der Konferenz werden folgen.

Cecques (Konf.), Dr. Sobat (freif.), Otensli (Soz.), Grimm (Soz.), Legler (Demokr.), Zurati (Konf.), Dr. Michel (freif.), Rischel (freif.), J. Scherrer, Jüllemann (Demokr.), Dr. Seiler (Konf.), Jean Sigg (Soz.), Stoffel (freif.), Otto Weber (Demokr.).

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. April 1913.

### Abgeordnetenhaus.

Ohne Ueberstunden geht es jetzt im Abgeordnetenhaus nicht mehr ab. Der noch zu bewältigende Stoff ist so umfangreich, daß es Dauersitzungen bedarf, um auch nur einen Teil vor den Wahlen zu erledigen. Dabei werden die wichtigsten Initiativanträge, u. a. der über die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht, trotzdem unter den Tisch fallen. Die Schuld trägt neben der Regierung, die den Etat auch diesmal wieder so spät eingebracht hat, die Mehrheit des Hauses, die einen Beratungsplan aufgestellt hat, der, anstatt die Debatten abzukürzen, zu einer Verlängerung derselben beiträgt. Als die Sozialdemokraten gegen diesen Plan aus geschäftsmäßigem und aus sachlichen Gründen protestierten, da ging man über den Einbruch zur Tagesordnung über. Inzwischen haben auch die Reichsparteien eingesehen, in welche Sackgasse sie geraten sind, sie mußten zugeben, daß der Protest der Sozialdemokraten berechtigt ist, und sie ändern den Plan von Tag zu Tag um.

Am Mittwoch wurde zunächst das Kapitel „Höheres Mädchenschulwesen“ des Kultusetats zu Ende beraten. Rameus der Sozialdemokraten sprach Genosse Vorchardt, der sich u. a. der durch die Reform des Mädchenschulwesens geschädigten Lehrerinnen annahm und mit treffenden Worten die Angriffe derer zurückwies, die den traurigen Mut haben, die Petitionen dieser Lehrerinnen als Ausfluß einer gewerbmäßigen Hege zu bezeichnen.

Die sodann einsetzende Debatte über das Elementarunterrichtswesen zeigte aufs neue, eine wie tiefe Weltanschauung nicht nur uns, sondern alle freiheitlich gesinnten Elemente ohne Unterschied der Parteirichtung von der konservativ-kerikalischen Gesellschaft trennt. Es ist kennzeichnend für den in Preußen herrschenden „Geist“, daß ein Vertreter dieser Richtung, der Kreischulinspektor Heß (Z.), unter dem Beifall des Hauses erklären konnte, daß die Erziehung für das Jenseits ihm höher stehe als die für irdische Zwecke. Bei solcher Anschauungen, die leider auch das Unterrichtsministerium teilt, ist die Vernachlässigung der Volksschule kein Wunder. Tatsächlich wird die Volksschule nach wie vor als Aschenbrödel behandelt. Bewiß hat der Lehremangel in Preußen abgenommen, aber Dank verdient Regierung und Landtag deshalb noch lange nicht, denn wenn noch immer fast 400 Lehrer gezwungen sind, mehr als 120 Schüler in einer Klasse zu unterrichten, so ist das ein trauriges Zeichen der Verhinderung an dem höchsten Gute des Volkes.

Es ist ganz gut, daß der schwarz-blaue Block die ersten beiden Redner zu diesem Kapitel gestellt hat und daß die Herren so offen ihrer Bildungsfeindschaft Ausdruck verliehen haben. Außer ihnen kamen nur noch die Nationalliberalen in dem Abg. Dr. v. Campc zu Worte.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

### Die Dispositionen des Abgeordnetenhauses.

In einer Besprechung von Parteivertretern des Abgeordnetenhauses wurde in Aussicht genommen, die Arbeiten des Hauses am 30. April abzuschließen. Bis dahin sollen noch außer der 2. und 3. Lesung des Etats das Beamten- und Arbeiterwohnungs-gesetz, das Odenwälderstrahengebiet, die ländlichen Pflichtfortbildungsschulen, die Berliner Stadtbahnelektrifizierung, das Ohmaringesetz, das über die innere Kolonisation und außer einigen kleineren Gesetzentwürfen das Eisenbahnleihegesetz erledigt werden. Für Anträge und Petitionen sind dabei 4 Tage vorgegeben. Den Schluß der Beratungen wird das Eisenbahnleihegesetz bilden.

Für den Fall, daß noch mit Rücksicht auf etwaige Änderungen, die das Herrenhaus an Gesetzentwürfen vornimmt, ein Sitzungstag nachträglich nötig werden sollte, würde der 14. Mai dafür in Betracht kommen.

### Zur Reichstagsnachwahl in Bamberg.

Aus Bamberg wird uns geschrieben: Um das Erbe des verstorbenen Zentrumsdemokraten Dr. Schädlers ist zwischen Zentrum, Liberalismus und Sozialdemokratie ein heißer Kampf entbrannt. Vor allem arbeitet das Zentrum mit einer Leidenschaft, als könne ihm der Wahlkreis schon bei dieser Wahl entzogen werden. Dazu ist leider wenig Aussicht, denn im Jahre 1912 erhielt es 14 724 Stimmen, während wir 5026, die Fortschrittler 4430 Stimmen ausbrachten. Um so bemerkenswerter ist die riesige Agitation des Zentrums. Am Sonntag, den 6. April, hielt es nicht weniger als 13 Versammlungen ab. Anscheinend fürchtet es, daß es seinem Kandidaten, dem Domprediger Leicht in Bamberg, schwer fallen wird, die Stimmenzahl des sehr beliebten gemessenen Dr. Schädlers zu erreichen.

Die Liberalen, für die der Postlektor Krauß kandidiert, haben sich zum Ziel gesetzt, uns in dieser Nachwahl an die dritte Stelle zu drücken. Sie rechnen damit, daß es in absehbarer Zeit auch in diesem Wahlkreis zu einer Stichwahl mit dem Zentrum kommen wird und möchten uns ausschalten. Das werden aber liberale Träume bleiben, denn unsere Genossen, die in dem Landtagsabgeordneten Johann Vogel (Fürth) einen eifrigeren Kandidaten gefunden haben, bearbeiten den überwiegend ländlichen Wahlkreis nach Kräften.

An Unaufrichtigkeit der Kampfmethoden sucht das schwarze „Bamberger Volksblatt“ alles bisher Dagewesene zu überbieten. Diese Zeitung hat erst neulich einen Reform im Fächchen aufgestellt, indem sie den heiliglich-sozialen Reichelmörder des Genossen Schummeier frischweg in einen Sozialdemokraten umschwindelte und sich nur auf wiederholtes Drängen unseres Würzburger Parteiorgans zu einer teilweisen Richtigerstellung zu verstehen vermachte. Jetzt leistete sich dieses liebliche Christenblatt sogar folgende ungeheuerliche Behauptung:

„Es läßt sich aus der Lehre und Praxis der Sozialdemokratie nicht nur der Meineid, sondern auch die Töge, der Diebstahl und der Reichelmord nachweisen.“

Solchen Schurkereien gegenüber hört natürlich alles soziale Volkemüßter auf. Sie sind aber ein trefflicher Beleg dafür, welches journalistische Strouchnittertum sich in Zentrumskreditionen breit machen darf.

Der Zentrumskandidat, Domprediger Leicht, scheint diese tiefstehende Kampfweise sogar noch für vorbildlich zu halten, denn er möchte die — gegnerische Presse zum Anstand. Von den demokratischen Allüren Schädlers ist dieser Herr ganz frei. Es ist bezeichnend für die Wandlung im Zentrum, daß man das Mandat Schädlers, der das Wort von den „Kanonen und Steuerzetteln“ geprägt hat, einem militär- und flottenbegeisterten Imperialisten im Preisertrotz angetragen hat. Seine Kandidatenrede war ein rückhaltloses Bekenntnis zur unerlösten Weltpolitik. Das Zentrum hat denn auch im Wahlkampf die Forderung nach verstärkten Rüstungen unbedingt in den Vordergrund gerückt.

Die größte Gefahr erblickt der Zentrumskandidat Leicht darin, daß die Jugend einmal von den sozialistischen Ideen, das heißt den Idealen des Völkerfriedens, „durchschaut“ sein könnte. Völlig richtig dieser eigenartige Prediger christlicher Nächstenliebe in seiner Programmatik aus:

„Da müssen alle Kanonen und Bajonetts nicht, denn die Kanonen geben nicht von selbst los, die müssen abgefeuert werden, und mit den Bajonetten muß zugehoben werden.“

Das ist wirklich kurioses Christentum. Mutiger kann das Wort Jesu Christi: „Selig sind die Sanftmütigen...“ nicht verhöhnt werden.

Man glaubt diesem milden Christen aufs Wort, wenn er in derselben Rede prählte, er habe „einen guten Wagen und eine gute Haut“, und versteht auch seine heffinnige Bemerkung, „daß man von einem Tier, daß das ganze Jahr Heu frisst, keinen Honig erwarten kann“.

Die bairische Grobheit und biedere Offenheit des frischgedankenen Zentrumskandidaten hat ihn übrigens zu dem bemerkenswerten Geständnis veranlaßt, daß die ganze politische Macht des Zentrums auf dem Alerus beruht:

„Es ist meine feste Ueberzeugung, wenn unsere katholischen Geistlichen nur fünf oder zehn Jahre in den Vereinen nicht mehr tätig sein würden, dann wären wir bald am Ende.“ („Bamb. Volksbl.“ Nr. 78.)

So ist es. Nur der Alerus hält die Wählermassen des Zentrums noch zusammen. Die bessere Einsicht würde zahllose katholische Arbeiter und Bauern längst in die Reihen der Sozialdemokratie geführt haben, wenn sie nicht der geistliche Terrorismus zurückhielt.

### Erkrankung des Papstes.

Der Zustand Pius X., der schon seit längerer Zeit an einer Nierenkrankheit leidet, hat sich bedenklich verschlimmert. Das Herz funktioniert nur noch schwach und die Fiebertemperatur ist auf 88 1/2 Grad gestiegen. Der Papst verweigert die Nahrungsaufnahme. Seine Umgebung überredet ihn nur mit Mühe, wenigstens Milch und Eier zu sich zu nehmen.

### Ein ostelbisches Kulturbild.

In der vor der Reichstagswahl herausgegebenen „Wahlzeitung“ des Bochumer „Vollblattes“, für die Genosse Pierenlänger in Bochum verantwortlich zeichnete, war eine aus einem polnischen Blatte stammende Notiz abgedruckt worden, nach der eine 80jährige kranke Gutsarbeiterin im Wege der Armenpflege von dem Gutsverwalter Nebe in Radlin (Posen) in einem Schweinestalle untergebracht worden sei. Der Verwalter stellte Strafantrag. Die Sache wurde mehrfach vertagt, da auch gegen den Redakteur des polnischen Blattes und einen Probst als dessen vermeintlichen Mithäter Anklage erhoben worden war. Am Sonntag hatte sich nun in der Strafsache gegen Genossen Pierenlänger das Bochumer Schöffengericht mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Dabei wurde ein agrarisches Kulturbild aufgeführt, wie es trostlos kaum denkbar ist. In dem auf Antrag des Verteidigers verlesenen Urteil aus dem Prozeß gegen den polnischen Redakteur und den Probst wurde als Ergebnis der Hauptverhandlung festgestellt, daß in dem betreffenden Raum, der ursprünglich ein Kuhstall gewesen ist, sich bis zwei Tage vor der Einpferchung der kranken Greisin Schweine befunden haben, daß der Stall unmittelbar an einen anderen Schweinestall grenze und in unmittelbarer Nähe sich der Misthaufen befindet. Der Raum selbst hat keinen Fußboden und keine Decke gehabt. Die Scheiben des einzigen vorhandenen Fensters von etwa einem halben Meter im Quadrat sind zum Teil entzwei gewesen. Auch war kein Ofen vorhanden. Der andere Raum, in den die Greisin dann gebracht worden ist, war nach den in der Verhandlung gemachten Feststellungen noch schlechter. Der vorhandene Ofen ist so defekt gewesen, daß er wegen des austretenden Rauches unbrauchbar war. Die Fensterscheiben waren entzwei, das Bett eingebrochen. Der Verwalter hat sich, nachdem er die Anordnung getroffen, der Kranken das Essen zu bringen, überhaupt nicht um sie gekümmert. Niemand hat die Kranke gepflegt oder gereinigt, obwohl sie an einem schweren chronischen Blasenleiden litt.

Angeichts dieses vernichtenden Urteils der Armenpflege auf diesem Muttergute beantragte der Amtsanwalt ohne weiteres die Freisprechung des Genossen Pierenlänger, und das Gericht entsprach diesem Antrage.

### Einzug des Erzbischofs Hartmann in Köln.

In Gegenwart des Oberpräsidenten von Rheinbaben, der Spitzen der Militär- und Zivilbehörden Kölns, der Regierungspräsidenten von Aachen und Düsseldorf, der Oberbürgermeister von Aachen und Bonn, von Vertretern der Rheinischen Arbeitsgenossenschaft, der evangelischen und jüdischen Geistlichkeit, von Reichstags- und Landtagsabgeordneten fand heute die Inthronisation des Erzbischofs von Köln, Felix von Hartmann statt.

Um 8 1/2 Uhr wurde der Erzbischof in feierlichem Zuge aus dem Palais abgeholt und gegen 9 Uhr hielt er unter Glockengeläute und Orchestralmusik seinen Einzug in den Dom, wo ihn Dompropst Verlage und das Metropolitankapitel empfingen und ihn zum Sakramentsaltare geleiteten. Hier verrichtete der Erzbischof eine kurze Andacht. Er wurde dann zum Hauptaltar und zum erzbischöflichen Thron geleitet, auf dem er Platz nahm. Hierauf wurde die päpstliche Präkonisationsbulle verlesen. Dann zelebrierte der Erzbischof das Pontifikalamt.

### Rekrutenmishandlungen in großem Umfange.

gegangenen gestern vor dem Kriegsgericht der Königl. Landwehrinspektion in der Odenstraße zur Aburteilung. Unter der Anklage der Mishandlung Untergeordneter in 43 Fällen, der vorschriftswidrigen Behandlung in drei Fällen und der Ächtungsverletzung hatte sich der Bismarckmeister der Landwehr Hinz zu verantworten. Er wurde im vorigen Jahre entlassen und richtete dann an das Generalkommando eine Eingabe, in der er um Wiedereinstellung ins Regiment bat. Dabei ließ er in dem Bericht durchblicken, daß in seiner Batterie alles mögliche vorgekommen sei, und daß sich mehrfach Vorfälle gegenüber den Untergebenen ereignen hätten zu schulden kommen lassen. Während man aber die Vergehen anderer Unteroffiziere unterdrückt habe, sei er entlassen worden. Es wurde nun eine Untersuchung eingeleitet, die damit endete, daß zwei Offiziere verurteilt und einige andere von den gegen sie erhobenen Anklagen freigesprochen wurden. Die Mannschaften der Batterie wurden alleamt vernommen und sie gaben fast sämtlich an, daß sie von den Unteroffizieren mishandelt worden seien. Dagegen habe sie jedoch am meisten geschlagen. Nun wurde auch gegen H. selbst die Anklage erhoben. Er war in den Jahren 1911/12 Rekrutenunteroffizier, und während dieser Zeit hat er, wie in der gestrigen Verhandlung festgestellt wurde, die Mishandlungen ausgeführt. Die Anklage nahm 43 Fälle an, doch ist heute gar nicht mehr festzustellen, wie oft sich der Angeklagte an den Untergebenen vergangen hat. Beim Turnen ließ H. fast stets einen Stock in Aktion treten, mit dem er den Mannschaften „nachhelfte“. Nam einer nicht über das Übungspferd, so gab er einen Schlag mit dem Stock aufs Gesicht. Dies war an der Tagesordnung. Die Leute ließen sich ruhig alles gefallen und redeten über die Mishandlungen gar nicht. Aber auch der Säbel in der Scheide wurde beim Turnen angewandt. Der Beschuldigte schlug damit auf die Untergebenen ein. Beim Unterrecht suchte Hinz die Leute, die nicht nach seinem Bunsche die Antworten gaben, gewöhnlich durch Wappsteifen zu „erziehen“. Ferner wurde in der Anklage ein Fall angeführt, in dem ein Untergeordneter eine halbe Stunde hindurch in der Kniebeuge mit vorgestreckten Händen verharren mußte.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Schulze, hob hervor, daß man eine fortgesetzte Handlung, die allerdings einen recht erheblichen Umfang erreicht habe, annehmen müsse. Die Ausstellungen seien geeignet, den Untergebenen den Dienst zu verfehlen. Da der Angeklagte inzwischen bereits im Zivilleben sei, so könne man diesen Umstand mildernd in Betracht ziehen und einen milden Fall annehmen. Er beantragte sechs Wochen gefänglichen Arrest. Das Kriegsgericht ging nach erheblichen unter das beantragte Strafmaß herunter und erkannte auf nur drei Wochen gefänglichen Arrest. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß der Angeklagte nicht als ein sog. Soldatenkinder zu bezeichnen sei und daß er die Mishandlungen lediglich im Hebereißen verübt habe.

Ein höchst seltsamer Nebenzeuge!

### Belgien.

#### Der Generalstreik im Brüsseler Gemeinderat.

Man schreibt uns aus Brüssel vom 8. April: In der gestrigen Sitzung des Brüsseler Gemeinderates gab es erst eine Beschwärde des sozialistischen Gemeinderates Genossen Pladet über die übertriebenen polizeilichen Vorkehrungsmaßnahmen bei der heutigen Truppenrevue. (Es ist nämlich u. a. verboten worden, mit Zeiteln und dergleichen zu werfen — mit Rücksicht auf das Scherwerden der Pferde, wie der Bürgermeister erklärte.)

Genosse Gysmans beschäftigte sich dann mit dem Was des Gemeindefolgebüros, der die eventuell am General-

streik teilnehmenden städtischen Arbeiter mit sofortiger Entlassung und Nichtwiedereinstellung bedroht. — Gysmans charakterisierte diese Maßnahmen als eine Provokation der Arbeiterklasse und wies auch darauf hin, daß die Arbeiterklasse schon seinerzeit erklärt hätte, daß bei einem Streik keinesfalls jene Dienstleistungen mit einbezogen werden würden, die die öffentliche Hygiene, Spitaldienst usw. betreffen. Gysmans war schließlich dem Bürgermeister eine Schwankung nach rechts vor. — Außerdem beschwerte sich Gysmans über das Verbot, Sammellisten für den Generalstreik in den kommunalen Werkstätten und Büreaus zirkulieren zu lassen. —

Der Gemeinderat beschloß auf Anregung eines sozialistischen Gemeinderats, an die Bevölkerung die Aufforderung zu richten, sich während des Generalstreiks ruhig zu verhalten, um in den nach dem Willen der Organisatoren friedlichen Streik keine Störungen hineinzutragen, und so der obersten Behörde keine Gelegenheit zum Einschreiten zu geben. — Dagegen erklärte der Bürgermeister die Maßnahme als verfrüht und eher dazu angehen, das Publikum zu beunruhigen, die Besitzer von Wirtschaften zu einem zeitigen Schluß ihrer Lokale, nämlich um 10 Uhr, zu veranlassen. — Verschiedene Provinzgemeinden haben ähnliche Maßnahmen getroffen.

### Die Maßnahmen der Regierung.

Brüssel, 9. April. (Fig. Ber.) Im Hinblick auf den Generalstreik werden bereits große Truppenbewegungen vorgenommen. Die Mannschaften des Jahrganges 1910 werden, obwohl ihre Dienstzeit beendet ist, unter den Waffen gehalten und 10 Reservejahrgänge der Pioniere werden einberufen, um die streikenden Elektrizitäts- und Gasarbeiter zu ersetzen. In allen größeren Ortschaften der Kohlenreviere und Industriebezirke wird Infanterie und Kavallerie einquartiert. Die Gendarmen der Provinz werden nach Brüssel dirigiert und durch Militär ersetzt.

Der Garnison-Bavstentisch aus Anlaß des Geburtstages des Königs veranlaßte Diensttagabend in Brüssel und in Gent große sozialistische Kundgebungen. Zehntausende Arbeiter begleiteten die Militärkapellen unter Hochrufen auf das Wahlrecht und auf den Generalstreik. In Gent demonstrierten die Soldaten durch Singen von Arbeiterliedern mit.

### Schweden.

#### Die Finanzierung der „Pensionsversicherung“.

Stockholm, 7. April. (Fig. Ber.) Die Regierung hat nunmehr endlich einen „Finanzplan“ für ihre „Pensionsversicherung“ ausgearbeitet und etwa 14 Tage nach der Versicherungsvorlage dem Reichstage unterbreitet. Wenn irgend ein Zweifel bestand über den Unsinn derartiger Gesehsmacherei, erst ein Versicherungssystem zurechtzubekommen und nachher die finanzielle Dedung suchen, so liefert die Finanzierungsvorlage diesen Beweis recht nachdrücklich. Denn die staatlichen Zuschüsse, die in dieser „Versicherung“ die Hauptrolle spielen, sollen gedeckt werden durch

1. Tabaksteuerung,
2. verstärkten Erzexport.

Bis 1930 soll der Tabak mehr als die Hälfte des Staatszuschusses decken, von 1930 bleibt der Betrag etwas unter der Hälfte zurück. Noch im Jahre 1930 bedt die Tabaksteuer 12 Millionen von insgesamt erforderlichen 22,15 Millionen Kronen. Man hat sich also nicht scheut, die wesentlichsten Kosten dieser „Versicherung“ auf eine indirekte Steuer zu wälzen. An sich mag die Idee ganz genial sein, sich zu einer Alterspension zu schnapen oder zu rauchen. Je mehr Geld der schwedische Staatsbürger in Rauch aufgehen läßt oder verschluckt, je sicherer gestaltet sich die Grundlage seiner Alterspension! So gestaltet sich in Schweden eine von Sozialdemokraten unterstützte Sozialversicherungspolitik der liberalen Regierung.

Damit in dieser Strähwinkelpost ein wenig Tragödie nicht fehlt, informiert das Hauptorgan der schwedischen Sozialdemokratie, der Stockholmer „Socialdemokraten“, seine Leser dahin, daß für die Finanzierung der „Vollpensionierung“ (so nennt das Blatt selbst das Mirakel) „keine indirekten Steuern“ herangezogen werden. Das Blatt scheint seine Leser recht niedrig einzuschätzen, wenn es ihnen die Tabaksteuer als keine indirekte Steuer glaubt präsentieren zu können.

Die zweite Finanzquelle ist nicht minder originell. Während bisher alle ernsthaften Volkswirte Schwedens sich gegen vermehrten Eisenerzexport entschieden gewandt haben, das nationalökonomische Problem vielmehr darin erblickten, die schwedischen Kohlerze im eigenen Lande zu verhütten, sollen nach dem Willkommen der Regierung mit dem Truht bis 1932 insgesamt 31 Millionen Tonnen mehr Kohleisen gefördert und exportiert werden. Der Staat soll aus dieser Transaktion 288,5 Millionen Kronen ziehen, die er zur Verminderung der Auslandschuld verwenden wird, die aber auch das an der Tabaksteuer für die „Vollpensionierung“ fehlende Geld decken sollen. Insgesamt sollen bis 1933 jener Summe rund 30 Millionen Kronen für diesen Zweck entnommen werden, womit dann, zuzüglich der Zinsen des aus den Getreideböden aufgespeicherten Arbeiterversicherungsfonds und der progressiv steigenden Tabaksteuer, die den Hauptanteil trägt, die Finanzierung erfolgt sein würde. Und dieser vermehrte Erzexport wird vorgezogen und von sozialdemokratischer Seite unterstützt im selben Augenblick, wo die Presse berichtet, daß die elektrischen Hochofenwerke Schwedens bereits für eine Jahresproduktion von 80 000 Tonnen eingerichtet und Vorbereitungen für eine weitere Produktion von 36 000 Tonnen im Gange sind. So lange das Ziel der elektrischen Eisenschmelze nicht erreicht war, bekämpften Sozialdemokraten und Liberale die von den Großkapitalisten geforderte Forcierung des Erzexports. Jetzt ist jenes Ziel erreicht: die elektrische Eisenschmelze ist aus dem Versuchsstadium in das Stadium effektiver Produktion getreten und bedarf nun eigentlich selbst möglichst billiger, guter Erze. Da ist den einseitigen Wegnern der Tag für vermehrten Erzexport gekommen! Begründet wird die Forderung damit, daß sonst der deutsche Markt verloren geht. Die Begründung ist ebenso genial wie die wirtschaftspolitische Tat selbst.

Als blauer Dunst werden zur Veruhigung des Publikums wiederum jene phantastischen Zahlen über den nordschwedischen Erzreichtum hervorgezaubert, die schon im Jahre 1905/06 zu einer unheilvollen Wlamage des damaligen Ministeriums Staats führten. Wenn der Truht mit dem Staat ein Geschäft machen wollte, hat er immer „wissenschaftliche“ Untersuchungen zur Hand gehabt, die einen fabelhaften Erzreichtum feststellten. Diesmal paßt das Verfahren anscheinend mit den Wünschen der Regierung überein und so wird selbst die sozialdemokratische Arbeiterklasse mit den Nieren-erzlagern Nordschwedens getroffen. Man redet sich gar ein, daß der Staat ein famoses Geschäft dabei macht, weil bei einer eventuellen Verstaatlichung der Gruben 1932 ein Abzug von der Kaufsumme von dem auf den Truht entfallenden Teil des Erzexports gemacht werden soll. Man scheint nicht beachten zu wollen, daß der Wert der Gruben sich mit dem Erzexport nicht bloß relativ, sondern absolut vermindert, weil die jetzt geförderten Erze sozusagen über Tag liegen, die tieferen Schichten schwerer zugänglich

sind. — So ist die Finanzierung der Vollpensionierung auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein Fehlgriff. Genau wie die Pensionsvorlage ein Fehlgriff ist.

### Marokko.

#### Anwachsen des Aufstandes im Norden und im Süden.

Paris, 9. April. Wie aus Casablanca gemeldet wird, sucht der Präsident El Gha im gesamten Atlasgebiet von neuem Anhänger um sich zu machen, indem er auf den Märkten den Heiligen Krieg verkünden läßt. Der Raub der Anstalt ist seinerseits bemüht, in der Gegend von Agadir eine Garla zu sammeln. Nach einer Blättermeldung aus Tetuan sollen die Raids der Riffstämme eine Garla aufgebracht haben, die dank den Verstärkungen aus dem Innern an 20 000 Mann zählen soll. Die Garla, die angeblich mit Mausegewehren ausgerüstet und mit reichlicher Munition versehen ist, plane einen nächtlichen Anmarsch auf Tetuan und erforderlichenfalls eine Belagerung dieser Stadt. In Tetuan liegen zwar über 7000 Mann spanischer Truppen, doch sei die Bevölkerung sehr beunruhigt, da sie befürchte, daß ein Teil der Eingeborenen im Augenblick eines Angriffs einen Aufstand anzetteln könnte.

### Potemkinische Dörfer in Peru.

London, 5. April. (Fig. Ber.)

Die Geschichte des Putumayo, wo der moderne Kapitalismus, ungehindert durch gesellschaftliche Schranken, unter der indischen Bevölkerung wie eine milde Besie kauft, ist um ein neues Kapitel bereichert worden. Soeben hat die englische Regierung den Bericht des englischen Konsuls in Iquitos, Herrn Michell, veröffentlicht, der letzten Herbst den Putumayo in Gesellschaft des amerikanischen Konsuls bereiste, um die bestehenden, angeblich gründlich umgestalteten Verhältnisse in dem „Paradies des Teufels“ zu studieren. Leider hat Herr Michell nicht viel sehen können. Mit einer phantastischen Fudringlichkeit verolagten die Beamten und Agenten der Gummigesellschaft, die das Gebiet ausbeutet, und der peruanischen Regierung die beiden Konsuln, die natürlich in dem unwegbaren Lande ganz auf die Transportmittel, und die Gattfreundschaft der infirmierten Ausbeutungsbände angewiesen waren. Señor de Castro, der von der peruanischen Regierung auf eine Inspektionsreise in den Putumayo geschickt worden war, hatte sogar die Unvorsichtigkeit, den beiden Konsuln vorzuschlagen, sich seiner Expedition als Mitglieder anzuschließen und nachher seinen Inspektionsbericht zu unterzeichnen. Von ihm und dem berückichtigten Nottling Señor Arana berichtet Herr Michell: „Unter dem Vorwand, uns vollständige Bewegungsfreiheit zu lassen, gelang es ihm, uns in unfernen Bewegungen in jeder Weise zu hindern und aufzuhalten. Seine Beforgnis, uns nicht aus den Augen zu verlieren, wurde in amüsanter Weise augenscheinlich. Obwohl er körperlich zu großen Strapazen gänzlich untauglich war, folgte er uns über ermüdende Wege, durch Hitze und Stürme, wohin wir auch gingen; während Señor Arana, ein schwerer Mann, der nicht mehr jung ist und sehr an Hüftweh leidet, uns auch ohne Klagen, aber unermüdlich begleitete.“

In einem anderen Teil des Berichtes liest man: „Mit Ausnahme der Reise von Ultimo Keiro nach Entre Rios, einem Marsch von drei Tagen, waren wir nie frei von der Begleitung einer großen Gruppe von Beamten und Agenten der Gesellschaft, deren beständige Bemühungen, alles im besten Lichte erscheinen zu lassen und sich über die befrüchtende Lage der Eingeborenen zu verbreiten, einem große Langeweile verursachten. Señor Rey de Castro schien es darauf abgesehen zu haben, mit beschwenderischer Hand alles zu überlügen, und Señor Arana wünschte überall, von den Frauen und Kindern Papo Arana genannt zu werden. Es war unmöglich, das Volk in seiner heimischen Wildnis zu beobachten. Wir wurden von einer Station zur anderen geführt und die Indianer wurden dann zusammenberufen. Man lud sie ein, zu tanzen; Nahrung und Kleider wurden in freigelegter Weise unter sie verteilt und zwei oder drei Tage amüsierten sie sich zweifellos gewaltig. Es war sehr interessant; aber diese Dinge geben uns keinen Anhalt in bezug auf ihre normalen Beziehungen zu denen, für die sie den Gummi herbeischaffen.“

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn der Konsul schreibt: „Wir sahen gewiß während unserer Reise keine Zeichen der Grausamkeiten, und würden gern glauben, daß sie aufgehört haben. Aber man darf nicht vergessen, daß selbst wenn schlimmste Verbrechen existierten, es uns dennoch unmöglich gewesen wäre, davon zu erfahren.“ Herr Michell kann die Ansicht des Vertreters der peruanischen Regierung, daß „andauernde und tätige Bemühungen gemacht worden sind, Ordnung in die Lage im Putumayo zu bringen“, nicht teilen. Es wird angegeben, daß sich zurzeit 75 der Missetäter im Gefängnis zu Iquitos befinden. „Aber“, so führt der Konsul aus, „in den 12 Monaten seit der Zeit, in der die Behörden zu Iquitos im Besitz der Listen und der Namen der angeklagten Personen waren, ist diesen jede Gelegenheit zum Entkommen gegeben worden, und man hat keine Anstrengungen gemacht, sie daran zu hindern. Der Verhaftungsbegehren gegen Don Pablo Zumaceta wurde offen mißachtet, und der Richter Dr. Valcarcel, der sich bezmaß, ihn aufzustellen, wurde von seinem Posten entlassen. Zumaceta befindet sich nicht allein auf freiem Fuße, sondern ist auch nahebeieinander zu fast allen öffentlichen Posten und Ehrenstellen der Stadt gewählt worden.“ — Eine nette Gesellschaft!

Der englische Konsul gibt allerdings zu, daß der neue Hauptagent der Gesellschaft manche Reformen durchgeführt hat. Doch das ganze Verhältnis der Ausbeuter zu den Ausgebeuteten, wie es sich im Putumayo, fern von jeder Staatsgewalt, vorfindet, scheint ihm unhaltbar. „Der Putumayo“, schreibt er, „ist ein sehr armes Land. Der Gummi, die einzige verkaufliche Ware, ist von geringer Güte und sinkt beständig im Werte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er in kurzer Zeit überhaupt keinen Profit mehr abwerfen wird. Die Kosten der Ausbeutung sind groß und der Ausfuhrzoll ist so hoch, daß der übrigbleibende Gewinn schon sehr klein ist. Selbst wenn die Peruvian Amazon Company, die sich jetzt in der Liquidation befindet, die vollkommenste Körperschaft von Philanthropen wäre, würde sie der Verurteilung ausgesetzt sein, die Kosten herabzusetzen und das letzte Gramm Gummi herauszuwickeln, während es sich noch zahlte. Das Argument, daß die Zerstörung oder Vertreibung der eingeborenen Arbeiter — des einzigen Vorteils, den sie besitzt, — gegen ihr eigenes Interesse sei, ist nicht stichhaltig; denn wenn sich die Ausbeutung des Gummis einmal nicht mehr lohnte, würde der Existenzgrund der Eingeborenen nicht mehr bestehen.“

Wie man sieht, hat der englische Konsul keine Illusionen über die Ausbeutungspolitik der Peruvian Amazon Company. Auf Menschenleben brauchte diese Bonditagesgesellschaft keine Rücksicht zu nehmen; denn sie brauchte die Menschen schließlich nicht mehr. Das von dem englischen Unterhause eingesetzte Untersuchungskomitee, das sich mit der Schulfrage der englischen Direktoren der Peruvian Amazon Company befaßt, wird demnach seine Arbeiten wieder aufnehmen. Als nächster Zeuge wird der berückichtigte Arana, der sich zurzeit in England aufhält, verhöört werden.

# Gewerkschaftliches.

## Ein Schützling der Scharfmacherpresse.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ kommen in ihrer Dienstagnummer auf einen Vorfall zurück, der sich am 1. April in der Uesdomstraße zugetragen hat. Wir hatten darüber berichtet, daß ein arbeitswilliger Russe vor der Pauschlerlei von Kabe, als er seine Kollegen im Wortwechsel mit anderen Personen sah, sehr tatkräftig eingriff und eine Reihe von Schüssen abgab, als man ihm den Revolver abnehmen wollte. Die „Neuesten Nachrichten“ schreiben dazu:

„Der angebliche „Arbeitswillige“ war und ist gar nicht in jener Tätigkeit beschäftigt, wie dieses die streikenden Arbeiter wohl aus dem Umstande geschlossen haben mögen, daß der Verletzte, der auch gar nicht Ausländer ist, an dem fraglichen Abend vor dem Hause Uesdomstraße 31 längere Zeit auf einen Bekannten gewartet hat. Als dieser angeblich „Arbeitswillige“ sich dann wegen andauernder Beschäftigung durch Streikende hülfesuchend an einen patrouillierenden Schutzmännchen wandte, wurde er plötzlich von der sich alsbald anammelnden Menge zu Boden gerissen und mit Faustschlägen, schließlich auch mit einem Messer, mißhandelt.“

In dieser Weise geht die Darstellung fort. Alle Schuld wird den Streikenden und der Menge gegeben, der Nicht-Arbeitswillige ist ein Kind, sein Engel ist so rein. Schließlich meinen die „Neuesten Nachrichten“:

„Wir wollen abwarten, ob der „Vorwärts“ nun wenigstens ehrlich genug sein wird, seine falsche Darstellung zu berichtigen.“

Das wollen wir gern und freudig tun, ohne etwa an die „Neuesten Nachrichten“ die gleiche Anforderung zu stellen. Das freimütige Eingeständnis eines Irrtums ist etwas, was man von der Redaktion eines Scharfmacherblattes nicht erwarten darf. Also: Unsere Darstellung entspricht nicht völlig den Tatsachen, weil wir unsere Informationen leider nur durch Unbeteiligte erhalten konnten. Die Darstellung der „Neuesten Nachrichten“, die dagegen nur von gut informierter Seite stammen kann, ist nichtsdestoweniger in weit höherem Maße der Berichtigung bedürftig. Zunächst ist völlig unwarhaft, daß zwei „Mittäter“ bei der Affäre Streikende der Firma Kabe sind. Von diesen ist bisher niemand dessen bezichtigt, weil sie bei dem Vorfall gar nicht zugegen waren.

Und nun zu dem Nicht-Arbeitswilligen!

Die „Neuesten Nachrichten“ hätten sich seiner lieber nicht annehmen sollen. Sie haben, in dem sie uns zwingen, nunmehr das Ergebnis neuer Recherchen und besserer Informationen vor die Öffentlichkeit zu tragen, dem Mann wohlwollend keinen Gefallen getan. Arbeitswillig im Sinne ehrlicher Erwerbstätigkeit ist Joseph Kuppert, so heißt der Schützling der „Neuesten Nachrichten“, allerdings nicht. Er sieht sich nur dort nach Beschäftigung um, wo andere Arbeiter streiken. Dabei ist aber seine Arbeit heillos nicht darauf gerichtet, etwa die schwere Tätigkeit der Streikenden oder Aufseherposten zu übernehmen. Er läßt sich lediglich dafür bezahlen, daß er da ist, geht mit geladenem Revolver unter dem Schutze der Polizei über die Straße und seine Aufgabe ist nun, sich von den unbewaffneten Streikposten bedroht zu fühlen. In dieser ordnungswidrigen Tätigkeit unterstützt ihn ein gewisser Toni Reinel, dessen Arbeitsinstrument weniger der Revolver als das Messer ist. Dieser Adjutant Kupperts geht gerne in bayerischer Rationalschicht, und er ist es wohl, den man an jenem Abend für einen Ausländer ansah. Denn Kuppert war auch damals nicht allein und wehrlos, sondern in Begleitung seines Freundes. Eigentlich müßte eine Berliner Zeitungs-Redaktion an sich schon der Behauptung skeptisch gegenübersehen, daß ein Nicht-Arbeitswilliger ganz zufällig in der Nähe eines streikenden Betriebes mit geladenem Revolver spazieren geht. Bei Kuppert hat man noch viel mehr Ursache zum Mißtrauen. Er gehört zu jener Sorte von Leuten, die in Rußland unter den Augen der Polizei auf den Koblenplatz gebrachte Verhaftete mißhandelt, zu jenen Leuten, die Berliner Polizeibeamte zum Gebrauch des Säbels gegen ausländische Journalisten kommandierten mit den Worten: „Drauf auf die Leute im Auto!“

Er war Mitglied einer berüchtigten Kolonne, die in der Waggonfabrik zu Neßlendorf den „Arbeitswilligen“ marшиerte, er tat daselbst in Burg und anderen Orten, er ging seiner „nützlichen“ Tätigkeit zuletzt in Lichtenberg bei der Firma Bräuer nach, wo sein Freund Toni Reinel oder unter welchem Namen er auch gegenwärtig auftritt, noch beschäftigt ist. In Lichtenberg waren beide den Streikenden nach ihrer Vergangenheit und nach ihren Neigungen bekannt. Man ging ihnen weit aus dem Wege. Niemandem lag daran, diese Leute für die Organisation zu gewinnen oder in den Streik hineinzuziehen. So fanden beide keine Gelegenheit, sich bedroht zu fühlen und gingen einen Freund in der Uesdomstraße besuchen, wo, wie sie wußten, auch gestreikt wurde und wo sie niemand kannte. Joseph Kuppert war denn auch bald in der gewohnten Notwehr, wurde aber — ehe er Gebrauch von seiner Waffe machen konnte — zu Boden geworfen und ein Fassant hielt ihm die Hand mit dem Revolver fest, so daß die 7 bis 8 Schuss, die er aus seinem Polizeirevolver abfiel, in die Erde fielen, während ein Schuß ihm das Amokgeleit schwerer verletzte, einer wohl auch seine Hand traf. Hätte jener Mann, während ein Schutzmännchen auf seinen Schädel losfiel, nicht die Waffe des Revolverhelden weiter nach unten gedrückt gehalten, so könnten mit dem durchschlagfähigen Browning-Menschenleben schwer gefährdet werden. Das ist keine vage Annahme. Kuppert hat bereits ein Menschenleben auf dem Gewissen! In Burg bei Wogdenburg erschoss er einen harmlosen Familienvater. Das Gericht sprach ihn lediglich frei, weil er annahm, Kuppert habe in Putznotwehr (eingebildeter Notwehr) gehandelt.

Kuppert gehört zu jenen Leuten, die stets in Notwehr leben, in Notwehr gegen die ganze Menschheit. Früher befanden sich derartige Menschen in fortwährendem Konflikt mit den Behörden, jetzt, in Zeiten der Scharfmacherei, ziehen sie es vor, ihre Notwehraktionen unter dem Schutze der Polizei statt gegen die ganze Gesellschaft gegen ehrliche Arbeiter zu üben!

Wir haben keinen Zweifel, daß dieses Konterfei des für die Gesellschaft so besonders nützlichen Mannes in der Redaktion der „Neuesten Nachrichten“ die Sehnsucht wecken wird, den Dabben persönlich kennen zu lernen und ihm die noch unverletzte geliebte Hand zu drücken. Wir achten dieses Bedürfnis und wollen den Herren bedauern auch seine Adresse beraten: Joseph Kuppert, bei Schulz, Brunnenstr. 83. Herr Kuppert wird die Richtigkeit aller unserer Angaben gern bestätigen. Er hat sich immer seiner Taten mit schönem Mut gerühmt und wird sich zweifellos in der öffentlichen Anerkennung derselben sonnen. Aber es besteht auch sonst aller Anlaß, daß die Redaktion der „Neuesten Nachrichten“ Herrn Kuppert aufsucht. Kämpfen beide doch für dieselben Interessen, der eine mit dem Revolver, die andere mit der Feder. Kuppert verdient den Bruderhalm der „Neuesten Nachrichten“!

### Berlin und Umgegend.

#### Der Streik im Original-Gaspeter.

Eine übervolle Versammlung der Gastwirtsgehilfen nahm in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch Stellung zu dem Streik bei Martin und den Vorgängen, die derselbe im Gefolge hatte. Zunächst gab eine eingehende Schilderung von der Angelegenheit. Der Gastwirtsgehilfenverband stellte Forderungen, da bei Herrn Martin nur 50 M. nebst Kost den Kellnern gegeben wurden, während in anderen ähnlichen Geschäften das Personal schon längst 60 M. und Kost erhielt. Auch betrug die Arbeitszeit im Durchschnitt 16 Stunden am Tage. Herr Martin lehnte indes alle Forderungen ab, indem er erklärte, daß gar nicht daran zu denken wäre, daß er mehr als bisher gewöhnen werde. Gleichzeitig hatte der Inhaber des Gaspeters sich schon die Polizei rechtzeitig gesichert, was nunmehr jene Vorgänge zur Folge hatte, über die wir bereits berichtet haben. Der Referent verplüßte die blutdürstigen Flüßergeschichten der bürgerlichen Presse und gab eine den Tatsachen entsprechende Darstellung der Vorgänge.

In der Versammlung nahm auch der Geschäftsleiter des Zentralvereins der Kellner das Wort; der feststellte, daß von seinem Verein abgelehnt worden sei, Streikbrecher an Herrn Martin zu liefern und er auch tatsächlich keine geliefert habe. Auch sei der Verein kein Gegner des Verbandes.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erkennt die berechtigten, an sich geringen Forderungen der streikenden Kollegen von dem „Original-Gaspeter Martin“ an und macht diese Forderungen zu den ihrigen.“

Die Versammlung ist davon überzeugt, daß seitens der Organisation alles getan wurde, die Angelegenheit mit dem Unternehmer Martin gütlich zu regeln; dieser jedoch den sozialen Frieden nicht wollte und im Gegenteil durch Hinzuziehung weitgehender Polizeimittel, Streikbrecher und Hingegardisten alles tat, die organisierte Arbeiterschaft zu provozieren.

Die Versammlung gelobt, sich durch die Maßnahmen des Unternehmers Martin und der Polizei in der Ausübung ihres Koalitionsrechts nicht beirren zu lassen, ferner mit allen gesetzlichen Mitteln für die Forderungen der Streikenden einzutreten. Ferner verpflichtet die Versammlung, durch rührige Agitation für den Ausbau und Stärkung der Organisation auf das Entschiedenste einzutreten.

In seinem Schlusswort teilte der Vorsitzende noch mit, daß Herr Martin die Polizei um verstärkten (!) Schutz ersucht habe, da er fürchte, die Streikenden würden sein Lokal demolieren. Der Vorsitzende betonte ausdrücklich, daß der Verband strenge Weisung erteilt hat, alles zu vermeiden, was der Polizei Gelegenheit geben könnte, ihr Mäuschen zu fühlen. Dagegen werde der Verband innerhalb des gesetzlichen Rahmens dafür sorgen, daß der Streik beim Gaspeter zum Ruhen seiner Mitglieder zu Ende geführt werde. Zunächst stellte noch fest, daß zwar der Geschäftsleiter des Zentralvereins der Kellner nicht Streikbrecher geliefert habe, dagegen hat der Hauptleiter und Gastwirt Müller, allerdings nicht offen, aber doch unter der Hand, Arbeitskräfte hingeschickt bezw. versucht, welche dort unterzubringen.

Die Versammlung nahm darauf nachstehende Resolution an:

„Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die Machinationen des Gastwirts Müller, Inhaber des Verschrotzlokals des „Zentralvereins der Kellner“, Landsberger Str. 80, betreffs der Arbeitswilligenvermittlung nach dem Original-Gaspeter Martin und beauftragt den Geschäftsleiter Joseph Peters, sowie den Vorstand des Vereins, sich von diesem Verdacht zu reinigen und dem Verband der Gastwirtsgehilfen das Resultat der einzuleitenden Untersuchung mitzuteilen. Sollte dies nicht geschehen, so müssen die Berliner Gastwirtsgehilfen den Zentralverein als ihren gefährlichsten Gegner betrachten und diesen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.“

### Deutsches Reich.

#### Die Verhandlungen im Malergewerbe gescheitert.

Die Bemühungen der Unparteiischen, die hervorgerufenen Differenzen beizulegen, sind durch die grundlose Aussperrung des Arbeitgeberverbandes am Mittwochabend gescheitert. Nachdem sich die Parteien über einige Erläuterungen zum Tarifschema geeinigt hatten, machten die Arbeitgeber das Angebot, die Löhne der Schiedsprüche auf 3 Pf. pro Stunde auf die ganze Vertragsdauer herabzusetzen. Natürlich lehnten die Gehilfenvertreter diese Zummung rundweg ab. Sie konnten gleichzeitig feststellen, daß bereits 13488 Gehilfen zu neuen, größtenteils günstigeren Lohn- und Arbeitszeitbedingungen, als sie die Schiedsprüche vorsahen, arbeiten. Wir berichten morgen ausführlich.

#### Die örtlichen Verhandlungen im Baugeverbe

haben in der letzten Woche ihren weiteren Verlauf genommen. Aus dem Resultat lassen sich Schlüsse für die endgültige Erledigung der umfangreichen Bewegung zurzeit noch nicht ziehen, dazu sind sie zu verschieden und im Verhältnis zu der Zahl der zur Verhandlung stehenden Tariforte noch zu gering. In einigen Tariforten haben die Unternehmer Angebote gemacht, aus denen sich schließen läßt, daß die Unternehmer an einer Wiederholung des Kampfes von 1910 gar keinen Gefallen finden und es viel lieber sehen, wenn sie sich mit den Arbeitern am Orte friedlich und sachlich verständigen können. In anderen Orten wieder, zum Teil sogar in ganzen Landesteilen, halten die Unternehmer mit jeglichem Angebot zurück, oder ihre Angebote halten sich in so niedrigen Grenzen, daß daraufhin unmöglich eine Verständigung erzielt werden kann. In einer Anzahl größter Tariforte und in Westfalen, wo Bezirkstarife bestehen, sind die Verhandlungen erst kurz vor dem Ablauftermin der Verhandlungsfrist oder gar erst nach diesem Termin angefangen, so daß eine völlige Uebersicht vor dem 20. April schwerlich zu bekommen ist. Die Verhandlungen in der letzten Woche brachten folgende Ergebnisse:

In Osnabrück für Wehlaue 6 Pf. Lohnhöhung für Maurer und Hilfsarbeiter auf die Vertragsdauer. In Allenstein, Gumbinnen, Heilsberg, Inkerburg, Ragnit, Rastenburg und Tilsit 5 Pf. für Maurer und 6 Pf. für Hilfsarbeiter. In Dabiau, Vartenstein und Schippenbeil 5 Pf. für Maurer und Hilfsarbeiter. In Billfallen, Stallupönen und Tapaue für Maurer 5 Pf., Memel 4 Pf. und Heidekrug 2 Pf. für Maurer. In Dabiau Arbeitszeitverkürzung 6 Stunden pro Woche; in allen anderen Orten 1 Stunde. In den meisten Orten ist eine Verständigung erzielt. In Posen ist in der Stadt Posen selbst für Maurer 5 Pf., für Hilfsarbeiter 7 Pf. und für Patentdenkmalarbeiter ein Aufschlag von 3 Pf. pro Stunde geboten. Verständigung ist erzielt. In Samter, Schrimm und Schroda boten die Unternehmer für die letzten beiden Vertragsjahre 3 Pf. In Obernitz bieten die Unternehmer bei einer Verkürzung der Arbeitszeit von 3 Stunden pro Woche 4 Pf. Lohnhöhung. Dafür soll aber das Langgeld fortfallen, wodurch für die Arbeiter eine Lohnminderung eintreten würde, die im einzelnen Falle von 30 Pf. bis zu 120 M. in der Woche ausmachen würde. Einigung ist nicht erzielt.

In Pommern wurde für Altdamm, Fiddichow, Garz a. O., Greifenhagen, Greifswald, Pöde, juch, Bölich und Stralsund verhandelt. Angebote wurden nur für Greifswald und für Stralsund 3 Pf. für Maurer und 2 Pf. für Hilfsarbeiter. Aus einigen Orten waren die Unternehmer nicht erschienen, so daß überhaupt nicht verhandelt werden konnte. Vielleicht sind die „Herren im Hause“ durch die Drohung des Pommerschen Bauherrenverbandes davon abgehalten worden, zu erscheinen.

In Schlesien wurde für Festenberg und Wilitz 2 Pf. für die letzten beiden Vertragsjahre geboten. In Oels für 1914 1 Pf. und in Kreuzburg für 1915 1 Pf. In Rastlau 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung und als Ausgleich dafür 1 Pf. Lohnhöhung. In Breslau und Glatz nichts!

Im Brandenburgischen sind nur in Rützin und Neudam in Angebote gemacht von 3 Pf. für die Vertragsdauer. In den übrigen Orten, in denen verhandelt worden ist, lehnen die Unternehmer jede Lohnhöhung ab.

In der Provinz Sachsen ist zunächst in Magdeburg eine Verständigung erzielt worden, nachdem die Unternehmer ihr früheres Angebot von 4 auf 5 Pf. vervollständigt haben. In Halle lautet das Angebot auf Arbeitszeitverkürzung auf 1/2 Stunden für 1914 und 3 Pf. Lohnausgleich. Für das Landgebiet Halle werden im zweiten und dritten Vertragsjahre 1 Pf. und teilweise auch 2 Pf., vereinigt auf 4 Pf. Lohnhöhung geboten. In Bernburg 4 Pf. für Maurer; in Calbe 3 Pf. für Maurer und Hilfsarbeiter; in Dessau, Heddingen, Schönebeck und Staßfurt 4 Pf.

In Thüringen ist in dem Hauptort Erfurt kein Angebot erfolgt, weil die Unternehmer, wie sie in der Verhandlung erklärten, nicht mit der Arbeitszeitverkürzung gerodet haben. In Apolda, Naaha und Saalfeld wurde ebenfalls nichts geboten. In Jena 3 Pf.; in Blankenburg a. d. Schw. und in Rudolstadt 2 Pf. vom Jahre 1914 ab.

In Mitteldeutschland, im Frankfurter, Casseler und Mainzer Gebiet sind für folgende Orte Angebote gemacht: Aschaffenburg, Vohr a. M., Cassel, Darmstadt, Gießen, Grafschaum, Mühlheim a. M. und einigen Vororten um Frankfurt a. M. 1 Pf. In Frankfurt a. M. und in Mainz 2 Pf.; in Hanau 4 Pf.; in Wiesbaden 1/2 Pf. für die Vertragsdauer. In 14 Orten ist überhaupt nichts angeboten, darunter sind Städte wie Homburg, Höchst a. M., Friedberg, Bad Nauheim usw.

Im rheinisch-bergischen Gebiet wurde bisher in Barmen und in Düsseldorf verhandelt. Im ersten Ort lehnten die Unternehmer für das Gebiet jede Arbeitszeitverkürzung sowie jede Lohnhöhung ab. In Düsseldorf wurde eine „kleine“ Lohnhöhung in Aussicht gestellt.

In der Provinz Hannover sind von 15 Verhandlungsorten für vier Angebote gemacht worden, und zwar in Schneverdingen 6 Pf.; in Lauterberg a. S., wo seit dem Oktober vorigen Jahres ein Streik besteht, 4 Pf.; in Soltau 3 Pf. und in Winsen a. d. L. 2 Pf.

Für Bremen wurden angeboten 5 Pf.; für Bremerhaven 4 Pf. und 4 Pf. Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung; dasselbe in Cuxhaven. Für Achim 6 Pf., für Brinkum und Wildeshausen 3 Pf.

In Mecklenburg sind geboten für Rostock-Barnemünde 3 Pf. für Maurer und Hilfsarbeiter. Für Kröpelin und Ribnitz 3 Pf. für Maurer und 1 Pf. für Hilfsarbeiter. Für Sülze und Tessin 3 Pf. und für Döberan 2 Pf., nur für Maurer.

Im Königreich Sachsen ist für Chemnitz die 1/2stündige Arbeitszeit und 6 Pf. Lohnhöhung inklusive Ausgleich geboten. Für Wittweida 7 Pf.; für Riesa, Frankenberg, Leisnig, Hainichen, Oederan und Rochwitz 6 Pf.; für Döbeln und Waldheim 5 Pf.; für Borna, Pöggau und Rötha 3 Pf.

Im Fränkischen sind in Vahrenth 6 Pf. vereinbart; in Hof, Martretzhay, Schönwald, Schwarzenbach, Selb und Rehau 2 Pf. für die letzten beiden Vertragsjahre geboten. In Kirchenlamitz und Oberhofen sogar 1 Pf.

In Südbayern ist für Aibling, Lauffen, Wiesbach, Reichenhall, Rosenheim, Sälztersee, Traunstein und Wasserburg verhandelt worden. Resultat: Angebot nichts. Forderung der Unternehmer: Verschlechterung der bisherigen Zustände.

Im Badischen und in der Pfalz bzw. im Saargebiet scheinen die Unternehmer gegenseitig verpflichtet zu sein, keine Angebote zu machen. Als Verhandlungsorte für Baden waren vereinbart: Freiburg i. S., Heidelberg und Karlsruhe. Die Unternehmer haben jedes Zugeständnis abgelehnt. Ähnlich haben sich auch die Unternehmer in Birmenseld, St. Ingbert und Zweibrücken gestellt. Nur in Homburg boten die Unternehmer 4 Pf. Lohnhöhung an.

Neben der großen Bewegung der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter läuft auch die Lohnbewegung der Gipser und Stuckateure. Die Verhandlungen werden für diesen Beruf gesondert geführt und sind entweder zentral für bestimmte Landesteile oder nach Bezirken geordnet. Bisher sind erledigt in Baden Karlsruhe mit 5 Pf. Lohnhöhung und 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung. Dasselbe ist in Freiburg durch Schiedspruch festgelegt, nur mit dem Unterschied, daß die Arbeitszeitverkürzung in Freiburg erst im nächsten Jahre eintritt. In Pforzheim tritt eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde täglich ein, die auf dieses und nächstes Jahr verteilt wird, und eine Lohnhöhung von 6 Pf. In Württemberg sind die Städte Heilbronn, Reutlingen und Stuttgart mit einer Lohnhöhung von 6 und 7 Pf. erledigt. Tübingen bekommt 6 Pf., Eßlingen, Göppingen und Ulm 5 Pf. Lohnhöhung.

## Letzte Nachrichten.

### Wegen Beleidigung des Offizierkorps angeklagt und freigesprochen.

Strasbourg i. El., 9. April. (W. T. S.) Der Feldwebel und Zahnmeisteraspirant Franz Bospich vom 4. Lothringischen Infanterieregiment Nr. 136, gebürtig aus Schreiberhan im Riesengebirge, ist von dem Oberkriegsgericht nach vierstündiger Verhandlung von der Anklage wegen Beleidigung des Offizierkorps der deutschen Armee freigesprochen worden. Das Kriegsgericht, die erste Instanz, hatte den Feldwebel kürzlich wegen dieser Beleidigung, welche in einem Wirtshause geschehen sein sollte, zu zwei Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt. Die Entlastungszeugen, darunter die verschiedenen Kompaniechefs und andere Vorgesetzte des Angeklagten, stellten ihm das beste Zeugnis aus. Die Freisprechung erfolgte mit der Begründung, die Behauptung der Belastungszeugen seien nicht voll erwiesen und ein Mißverständnis nicht unmöglich. Der Vertreter der Anklagebehörde hatte die Erhöhung der Strafe auf drei Monate beantragt. Bei Verkündung des Urteils wurden Weisfäulrufe im Gerichtssaal laut; das Publikum rief: „Das ist ein Akt der Gerechtigkeit!“ und nahmen gegen die Belastungszeugen eine drohende Haltung an.

### Präsident Wilsons Kampf gegen seine Parteigenossen.

Washington, 9. April. (W. T. S.) Präsident Wilson führte heute eine weitere Reuektion ein, indem er im Kapitol erschien und im Präsidentenzimmer mit dem Finanzkomitee des Senats über den Tarif konferierte. Man ist sich jetzt völlig darüber frei, daß der Senat der Angelegenheit ist, um den sich die Tarifreform dreht, da die Demokraten im Senat nur eine kleine Mehrheit haben. Die Opposition gegen gewisse Tarifsätze hat feste Gestalt angenommen. Viele Senatoren sind dafür, einen Tarif nach dem anderen zu revidieren, während Präsident Wilson offenbar die Absicht hat, die Frage zur Angelegenheit der Partei zu machen und den Tarif in seiner Gesamtheit durchzubrühen, da er seine ganze politische Zukunft auf die Tarifrage gesetzt hat. — Nach Andeutungen, die vom Weißen Hause kommen, wird der Präsident, falls er in der jetzigen Session in der Tarifrfrage unterliegen sollte, vor die Wähler derjenigen Staaten treten, deren Vertreter in beiden Häusern das Parteiprogramm durchkreuzt haben, und wieder in den Primärwahlen für die Aufstellung solcher Kandidaten eintreten, die er für fortschrittlich hält.

### Gattenmordprozeß Rehman.

Wittingen, 9. April. (Privatelegramm des „Vorwärts“.) Das Schöffengericht verurteilte heute den wegen Gattenmordes angeklagten Polizeiergeanten Rehman zum Tode.

### Töblicher Fliegerabsturz.

Wesekirchen, 9. April. (W. T. S.) Auf dem Flugplatz Wesekirchen-Eisen-Rothhausen ist heute nachmittags der Flieger Lichte infolge Absturzes töblich verunglückt.

# Der Abschluß der Militärdebatte.

185. Sitzung. Mittwoch, den 9. April 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Heeringen, Kühn.

Die Beratung der

## Wehrvorlage

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Doormann (Sp.): Der Standpunkt meiner Freunde hat Müller-Weinungen bereits zum Ausdruck gebracht; mir bleibt nur übrig, eine kleine Nachlese zu halten. Wir werden die Vorlage sachlich, aber ohne Enthusiasmus prüfen. Die vorgebrachte Begründung genügt nicht; aber öffentlich lassen sich die tieferen Gründe, die uns wohl in der Kommission werden gegeben werden, nicht erörtern. Die Ueberzeugung, daß wir ein starkes Kriegsbeere brauchen ist im Volke ganz allgemein. Der Kriegsminister war meinem Freunde Müller zu Unrecht vor, er wolle Generalstab und Kriegsministerium gegen einander aufspielen. Das ist von der konservativen Presse gesehen, und an deren Adresse hätte der Kriegsminister sich wenden müssen. Der Kriegsminister meinte ferner, von den Vorgängen auf dem Balkan seien nicht nur die militärischen Kreise überrascht worden, sondern auch andere Kreise, auch die Abgeordneten. Wir unterhalten doch aber gerade dazu Militärattachés, damit sie sich informieren. (Sehr gut! links.) Die Rechtsverhältnisse der Offiziere und Mannschaften sollten bei Gelegenheit dieser Vorlage verbessert werden. Die Zahl der überflüssigen Tauglichen ist heute durchaus nicht etwa groß, sie beträgt nur wenige Tausende. Herr v. Liebert aber berechnet diese Zahl seinerzeit auf etwa 900 000. (Hört! hört! links.) 1911 waren es jedoch nur 10 000. Da fragt es sich doch, ob es überhaupt möglich ist, so viel Rekruten auszuheben, wie man haben will, wenn man nicht auf nicht ganz Taugliche zurückgreifen will, was sicher recht bedenklich wäre. (Sehr richtig! links.) Auf die Familienverhältnisse muß bei der Aushebung unbedingt Rücksicht genommen werden; dafür verlangen wir bindende Garantien. (Sehr gut! links.) Zu begrüßen ist die Schonung der älteren Jahrgänge im Kriegsfall, wenigstens im Anfang. — Herr Scheidemann bezeichnet es als unglaublichen Wahnwitz, daß durch die Einstellung von 83 000 mehr Rekruten, die dem Erwerbsleben entzogen werden, die Arbeitsgelegenheit für die übrige Bevölkerung vermehrt werde, wie die Broschüre des Wehrvereins behauptet. Ganz so uninnig ist die Sache doch nicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Denn in der Broschüre steht in demselben Zusammenhang, daß diese 83 000 dann eben zu Kur-Konsumenten werden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sollte die Vorlage angenommen werden, so soll das Volk wenigstens wissen, daß wir unsere Pflicht in genauester Prüfung der Einzelheiten genau haben. (Wahol! bei der Volkspartei.)

Generalmajor Wandel: Dem Vordrucker gegenüber muß ich betonen, daß unsere Prüfung ergeben hat, daß die mehrgeforderte Einstellung von Rekruten ohne Schwierigkeit und ohne Herabsetzung der Forderungen an die Tauglichkeit möglich ist. Die Anforderungen an das Körpermaß können geringer werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.); das hat mit der Tauglichkeit nichts zu tun, im Gegenteil kann das geringere Körpermaß in militärischer Hinsicht ein Vorteil sein.

Abg. Dr. Gagy (H.-Ldbr.): Meine Freunde lehnen die Vorlage ab. Ihre Forderungen können nur erfüllt werden aus der Lage eines um seine Existenz ringenden Volkes. Niemand kann behaupten, daß die Lage des Deutschen Reiches derartig ist. Die elendiglichste Bevölkerung ist friedlich gesinnt und wünscht nicht, daß Elend und Not wegen ein Weltkrieg entbrannt; ein bekannter elästischer Politiker hat den Wunsch nach Zerstörung des französischen Friedens als verbrecherischen Egoismus bezeichnet, und das entspricht der Stimmung der gesamten elendiglichsten Bevölkerung; wir wünschen eine Politik der Versöhnung und werden unsere Stimmen für den Frieden in die Waagschale legen. Die Möglichkeit, mit der diese neuen Rüstungsbedingungen aufzutreten sind, bildet ein Moment der Verunsicherung, das dem Frieden nicht dienen kann, und hat in anderen Ländern zu entsprechenden Rüstungsbedingungen geführt. Würde die Vorlage hier abgelehnt werden, so würde auch in Frankreich die dreijährige Dienstzeit fallen. Wie in England ein Sabbatjahr der Marinerrüstung ins Auge gefaßt wird, so sieht sich das französische Volk nach einem Sabbatjahr der Heeresrüstungen. Die Ueberpannung der Rüstungen muß zu einer Weltkatastrophe führen. Nicht verstärkte Rüstungen können den Frieden sichern, sondern die schiedsgerichtliche Verurteilung der Völker. Wir begrüßen die Initiative schweizerischer, deutscher und französischer Parlamentarier zu einer Konferenz in Bern, um Mittel für den Frieden und die Abrüstung zu suchen. Wer ernstlich den Frieden will, sollte die Anregung zu solcher Konferenz freudig begrüßen.

Abg. Werner-Gersfeld (Antif.): Solche Konferenzen, wie sie der Vordrucker eben erwähnt hat, haben für die Sache des Friedens noch nie etwas leisten können. — Nach den Reden der Herren Müller-Weinungen und Doormann müßten sie eigentlich zur Ablehnung der Vorlage kommen. Sie hätten ja aber glücklicherweise noch eine ganze Reihe von „Wenn und Aber“. — Herr Scheidemann verläßt sich auf die Friedensliebe des französischen Volkes. Aber auch die französischen Sozialisten müssen der Volksstimmung Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Notwendigkeit des Zeppele-Lustschiffes in Frankreich erwähnen. Eine Notwendigkeit für diese Notlandung lag nicht vor, und die Haltung der französischen Soldaten, die den Ballon überwachten, war keineswegs eine freundliche. — Als Redner in einer Schlussrede den König Nikita von Montenegro den König aller Hammelbiede nennt, wird er unter großer Heiterkeit des Hauses vom Präsidenten Roempf zur Ordnung gerufen.

Abg. Dr. Franz-Mannheim (Soz.):

Wer die Finanzreform von 1909 miterlebt hat, wird sich erinnern, daß von einem bestimmten Tage an immer ein lautes Geschrei losbrach, wenn ein Minister es wagte, von dem sogenannten Standpunkt der Regierung zu reden. Keinerliche Stimmungen scheinen sich jetzt vorzubereiten, weil weder der Kriegsminister noch der Reichskanzler in diesem Hause die Autorität genießen, so gewaltige Reformen zu vertreten. Es ist wiederholt festgestellt worden, daß noch vor einigen Monaten der Kriegsminister die ruhige stetige Entwicklung des Heeres als sein Ziel hingestellt hat, und jetzt bekommen wir, eingeleitet durch einen

### Theatralischen Lärm,

diese Vorlage, deren Grundzüge genau das Gegenteil darstellen. Das ist selbst für ein Parlament wie den Deutschen Reichstag etwas zu viel. Eine derartige Umkehr der Politik kann man nicht vorstellen durch einen Meinungswechsel, sondern durch einen Ministerwechsel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre die einzig würdige Einleitung einer solchen Vorlage gewesen.

Schon durch die Begründung der Vorlage durch den Reichskanzler hat sich gezeigt, wie bedenklich es ist, daß diese Männer, die sich auf ganz andere Grundzüge festgelegt haben, diese Vorlage vertreten. Der Reichskanzler hat noch nicht ganz umgelernt, der Reichskanzler von 1912 ist dem von 1913 noch manchmal im

Wege. Er hat eine Rede gehalten, die in Beziehung auf sein Verantwortungsgesühl angenehm berührte, ebenso in der Veteuerung seiner Friedensliebe; er hat sich nach Osten, nach Westen, nach allen Himmelsrichtungen verbeugt, wie ein Türke beim Gebet. (Zuruf des Abg. Erzberger.) Herr Erzberger, der alles weiß, scheint zu meinen, ich müßte die türkischen Gebetsformeln wissen. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler wollte eben ein Problem lösen, das unlösbar ist wie die Quadratur des Kreises.

Die Vorlage, die nach ihrer Entstehung und nach ihrem Inhalt provokatorisch ist, kann man eben nicht so begründen, daß niemand provoziert wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn in einer Bauernstube ein Bauer durch sein Messer zieht und am Tisch zu schleifen beginnt und dabei nach dem Nachbarisch herauf ruft: Ich habe ganz friedliche Absichten. (Große Heiterkeit) und ich habe nichts dagegen, daß auch Ihr Eure Messer schleift! Glauben Sie denn, daß man an diese friedlichen Absichten glauben wird und den Betreffenden nicht als Friedensstörer bezeichnet? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die ernstliche Begründung der Vorlage steht noch aus.

### Die Regierung läßt sich im Schweigen.

Verschiedene ernste Fragen, die gestellt wurden, sind unbeantwortet geblieben. Verlassen Sie sich in der Beziehung gar nicht auf die Kommission. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß unter dem ausgehängten Zettel „Geheim“ Mitteilungen gemacht wurden, deren Inhalt seit Wochen bekannt war. Wir werden auch jetzt in der Kommission vielleicht Mitteilungen erhalten über die Länge der deutschen Grenze. (Große Heiterkeit.) Es ist nicht ehrenvoll für das Deutsche Reich, daß ernste erwachsene Menschen es aussprechen, wir hätten eine Vorlage in dieser Gestalt nicht bekommen, wenn jetzt nicht das Jubiläumsjahr wäre. Es ist etwas sehr Mißliches und Gefährliches um geschichtliche Parallelen. Karl Marx sagt in seinem 18. Brumaire, jedes Drama der Weltgeschichte werde wiederholt in Form einer Farce. Ich will daher die Parallele mit dem Jahr 1818 nicht weiter spinnen. Der Reichskanzler läme ja nicht zu kurz dabei, wenn er mit dem Herrn v. Stein verglichen würde. (Heiterkeit.) Auch Herr v. Heeringen hätte sich nicht zu beklagen durch die Vergleichung mit Scharnhorst. (Große Heiterkeit.) Wir könnten auch Analoga für die Reden an die deutsche Nation stellen, in Verlegenheit läme man nur, wenn man nach einem Napoleon suchte. Vielleicht denkt man an König Nikita von Montenegro. (Große Heiterkeit.)

Also mit der Begründung durch die Verufung auf 1818 ist es nichts. Somit bleibt nur übrig der Hinweis auf die Südslawen. Da ist die Frage interessant, wie sich denn zu der südslawischen Gefahr die Leute stellen, die den Ansturm der südslawischen Völker auszuhalten hätten unsere österreichischen Verbündeten. Eine sehr angenehme österreichische Armeezettelung schreibt nun am 18. März in einem Artikel über Aussichten eines europäischen Krieges, daß die Kräfte Bulgariens und Griechenlands ausfallen, weil sie wahrscheinlich durch Rumänien und die Türkei gebunden seien, und für Serbien und Montenegro würden, gefügt auf ein gutes, modernes Befestigungssystem, auf gesunde politische Verhältnisse in den Grenzprovinzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) zwei bis drei Armeekorps ausreichen, mindestens so lange, bis im Nordosten die Entscheidung gefallen sei. Also zwei bis drei Armeekorps hält man dort für ausreichend, bei uns aber kommt man mit einer solchen Vorlage, die weit mehr als 100 000 Mann neu anfordert.

Also auch der Hinweis auf die Südslawen in der Begründung ist verfehlt. Die Vergleichung der Heeresstärken verschiedener Länder, die ebenfalls zur Begründung herangezogen wird, ist außerordentlich schwer. Die gleichen Worte haben in den Etats verschiedener Länder verschiedenen Sinn. Aber davon abgesehen, sind noch einige andere Momente zu berücksichtigen, zunächst, daß für Rußland mindestens 10 Armeekorps abzuziehen sind, die in Sibirien und Turkestan festgehalten werden. Gestern wurde das Parlament der chinesischen Republik eröffnet. Ich hoffe, daß die

### Anerkennung der chinesischen Republik

durch das Deutsche Reich nicht auf sich warten läßt (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und ich hoffe, daß diese Republik, dessen Parlament wir unseren Gruß entsenden, sich gut entwickeln wird. Dann kommt vielleicht noch der Tag, wo Rußland sich auch an seiner Ostgrenze sehr schwere Sorgen machen muß.

In der Debatte spielte die wirtschaftliche Lage eine Rolle, daß wir in unserem Kampfe gegen den Panlawismus jedes Jahr als wirtschaftliche Disfettepuppe mehrere Hunderttausend slawische Arbeiter ins Land ziehen. Nun bitte ich daran zu denken, daß diese halbe Million russischer Arbeiter gleichzeitig russische Reservisten, russische Wehrpflichtige sind. Sicher sind mindestens 800 000 russische Wehrfähige in Deutschland beschäftigt. Glauben Sie, daß im Ernstfalle — ich traue ja unserer Regierung jede Dummheit zu (Heiterkeit), aber das glaube ich doch nicht, daß man diese 800 000 Wehrfähigen zur gefälligen Verwendung in der russischen Armee einschicken würde. Ich bin vom Gegenteil überzeugt, weil die Herren von der Rechten dann die russischen Reservisten branden würden, um ihre Ernte zu bestellen. Also ohne weiteres würde im Ernstfalle die russische Armee um weitere 800 000 Mann geschwächt werden, durch deutsche Verwaltungsmassregeln, das ist mehr als das Doppelte dessen, was die Vorlage hier als Verstärkung vorsieht.

Die „Kreuz-Zeitung“ schrieb, die Vermehrung sei notwendig, weil das Heer die innere nationale Schule darstelle, weil man so der weiteren Entwicklung der Sozialdemokratie wirksam entgegenarbeite. Das ist doch wohl ein Aberglaube. Unter den 186 000 neuen Soldaten werden niedrig geschätzt 50 000 Sozialdemokraten sein, wenn sie in die Kasernen hineingehen, und

80 000, wenn sie aus der Kaserne herauströmen.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Wie war nun angeht die mangelhafte Begründung die Aufnahme der Vorlage im Hause? Große Ueberzeugung wurde uns nicht befehrt. Herr Baffermann hat es gar nicht erwarten können, bis die Sache hier verhandelt wurde, und hat im Voraus in Hannover sein Ja ausgesprochen. Die einzige Ueberzeugung, die uns wurde, war die etwas stark betonte Begeisterung, mit der das Zentrum für die Wehrvorlage eingetreten ist. Es ist merkwürdig, wie die Merkmalen in der ganzen Welt die Kriegsbeyer sind. Schauen Sie nach Paris, schauen Sie nach Wien, die Merkmalen sind die Kriegsschreier. In Petersburg sitzen die Erzschöfen auf dem Podium, wo die Panlawisten zum Krüge hegen, und auch in Deutschland erweist sich wieder das Zentrum als die beste Schwärztruppe des Militarismus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Erzberger meinte, wir sollten doch froh sein, daß das Zentrum für die Vorlage eintrete, sonst läme es ja zur Auflösung und wir würden nicht wiederkehren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger, wenn man das sicher wüßte, so bin ich überzeugt, würde man schon einen Grund zur Auflösung finden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er weist darauf hin, daß wir bei früheren Auflösungen wegen Militärvorlagen Niederlagen erlitten haben. Ich will nicht davon sprechen, daß wir einen bestimmten Zuwachs hatten, wenn auch Mandatsverluste. Aber nach meiner Ueberzeugung haben wir damals nicht deswegen Mandate verloren, weil wir gegen die Militärvorlage

stimmten, sondern weil wir Seite an Seite mit dem Zentrum stimmten. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nun haben alle Parteien bei dieser Debatte Wünsche vorgebracht. Aber ich meine, es hat sich dabei ein etwas falscher Ton eingeschlichen. Es wurde gesagt, wir müssen ein Gegengewicht haben, das Volk muß eine Entschädigung bekommen für die großen Opfer, gewissermaßen Pfaster auf die großen Wunden, die der Militarismus schlägt. Ich meine, es handelt sich nicht um Gerechtigkeit, die das Volk für sein Wohlverhalten bekommen soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir den demokratischen Ausbau der Verfassung und des Heeres verlangen, so wünschen wir damit nicht ein Geschenk für das Volk, sondern wir meinen, daß der freirechtliche Ausbau den wichtigsten Teil des Ausbaus der Heeresverfassung darstellt, die sogenannte moralpolitische Rüstung ist mindestens so wichtig, wenn nicht wichtiger, als die militärische und finanzielle Rüstung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat selbst anerkannt, daß wir in bezug auf die Zahl unserer Truppen niemals mit dem großen russischen Reich wetteifern können. Hier aber wäre ein Gebiet, wo wir Rußland nicht bloß erreichen, sondern weit überflügeln können, in bezug auf den Geist, der in der Armee herrscht. Eine Einheit der Armee ist nur denkbar, wo eine Einheit des Volkes da ist, eine Einheit des Volkes ist nur möglich, wo

### Einheit des Volkes

Einheit des Rechts (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie, es gäbe eine bessere Sicherung des Reiches gegen Angriffe von außen, als eine Reform des preussischen Wahlrechts? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Ich weiß, daß Sie (nach rechts) den Preis nicht zahlen wollen, wenn Sie auch wissen, daß das Reich dadurch gesichert ist. Und glauben Sie, es gibt eine bessere Sicherung unserer Obergrenzen, als die Aufhebung der Ausnahmegeetze gegen die polnische Bevölkerung? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß, daß Sie auch das ablehnen, obwohl Ihnen klar sein muß, daß es keine bessere Sicherung gegen einen russischen Angriff geben kann, als eine zufriedene und gleichberechtigte polnische Grenzbevölkerung.

Wie sollen nun diese Forderungen durchgeführt werden? Baffermann hat in Hannover gesagt: Ich träume davon, daß dies herrliche deutsche Volk, das in wirtschaftlicher Kultur so Großes leistet, sich auch einmal selbst regiert. Auf dem Wege werden Sie nichts erreichen! Nicht klagen und träumen, sondern schaffen und lämpfen muß die Parole sein! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Nun hat scheinbar die Rede Erzbergers gestern einen Widerspruch gebildet zu dem, was Herr Spahn sagte. In Wahrheit aber hat Herr Erzberger nur, um die Zustimmung des Zentrums im großen zu bemänteln, Kritik im kleinen und kleinsten geübt. Allerdings hat er hinzugefügt, das Zentrum werde in der Kommission verlangen, daß gleiches Recht innerhalb und außerhalb der Arme herbeigeführt werde. Wir werden uns erlauben, die Herren beim Wort zu nehmen. Wir werden uns nicht mit Resolutionen begnügen, sondern werden versuchen, berechnete Forderungen zum demokratischen Ausbau des Reiches und Heeres gesetzlich festzulegen. Ich will nur ein paar Dinge nennen. Wir haben alle seinerzeit gehört, mit welcher Kraft das Zentrum seine Gegnerschaft gegen das Duell vertrat, wie sein Redner sich mit vor Aufregung zitternder Stimme herstellte und dem Kriegsminister — diesem Kriegsminister — Kehde ansah. Der Kampf beginnt damit, daß man diesem Kriegsminister die Heeresvorlage glatt bewilligt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich nehme an, das Zentrum wird bereit sein, mit uns eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, wonach jeder Offizier, der eine Herausforderung zum Duell erläßt oder annimmt, mit schlichtem Abschied entlassen werden muß. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum verlangt gleiches Recht. Nun, bis heute sind auf Grund des Gesetzes von 1807 die Mitglieder regierender Häuser und standesherrlicher Familien nicht wehrpflichtig. Wir kommen also sicherlich einem Wunsche der Herren vom Zentrum entgegen, wenn wir verlangen, auch diese sollen mit zum Volke gehören, sie sollen nicht bloß ein kleines Opfer hingeben, das sie selbst bemessen, sondern genau wie jeder andere Deutsche wehrpflichtig sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Neben dieser Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht wird sich das Zentrum aber auch entscheiden müssen, wie es sich zum Einjährig-Freiwilligen-Privileg stellt. Es wird eben nicht verstanden im deutschen Volk, daß so viel taugend wohlhabende Leute bevorzugt werden im gleichen Augenblick, wo die Bauern, die Handwerker, die Arbeiter, schwere Lasten auf sich nehmen sollen. Ich weise auf das Beispiel Frankreichs hin. Wohl, wägen die besitzenden Klassen Deutschlands weiterem im Optimum mit den Bürgern Frankreichs, mögen sie genau so lange in der Kaserne bleiben, wie die Arbeiter und Bauernöhne. Weiter erinnere ich an die Militärhochzeiten. Wir haben noch heute den beschämenden Zustand, daß der Wille eines Militärkommandeurs Angehörige des Mittelstandes

### an den Rand des Ruins bringen

kann, wenn sie von ihrem Rechte Gebrauch machen, einer Gewerkschaft oder einem sozialdemokratischen Verein Unterkunft für eine Versammlung zu gewähren. Es ist nicht klug von Ihnen, den Kampf gegen einen so schweren Angriff in das bürgerliche Leben den Sozialdemokraten zu überlassen. Kommen Sie nicht mit dem Einwand der Disziplin. Es hat niemand etwas dagegen, wenn die Heeresverwaltung Offizieren und Mannschaften untersagt, an politischen Versammlungen teilzunehmen — in konservative Versammlungen geben die Herren Offiziere selbstverständlich. Den Versuch politischer Versammlungen mag man mit Rücksicht auf die Disziplin verbieten; aber wie wollen Sie es militärisch rechtfertigen, daß man Wirte auf diese Weise wirtschaftlich schädigt. Das es anders geht, beweist Sachsen. Es kommt ja wirklich nicht viel Gutes aus Sachsen. (Heiterkeit und Widerspruch.) Mit Ausnahme dieser (auf die sächsischen Sozialdemokraten weisend) höchst erfreulichen Ausnahmen. (Heiterkeit.) Dort sind solche terroristischen Maßnahmen der Militärbehörde unmöglich gemacht. Im übrigen haben nicht wir Sozialdemokraten den Nachteil von diesem Terrorismus, sondern der Mittelstand. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Als letztes möchte ich noch nennen die geistliche Festlegung der bürgerlichen Rechte der Reserveoffiziere. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kein Volk läßt sich auf diesem Gebiete soviel gefallen wie das deutsche. Es wird eine Sanktion getrieben über das Privatleben und die politische Betätigung der Reserveoffiziere, die geradezu beschämend ist. Sie erstreckt sich bis in den Reichstag hinein. Sie wissen, daß sogar Mitglieder des Präsidiums zur Verantwortung gezogen wurden außerhalb des Hauses für Aeußerungen, die sie hier in Erfüllung ihrer Pflicht getan haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vor kurzem sollte bei einem Reserveoffizier festgestellt werden, ob er wirklich in einem bestimmten Lokal, an einem bestimmten Abend es gewagt habe, einem anwesenden Sozialdemokraten „Positi!“ zu rufen! (Große Heiterkeit und Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Nachforschung ist durchgeführt worden, es sind



fähigkeit zu wenig berücksichtigt sei. Die Regierung ist vor allem davon ausgegangen, daß der Beitragsbeitrag möglichst einfach gestaltet sein muß, damit er um so mehr den Charakter einer einmaligen Opfergabe erhält. Daneben wird ein besonderes Festhalten an der Vermögens- und Erbschaftsteuer hervorgehoben. Eine Erbschaftsteuer in der früher gedachten Form empfahl sich nicht, weil es nicht geraten ist den Erbschaft in eine Vermählung zu werfen, deren möglichst einmütige Zustimmung zu einem großen Werk man erzielen will. Der Beitragsbeitrag wirkte zunächst hemmend. Ein Vermögen, das von einer solchen hohen Abgabe betroffen war, kann man nicht unmittelbar hinterher wieder besteuern. Dagegen erschien eine Vermögenszuwachssteuer logisch; auch der Zuwachs bei der Erbschaft soll hier erfasst werden. — Um Verbrauchsabgaben zu vermeiden, sind verschiedene Stempelsteuern vorgeschlagen. Der Gesetzentwurf über das Erbrecht des Reiches ist ein alter Bekannter, er ist nur gegen früher in der Form etwas gemildert. Wenn im übrigen die Einkommen etwas höher angesetzt sind, so sollte dies Bestreben, neue Steuern zu vermeiden, doch nur Anerkennung finden. Die „Reisur“ des vorjährigen Etats hat sich durch die nachträgliche Erfahrung als durchaus berechtigt erwiesen, sie hätte noch einmal so weitgehend sein können. Zur Verstärkung des Goldbedarfs im Falle eines Krieges will das Reich die Goldreserven veräußern; es sollen deshalb für 120 Millionen neue Silbermünzen ausprägen und für 120 Millionen Mark Reichsschatzscheine, für die im Verkehr ein großes Bedürfnis sich herausgestellt hat, ausgegeben werden. Im ganzen wird durch die Vorlagen eine Deckung für eine der größten Ausgaben vorgeschlagen, ohne an den finanziellen Grundlagen des Reiches und an seinem föderativen Charakter zu rütteln, und ohne Handel, Verkehr, Industrie und die breiten Massen der Konsumenten mit neuen Steuern zu belasten. So wird zwar nichts Vollkommenes, aber etwas Befriedigendes für den Ausbau unseres Heerwesens geschaffen, der eine nationale Notwendigkeit ist.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.  
Schluß 6 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Duell- und Judenfragen in der Budgetkommission des Reichstags.

In der Mittwochsitzung wurde zunächst die Duellfrage behandelt. Auf eine im vorigen Jahre vom Reichstag gegen das Duell angenommene Resolution hat der Bundesrat mit einer prinzipiellen Anerkennung des Duells geantwortet. Der Kriegsminister blieb bei seinen früher geäußerten Ansichten, die bekanntlich zu einer Kontroverse mit dem Zentrum führten, bestehen. Seit der Kabinettsorder im Jahre 1897 sei ein erheblicher Wandel auch in den Anschauungen der Offiziere eingetreten, die jedes Duell als einen bedauerlichen Vorgang betrachten. Von den Grundanschauungen könne aber die Armee nicht abgehen, sie seien in der historischen Entwicklung begründet. — Genosse Ledebour wünschte Auskunft, ob ein Offizier den Dienst quittieren muß, falls er aus jüdischen oder religiösen Gründen ein Duell verweigert. Der Kriegsminister habe heute wiederum eine prinzipielle Anerkennung des Duells ausgesprochen. — Der Kriegsminister antwortete, darüber, ob und wann ein Offizier zu verabschieden sei, entscheide allein der Kaiser. Daran werde die Armee festhalten. Die allgemeine Debatte wird vertagt, bis der Kriegsminister die erforderlichen Unterlagen beschafft hat. — Abg. Semler brachte den Fall des Grafen Königsmarck zur Sprache, der sich auf dem Hamburger Rennplatz rufelhaft benommen hat und dann auf Anordnung des Rennvorstandes durch einen Schuttmann entfernt werden mußte. Der Graf hat dann sieben Vorstandsmitglieder gefordert, eins davon schwer verletzt. Unter den Beforderten befanden sich Männer, die über 70 Jahre alt waren. In dem Verhalten des Grafen erblickte Herr Semler eine stillige Gemeinheit. Was habe die Militärbehörde gegen den Grafen, der Offizier a. D. ist und dem Ehrengericht unterworfen, unternommen? — Der Kriegsminister antwortete, er müsse das gegen den Grafen vor dem Zivilgericht anhängig gemachte Verfahren abgeschlossen sein, dann erit könne die Militärverwaltung einziehen. Genosse Ledebour betonte, die Absurdität des Duells werde durch diesen Fall wieder einmal drastisch bewiesen.

Genosse Liebknecht fragte an, ob das Kriegsministerium bereits weitgehende und verbindende Verpflichtungen wegen Lieferungen zur Ausführung der neuen Militärvorlage eingegangen sei. Der Kriegsminister bestritt die Richtigkeit dieser Meldung. — Abg. Bohlen fragte an, wieviel jüdische Einjährige im letzten Jahre zu Offizieren befördert worden sind. Bei vielen Regimentern wird es immer mehr. Juden von vordereinst vom Vorbereitungsdiens zum Reserveoffizier auszuscheiden. Das ist ein vom Offizierskorps geübter Verfassungsverstoß. — Der Kriegsminister erklärte, aus früherer Zeit gäbe es ein oder zwei jüdische Reserveoffiziere. Er gebe zu, daß antisemitische Tendenzen maßgebend sind, daß Juden nicht als Reserveoffiziere gewählt werden. Die Verwaltung wüßte allerdings, daß nicht die Konfession, sondern nur die Fähigkeit entscheiden soll. — Die Abg. Gröber und Schaplin wendeten sich ebenfalls mit aller Schärfe gegen den Skandal, daß die Offizierskorps absichtlich sich über Verfassungsbestimmungen hinwegsetzen dürften, indem Leute bestimmter Konfessionen oder sozialer Stellung ohne Rücksicht auf ihre Qualifikation davon ausgeschlossen werden, Reserveoffizier zu werden. Nicht nur Juden, sondern auch Dissidenten, und in bestimmten Bezirken auch Katholiken werden nicht als Reserveoffiziere gewählt. — Der Kriegsminister betonte, der Kaiser lehne es ab, in das Wahlrecht der Offiziere einzugreifen. Wenn die Offiziere, auch trotz der von den obersten Stellen ausgesprochenen Wünsche, keine Juden wählen, zeige das, daß von einem Sabotageverstoß beim deutschen Heere nicht gesprochen werden kann. — Abg. Ledebour meinte, wenn die Verwaltung einmal jüdische Anaben in einer Kadettenanstalt aufnehmen würde, wäre der Skandal sehr bald auf. — Genosse Roffe wies darauf hin, das Verhalten der Militärverwaltung sei eine glatte und absichtliche Verletzung der Verfassung. Durch entsprechende Abträge beim Militärstat mußte die Militärverwaltung zur Änderung ihres Verhaltens gezwungen werden. — Dem Genossen Ledebour erwiderte der Kriegsminister, das Kadettenkorps sei eine christliche Erziehungsanstalt, da können Juden nicht aufgenommen werden. Um Offizier zu werden, seien nicht nur militärische Tüchtigkeit, sondern gesellschaftliche Fähigkeiten erforderlich. — Die Weiterberatung wurde auf Donnerstag verlegt.

## Aus der Partei.

### Ein Parteiveteran.

Ein Parteiveteran ist in Schweinfurt mit dem früheren Schumacher, späteren Ortskrankenkasseneinfassierer Johann Heber aus dem Leben geschieden. Heber hatte die sozialistischen Ideen in der Schweiz in sich aufgenommen und als er im Jahre 1880 in seine Heimat Würzburg zurückkehrte, trat er dort in der aufstrebenden Arbeiterbewegung sofort mit an die erste Stelle. Von seinen Parteigenossen, die seine Fähigkeiten und seinen lauten Charakter bald erkannt hatten, wurde ihm eine ganze Reihe von Vertrauensämtern übertragen, die er sämtlich eifrig und gewissenhaft ausfüllte. Lange Zeit war er Expedient und Lokalberichterstatter der Parteizeitung für Unterfranken; der örtlichen Parteileitung gehörte er seit 23 Jahren an. Auch in der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung war er hervorragend tätig.

### Gemeindeführer.

Bei den Nachwahlen im Vogesendorf S u n d h e i m bei Schleitstadt errang die Sozialdemokratie einen glänzenden Erfolg. Unsere Genossen beteiligten sich zum ersten Male an den Kommunalwahlen. Von den fünf Kandidaten wurden vier von der sozialdemokratischen Liste und einer der fortschrittlichen Liste gewählt. Damit ziehen die ersten Sozialdemokraten in dieses Gemeindeparlament.

**Personalien.** Genosse Karl Klotz, bisheriger Redakteur am „Vollblat“ in Bochum, ist in die Redaktion des Blattes eingetreten.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Meistzügige und Oberverwaltungsgericht.

Meistzügige der Sozialdemokraten sind etwas ganz besonders gefährlich. Das ist etwa der Kern eines Urteils des Preuß. Oberverwaltungsgerichts vom 7. April.

Der Bezirksausschuß zu Schleswig hatte auf die Klage des Genossen Reimers zu Neumühlen-Dietrichsdorf bei Kiel das vom Polizeipräsidenten in Kiel ausgesprochene Verbot des für den 1. Mai 1913 geplanten Meistzügigen, der sich vom Dietrichsdorfer Hof nach dem Stadtfest Weidmannsdorf bewegen sollte; außer Kraft gesetzt. Der Bezirksausschuß schloß aus den Behauptungen des Polizeipräsidenten vor allem die Tatsachen aus, auf die sich das Oberverwaltungsgericht Ende 1910 geäußert hatte, indem es damals das Meinungsverbot für 1910 bestätigte. Der Bezirksausschuß meinte, Unruhen und Ausschreitungen, wie beim Wahlrechtstempel 1910, seien nicht mehr vorgekommen. Und daß jene Erregungen aus dem Frühjahr 1910 noch nach Ablauf von zwei Jahren weiter wirken sollten, in der Weise, wie 1910, könne angesichts der ruhigen Haltung der Arbeiter nicht angenommen werden. Andere konkrete Tatsachen bräuhlicher Natur, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch den für 1913 geplanten Umzug befürchten ließen, seien nicht nachgewiesen. Nur eine solche Gefährdung könnte aber nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes die Verfassung der Genehmigung rechtfertigen.

Der Polizeipräsident legte Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein, zu dessen Verhandlung der Sache am 7. April der Minister des Innern einen Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses entsandte.

Zunächst trat Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der Vertreter des Genossen Reimers, für Bestätigung des günstigen Urteils des Bezirksausschusses ein. Er legte dar, daß mit Recht der Bezirksausschuß das Vorliegen konkreter Tatsachen im Sinne der bekannten Indikatoren verneint habe. Daß zur Zeit des Verbots besondere Erregungszustände in der Kieler Arbeiterbevölkerung geherrscht hätten, wie der Polizeipräsident behauptete, sei geradezu aus der Luft gegriffen. Weber bei den Stadtverordnetenwahlen, noch bei den Reichstagswahlen Anfang 1912, noch während der Köpferbewegung im April 1912 seien Merkmale zutage getreten, die solche Annahme und die Annahme einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit rechtfertigten. Das habe auch schon der Bezirksausschuß festgestellt.

Der Kommissar des Ministers behauptete unter anderem, daß ein Meinungsverbot als politische Demonstration schon an sich aufrüttelnden Charakter habe. Mit einer sehr großen Beteiligung der Arbeiter von Großkiel hätte hier geredet werden müssen. 12 000 seien allein politisch organisiert. Für Großstädte bedeute an sich schon eine Ansammlung großer Menschenmassen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Der Kommissar griff auch wieder auf die Vorgänge vom 15. März 1910 zurück, wo anlässlich einer Wahlrechtsdemonstration es auf dem Wilhelmplatz zu tumultuarischen Ausbrüchen gekommen sei, und wo man — natürlich immer nach den politischen Berichten — nach Polizeibeamten mit Steinen geworfen hätte.

A. A. Wolfgang Heine wandte sich noch einmal gegen die Heranziehung der Vorgänge aus dem Anfange des Jahres 1910. Ganz energisch trat er u. a. ferner den Ausführungen des Kommissars entgegen, daß an sich schon große Menschenmassen in großen Städten die öffentliche Sicherheit gefährdeten und daß an sich schon Meinungsversammlungen etwas für die öffentliche Sicherheit ganz Gefährliches seien. Eine solche Auffassung widerspreche durchaus dem § 7 des Reichsvereinsgesetzes, sowohl seinem Wortlaut, wie auch seinem Sinne.

Das Oberverwaltungsgericht änderte jedoch die Vorentscheidung dahin ab, daß die Klage Reimers abzuweisen und das Verbot für gerechtfertigt zu erklären sei. — Gründe: Das Verbot habe wiederholt geprüft, ob und unter welchen Umständen gerade die Verfassung der Genehmigung von Meistzügigen zu billigen sei oder nicht. Der Senat gebe davon aus, daß bei dem Charakter einer provokatorischen Demonstration, wie sie die Meistzügigen hätten, in großen Städten namentlich der Polizei nicht Unrecht zu geben sei, wenn sie bei starken Gegenständen auf politische Gebiete die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht übernehmen können. Das treffe vorliegend umsomehr zu, als in nicht sehr weit zurückliegender Zeit sich die Personen, aus denen sich der Umzug auch jetzt zusammenstellen sollte, in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise benommen hätten. (Soweit sind die Vorgänge vom 15. März 1910.) Darum sei der Senat zu einer anderen Auffassung gekommen, wie der Bezirksausschuß.

### Beschneidung.

Wegen Beleidigung eines obigen Rittergutsbesizers wurde Genosse Kili o n, der Verantwortliche unseres Kasseler Parteiblattes, zu 40 M. Geldstrafe verurteilt. Das „Vollblat“ hatte einen Korrespondenz-Raum gegeben, in dem einige Arbeiter der Vorwurf wenig mannhaften Benehmens gemacht wurde, weil sie an Kaisers Geburtstag vor dem Rittergutsbesitzer ihres Dorfes, einem Obersten a. D., stramm geknien hätten, vor demselben Ranne, der sie für wenig Geld und viel gute Lehren ausbeute. Der Gutsbesitzer hat kürzlich die Tagelöhner seiner Waldarbeiter von 250 M. auf 200 M. herabgesetzt. Weiter hieß es in dem Artikel, die Arbeiterzeitschriften zeigten sich gewiß dankbar dafür, daß der auf einen selbständigen Gutsbezir wohnende Oberst a. D. ihnen das Zahlen von 280 Proz. Gemeindesteuern überlasse, während er aber die Gemeindegemeinde, deren Unterhaltung eine ganze Menge Geld koste, stark benutze. Troßdem die Verhandlung ergab, daß die Behauptungen des „Vollblattes“ genau den Tatsachen entsprachen, erfolgte Verurteilung auf Grund des § 185 des Strafgesetzbuchs.

### Politische Maßregelungen dürfen nicht kritisiert werden.

An die Maßregelung eines Medizinalpraktikanten wegen angeblich sozialistischer Meinungen durch den Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien, die im vergangenen Jahre in ganz Deutschland berechtigtes Aufsehen erregte, knüpfen nicht nur sozialdemokratische, sondern auch einige fortschrittliche Blätter entsprechende Artikel. Eine Kritik der „Frankfurter Zeitung“ und eine solche der liberalen „Dresdener Morgen- und Abendzeitung“ druckte die „Vollblat“ ab und fügte hinzu, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien von jungerlichem Geiste erfüllt ist und nicht nach Grundsätzen des Rechts und der praktischen Wirkung tragt, sondern lediglich nach dem Geheiß der politischen Macht handelt. Hierdurch fühlte sich der Vorstand der Anstalt beleidigt und stellte Strafantrag wegen Beleidigung gegen den Verantwortlichen, Genossen C l o n s k i. Präsident nun der Vorstand der Anstalt in einem gegen ihn von dem Gemeindegemeinde angebrachten Zivilprozeß zur Ausstellung eines ordnungsmäßigen Zeugnisses und zur Fortzahlung des Gehalts bis zum gesetzlichen Kündigungstermin in allen Instanzen verur-

teilt wurde, war die erste Bresdener Strafkammer doch der Meinung, daß die sachliche Kritik der „Vollblat“ beleidigend sei. Der Vorstand der Anstalt habe bei der sofortigen Entlassung des Medizinalpraktikanten eben in gutem Glauben gehandelt. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der beiden angeklagten beleidigenden Artikel nur 300 M., also insgesamt 600 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf je 50 M. Der Inhalt der beiden Artikel sei maßvoll, aber doch beleidigend.

## Jugendbewegung.

### Auch ein Beitrag zur nationalen Jugendberziehung.

In dem idyllisch im Elbiale bei Dresden gelegenen Dorfechen N. hatte der Pfadfinder-Gumbug die in den Fingeljahren stehenden Jungen angeleitet. Da nun nach einer „Befehlsausgabe“ des „Kommandanten“ jeder Pfadfinder bei Streifzügen möglichst eine Schutzwaffe mitbringen sollte, war das Bestreben aller Jungen auf den Erwerb eines Schießprügels gerichtet. Einer der Anaben, dessen Phantasie durch den Pfadfinderrufung anheimelnd besonders erhitet war, war aber nicht vorsichtig genug in der Wahl der Eltern gewesen. Der reich mit Kindern gesegnete Vater konnte seinem Pfadfindergardesten den ersehnten Schießprügel nicht kaufen. Da er auch sonst seine krankhaft gesteigerte Sehnsucht nach einer Waffe nicht befriedigen konnte, tat er einige lächerliche Versuche, die Lebenskasse des Geschäftsinhabers, für den er Postengänge besorgte. Dadurch erlangte er 11 M., die er ohne Säumen zum Ankauf eines langläufigen Fesches verwendete, womit er sich nun zum vollwertigen Pfadfinder ausrüstete.

Bei einer auf eigene Faust unternommenen Pfadfinderrübung verließen sich nun einige Jungen mit der Schußwaffe. Bei der Besprechung vom Lehrer des Ortes angestellten Untersuchung kam auch zutage, wie der Junge das Geld für seinen Schießprügel erlangt hatte. Der Vater war natürlich ganz niedergeschmettert über die Erfolge der nationalen Jugendberziehung bei seinem Sohne; dieser aber hielt seiner Verfassung entgegen, und das haben mit ihrem unverantwortlichen Treiben die Pfadfinder getan.

## Soziales.

### Kassstrafe und Konkursklausel.

Ein Handlungsgeselle wurde auf Antrag seines früheren Arbeitgebers vom Kaufmannsgericht in Chemnitz verurteilt, sich 1 1/2 Jahre lang jeglicher Konkursklauseltätigkeit im Bezirk der Kreis-Hauptmannschaft Chemnitz zu enthalten. Da er dennoch bei einer Konkursklausel eintrat, wurde er auf Antrag seines früheren Chefs zu einer Kassstrafe von zwei Tagen verurteilt. Am Tage nach der Verkündung, aber zwei Tage vor Zustellung des Beschlusses, stellte der Geselle seine Tätigkeit im Konkursklauselgeschäft ein und bat das Gericht mit Rücksicht darauf, ihn von der Kassstrafe zu befreien. Der frühere Geschäftsführer aber hielt dennoch seinen Antrag auf Vollstreckung der Kassstrafe aufrecht.

Das Kaufmannsgericht beschloß dem Gesellen entsprechend, daß die Vollstreckung der Strafe abzulehnen sei. Ined der Strafe war, so heißt es begründend, den §. zur Unterlassung der Handlung zu zwingen. Somit kann die Strafe nicht ausgesprochen werden, wenn es nichts mehr zu erzwingen gibt. Die hier verhängte Strafe ist keine Sühne, sondern nur ein Zwangsmittel.

### Das Sonntagsgeld der Ortskrankenkasse in Neulölln.

Nach mehreren Terminen erreichte am Dienstag die Ortskrankenkasse in Neulölln gegen den Vertreter des öffentlichen Interesses einen Erfolg vor dem Potsdamer Bezirksauschuß. Am 10. April v. J. hatte die Generalversammlung der Kasse beschlossen, das Sonntagsgeld nicht nur für die Arbeitstage, sondern auch für die Sonntage zu zahlen, um einen gerechteren Ausgleich zu schaffen. Auch die Versicherungsämter haben sich seinerzeit im gleichen Sinne ausgesprochen. Wegen diesen von sozialem Geiste erfüllten Beschlüssen erhob der Vertreter des öffentlichen Interesses Einspruch in der Befürchtung, die finanziell schlecht gestellte Kasse würde diese Mehrbelastung nicht ertragen können. Der Bezirksauschuß erhob Beweis über die Leistungsfähigkeit der Kasse und genehmigte namentlich den Antrag der Kasse, die somit berechtigt ist, ihren Mitgliedern das Sonntagsgeld für alle Kalender-tage zu gewähren. Die Kasse verfügt über ein eigenes Heilmittel-lager, eine eigene optische Anstalt, eigenes Kasseninstitut und hat eine eigene vertrauensärztliche Sprechstunde zur Heberwachung des Krankendefizites eingerichtet.

### Arbeitslosenversicherung.

Am Gemeindefolkium Würzburg hellten die sozialdemokratischen Mitglieder den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, sich zur Frage der Arbeitslosenversicherung zu äußern und ev. noch dem Kaiser verschiedene anderer Städte in den nächsten Etat eine bestimmte Summe zur Durchführung dieser Maßnahme einzusetzen. Der Antrag wurde nach einiger Debatte angenommen.

### Freiwillige Arbeiterfreundschaft.

In Königsberg i. Pr. werden die städtischen Arbeiter überaus schlecht behandelt. Beträgt doch der Grundlohn für ungelernete Arbeiter 3,20 M. pro Tag, der nach fünfzehn Jahren auf 3,70 M. steigt. Alle drei Jahre gibt es 10 Pf. pro Tag mehr. Vor kurzem beantragte die städtische Arbeiterschaft, den Grundlohn um 50 Pf. pro Tag zu erhöhen. Sie führte zur Begründung den großen Kostendruck und die außerordentlich hohen Mieten an, die in Königsberg für erbärmliche Häuser gezahlt werden müssen. Der Magistrat, in dem mehrere Freiwillemänner sitzen, lehnte die Forderung glatt ab, und dieser Tage hatte sich die „liberale“ Stadtverordneten-Versammlung mit ihr zu beschäftigen. Der Referent beantragte, die Petition der städtischen Arbeiter als durch die Antwort des Magistrats für erledigt zu erklären. Er zählte auf, was die Verwaltung alles für die Arbeiter „geleistet“ hätte und meinte, es sei nicht angängig, jetzt, nachdem noch nicht ein Vierteljahr seit der „Neuregelung“ verlossen sei, in eine erneute Prüfung der Angelegenheit einzutreten. Diese „Neuregelung“ bestand darin, daß der größte Teil der Arbeiter nicht einen Fennig Lohnzulage erhielt und sich deshalb gezwungen sah, wiederzukommen. Auch der Magistratsvertreter sprach davon, daß man allmonatlich die städtischen Körperschaften mit „berartigsten Petitionen“ überschütte. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß gerade in diesen Tagen die Unternehmer im Vauwerke und in der Privatindustrie am Orte sich veranlaßt gesehen hätten, erhebliche Angehörnisse in der Lohnfrage zu machen. Die Löhne der städtischen Arbeiter ständen am niedrigsten. Dabei solle die Kommune den Privatbetrieben voran gehen. Die städtischen Arbeiter hätten nicht einmal einigermaßen menschenwürdige Wohnungen; sie müßten in Wohnräumen zusammen mit Schlafkutschchen hausen, wo die Sittlichkeit zum Teufel gehe.

Die „liberale“ Mehrheit ist so arbeiterfeindlich, daß sie auf die Eingabe der städtischen Arbeiter sowie auf die Ausführungen von sozialdemokratischer Seite nicht das geringste gab. Für den Antrag, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, stimmten nur zwei bürgerliche Stadtverordnete. Selbst die radikalen Radikalen gingen über die Not der städtischen Arbeiter zur Tagesordnung über. Die Arbeiter müssen also weiter hungern, dank der diesjährigen „sozialen Fürsorge“ des Kommunalfreiwillem. Einige Augenblicke später wurden auch die Forderungen der Mittelschulischer abgelehnt. Dann aber traten die „liberalen“ Herren für Subventionierung einer Dampfzuckerfabrik-Gesellschaft mit 2000 M. ein.



# Das Ideal der Hausfrau Singer Nähmaschine

Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.  
Gründlicher Unterricht unentgeltlich.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Illustr. Pretalide über andere  
Sprech-Apparate, sowie über  
Violinen, Celli, Mandolinen,  
Gitarren, Zithern, selbst-  
spielende Musikwerke  
grafis.



Sie brauchen kein Geld dazu  
Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten  
Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen  
Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal  
Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will  
man immer wieder hören, da sie im  
Original zu den veralteten Nadelplatten  
noch nach Jahren ebenso schön und rein  
erklingen, als beim ersten Spiel. — — —  
**Die Lieferung erfolgt sofort!**

Der Preis dieses herrlichen Luxus-  
Modells in echt Eichen, einschließlich  
der neuen großen Pathé-Konzert-  
Schallboxe, die alle bisherigen weit  
in den Schatten stellt, beträgt nur  
40 Mark, der einer Pathé-Doppel-  
platte 3,30 Mark. Behalten Sie für  
Apparat und Platten monatlich nur  
3 Mark, bei Nichtgefallen nur die  
ganz minimalen Transportkosten zu  
zahlen. Verlangen Sie sofort  
Probensendung per Postkarte. —

Spielt ohne  
Nadelwechsel mit  
einem unzerstörbaren Saphirstift.  
Keine Plattenabnutzung mehr!

**DIAL & FREUND**  
Dresden, Postfach 120/470

Kur seinem hervorragend feinen Geschmack verdankt der  
**Kapitän-Kautabak**  
den guten Ruf, den er unstrittig besitzt. Machen Sie einen  
Versuch mit dem echten Kapitän-Kautabak und Sie werden von  
seiner Güte überzeugt sein.  
Verkaufsstellen, wo auch die K. Kautabakboxen gratis ver-  
abfolgt werden, weist gern nach:  
**C. Rücker, Berlin, Grünbergweg 119 (Königl. 3861).**

**Blendax**  
scheuer! Alles  
Blitzblank  
Pakete zu 10, 15 und 20 Pfg. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

## Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 10. April 1913.  
Anfang 7 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Tristan und  
Isolde.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Zeit  
Stich.  
Deutsches. Der Mann Vogel.  
Deutsches Schauspielhaus. Der  
Tannhäuser.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. „Hohenzollern“-Fahrten.  
Besinnung. Erziehung zur Ehe. Tod  
und Leben.  
Kammerstücke. Frühlings Er-  
wachen.  
Königsgräber Straße. Das Buch  
einer Frau.  
Theater des Westens. Der liebe  
Augustin.  
Berliner. Himmelskinder.  
Kleines. Professor Bernhardt.  
Kurfürstentempel. Aufreigen.  
Deutsches Opernhaus. Letzte  
Simona. Schiller der Bierette.  
Schiller-Charlottenburg. Hedda  
Gabler.  
Königsgräber. Hochherrschliche  
Bewegungen.  
Metropol. Die Kino-Königin.  
Trianon. Wenn Frauen reisen.  
Reichshallen. Die Frau Präsidentin.  
Thalia. Puppchen.  
Montis Operetten. Der Zigeuner-  
primas.  
Groß-Berlin. Das Farmermäddchen.  
Luisen. Vor hundert Jahren.  
Rote. Verlassene Frauen.  
Gartenfeld. Die Schönezeitiger  
Liebesprobe.  
Cafino. Artus Filterwochen.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Der Goldhahn.  
Walhalla. Parole Walhalla.  
Zirkus Albert Schumann. Gala-  
vorstellung.

**Urania.**  
Taubenstraße 48/49.  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
„Hohenzollern“-Fahrten.  
**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachm. 4 Uhr:  
Gr. Militärkonzert.  
Eintritt 1 Mark,  
von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren  
die Hälfte.  
Neue Jahresabonnements täglich  
an den Schalterkassen erhältlich.

**Passage-Panoptikum**  
DER LEBENDE  
LEICHNAM  
Das Wunder atavistischen Ver-  
scheidens. **LEBEND!**  
FUSSKÜNSTLER SARTON  
Der armlose  
**PAGANINI**  
Alles lebend!  
Alles ohne Extra-Entree!  
Deutsches Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Neu einstudiert:  
Der Dummkopf.  
(Rustus Haberlein: Harry Walden.)

**Montis Operetten-Theater**  
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.  
Abends 8 Uhr:  
Der Zigeunerprimas.

**Trianon-Theater.**  
Täglich 8 Uhr:  
Wenn Frauen reisen . . . .  
Sonntag 3 Uhr: Der selbige Taupinsel.

**Voigt-Theater.**  
Donnerstag den 10. April 1913:  
Gastspiel in Pahlmanns Theater,  
Schönhaarer Allee 143.  
Zum Benefiz für Hans Knüppel:  
**Im Irrenhause.**  
Schauspiel in 9 Bildern von G. Duffe.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 17. April:  
Letzte Vorstellung.  
**Zirkus**  
Albert Schumann.  
Heute Donnerstag, 10. April,  
abends 8 Uhr:  
Große Sport-Vorstellung.  
U. a.:  
10 Lio-Hoi-Tschu's 10  
chinesische Zauberer und  
Gaukler.  
Direktor A. Schumann  
mit seinen unübertrefflichen  
Schul- u. Freiheitsdressuren.  
Acrobatic - Doppel-Jockey-Act  
Gebr. Powell.  
Miss Mabel O'Brien  
Reitkünstlerin.  
Wettkugeln zu Pferde.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.

**TYPOGRAPHIA**  
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer  
Vorsitzender Alexander Wundmann M.A.S.  
Sonntag, den 13. April 1913,  
im großen Festsale der „Neuen Welt“, Hasenheide  
**KONZERT**  
Mitwirkende:  
Mizzi Fink, Koloraturängerin vom Deutschen  
Opernhaus in Charlottenburg.  
Anfang 7 Uhr. Eintritt 60 Pf. × Kinder 20 Pf. ×  
Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt.  
Eintrittskarten à 50 Pf. sind zu haben in den Zigarren-  
geschäften von P. Horsch, Engelauer 15;  
G. Schulz, Kottbuser Tor; M. Kämmerer, Elisabethufer 37;  
E. Schulz, Mittonwalder Str. 2; K. Schuler, Bergmannstr. 59;  
W. Seidel, Schenkendorferstr., Ecke Arndtstraße; M. Göllert,  
Yorkstr. 40; B. Böttger, Zoesener Straße 30 und Skalitzer  
Straße 107; H. Köppe, Tilgner Str. 45; H. Parske, Büsching-  
straße 2; G. Voigt, Elbinger Str. 77; A. Hanuschka, Choriner  
Straße 28; K. Bielsfeld, Graefestr. 35; G. Kuhring, Jahnstr. 1;  
Neukölln: A. Abraham, Donaustr. 25; P. Opitz, Pfäfers-  
straße 74; A. Rietdorf, Pannierstraße 40; Schöneberg:  
K. Schönebeck, Brunildstraße 7; Charlottenburg:  
Restaurant F. Meyer, Hardenbergstr. 15, Ecke Fasanenstr.;  
Rummelsburg: E. Heiberg, Gärtnerstraße 11, sowie  
in den mit Plakaten belegten Handlungen.

**ROSE-THEATER**  
Große Jeanfleurstr. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
Zum 25. Male:  
**Verlassene Frauen.**  
Freitag: Sherlock Holmes.  
Sonabendveranst.: Zopf und Schwert.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
(Meysel, Britton,  
Schröder.)  
Anfang  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 1/2 Uhr.

**Metropol-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Kino-Königin.**  
Operette in 3 Akten von Jul. Freund  
und G. Clontowski.  
Musik von Jena Gilbert.  
In Szene gesetzt v. Dr. Rich. Schulz-  
Karl Bachmann J. Giampietro  
G. Thiescher V. Korbert  
H. Bailot J. Russka Ly Winter

**Theater Königstadt-Casino.**  
Edle Holzmärkte u. Alexanderstraße.  
1 Minute v. Bahnh. Tannowitzerbrücke  
**Ich komme  
von Herrn  
Meyer!**  
und das erstklassige  
Spezialitäten-Programm.

**Walhalla-Theater.**  
Steinbergweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr  
**Parole: Walhalla!**  
Große Lustrevue.  
Borgursarten haben täglich Gültigkeit.

**Circus Carré.**  
Telephon 1758.  
Neukölln — Pflügerstraße.  
Donnerstag, den 10. April,  
abends 8 Uhr:  
Große Parforce-Festspiele  
mit dem  
**Riesenprogramm**  
von  
**35 Attraktionen.**  
Billets - Vorverkauf bei  
A. Wertheim.

**„Clou“ :: Berliner ::**  
Konzerthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert.**  
Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters  
aus Mailand. Dirig. Maestro Loreto Tesoro.  
Musik. Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Brasse.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem  
Eintritt.

Nur 7 Tage!  
**Zirkus Barum**  
nebst großer Raubtier-Dressurschau  
Berlin-Wilmersdorf,  
an der Brandenburger und Nannheimer Straße.  
Heute Donnerstag, den 10. April 1913,  
abends 8 1/2 Uhr:  
**Eröffnung**  
mit einem  
**Riesen-Weltstadt-Programm.**  
Die Sensation des 20. Jahrhunderts! Frau Direktor Kreiser mit  
ihren ausgewachsenen Berber-Löwen in versch. Tableaux.  
Original-  
Freiheits-Pferdedressuren  
vorgeführt von  
Milo. Lerch und Mr. Sibille.  
Wang-Chio-Tschung-Truppe  
Original-Chinesen  
in ihren heimathlich. Künsten.  
mit seiner weltberühmten Eisbärengruppe  
Das Tagesgespräch einer jeden Großstadt!  
Direktor Kreiser sowie Auftreten aller übrigen Welt-Attraktionen.  
Preise der Plätze (exkl. Billetsteuer): Galerie 50 Pf.,  
3. Platz 70 Pf., 1. Platz 1.40 M., Sperrsitz, num. 2 M., Logen-  
sitz 3 M. — Kinder unter 10 Jahren zahlen in den Nach-  
mittags- sowie Wochentags-Abendvorstellungen halbe, Sonn-  
tags abends jedoch volle Preise. 297b

**Casino-Theater**  
Lothringersir. 37. Täglich 8 Uhr.  
Nur noch bis Montag, den 5. Mai:  
Der urkomische Vossenschlager:  
**Arturs Filterwochen**  
u. das glänzende erstklass. Programm.  
Sonntagabend: Papas Seitenprogramm.  
Schluß der Saison: Montag, 5. Mai.

**Herrnfeld**  
Theater  
**Schonzeit-  
Jäger.**  
Komödie in 2 Akten von  
Anton u. Donat Herrnfeld.

**Liebesprobe.**  
Plauderei in 1 Akt v. Ernst Klein.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

**Folies Caprice.**  
Des Löwen Erwachen.  
Koffe von Bernhard Hestel.  
Der Rehbock.  
Koffe mit Gelang von Theo Gullert.  
Floh Seitenfrünge.  
Koffe von Winger und Tausig.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Beginn 11-2 Uhr.

**Concordia-Festsäle.**  
Inh.: M. Wendt u. A. Schütz.  
64 Andreasstr. 64.  
Jeden Donnerstag:  
**Große Soiree**  
der allgemein beliebten  
und bekannten  
Hoffmanns Sänger  
mit vollständig  
neuem Programm  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Frei-Tanz.  
Soiree: Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
Theater am Kollendorfsplatz.  
Einzug nach Nizza.  
Freitag, 8 1/2 Uhr: Schauspielhaus.  
Origi.  
Schauspielhaus. Najolita.  
Folies Caprice. Des Löwen Er-  
wachen. Bloß Seltsamprünge.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Volkstheater. Felden.  
Anfang 9 Uhr.  
Admiralspalast. Eisballett: Flirt in  
St. Moritz.  
Berliner Glöpalast. Lebende Eis-  
skulpturen.  
Sternwarte, Invalidenstr. 87-82.

**Schiller-Theater O. Ballner-**  
Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Klein Dorrit.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Der Andere.**

**Schiller-Theater** Charlotten-  
burg.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Hedda Gabler.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Cyrano von Bergerac.**  
Sonabend, nachmittags 3,10 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Gyges und sein Ring.**

**Berliner Theater.**  
8 Uhr: Filmzauber.

**Theater in der Königsgräber Straße**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Buch einer Frau.**

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Der liebe Augustin.  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Frauenfresser.  
**Residenz-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Frau Präsidentin.**  
(Madame la Présidente).  
Borgens und folgende Tage:  
**Die Frau Präsidentin.**  
Sonntag, 13. April, nachm. 3 Uhr:  
Ein Walzer von Chopin.

**Theater am Kollendorfsplatz**  
Abends 8 1/2 Uhr:  
Extrazug nach Nizza.  
Sonabend, 12. April, nachm. 2. Uff.  
der Opernschule d. Sternwarte Konfex.  
**Luisen-Theater**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Vor 100 Jahren  
oder: Napoleons Sieg und Fall.  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
Am wunderbaren Monat Mai.

**Admiralspalast**  
Eis-Arena  
Abends 9 Uhr:  
Das sensationelle Eisballett  
**Flirt in St. Moritz.**  
Die kleine Charlotte.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.  
Restaurant I. Ranges.  
Wein- und Bier-Abteilung.

Die Frauen und die Landtagswahlen!

Die vom preussischen Landesverein für Frauenstimmrecht mit dem obigen Thema für Dienstagabend nach den Russischen einberufene Versammlung war nur schwach besucht. Aber die Verteidiger des herrschenden Unrechtes hatten sich in ungewöhnliche Anzahlen gemeldet. Draußen sah man viele, sehr viele Schulleute und Polizeioffiziere und drinnen mehrere freikonserervative Abgeordnete und eine Abordnung des Bundes gegen Frauenemancipation. Frau Adele Schreiber und Frau Martha Biech begründeten in teils recht geschickter Weise die Forderungen der Frauen. Frau Adele Schreiber stellte den Grund auf: in der ausgeworfenen Frage binde die Frauen ein Geschlechtsinteresse; sie mühten sich über die Parteien stellen. Die wenig man sich auf Parteien stützen könne, habe die Sozialdemokratie in Ungarn bewiesen, als sie bei dem Kampf für das gleiche Männerwahlrecht auf die Forderung des Frauenwahlrechts verzichtete. Gegen andere Parteien hatte Frau Schreiber nichts zu erinnern. Als erste Rednerin in der Diskussion forderte Fräulein Anna Nisch die Frauen zur Mitarbeit für die Wahl der fortschrittlichen Kandidaten auf. Lebhafter Widerspruch aus der Versammlung veranlaßte sie, ihre Forderung der Wahlhilfe für fortschrittliche Kandidaten auf die Herren Kraus und Kauer zu beschränken. Diese beiden Kandidaten hätten sich für die volle Gleichberechtigung ausgesprochen. Die Vorsitzende, Frau Deutsch, erklärte, daß man nicht für Kandidaten eintreten könne, die sich gegen das Frauenstimmrecht erklärten. Der freikonserervative Landtagsabgeordnete Wagner widersprach dem parlamentarischen Wahlrecht der Frauen. Aus Gründen der Staatsraison sei es zu verweigern. In den sozialen Körperlichkeiten könne man den Frauen das passive Wahlrecht einräumen; auch werde sich in der Frage des Gemeindevahlrechts etwas tun lassen. Der freikonserervative Abgeordnete von der Wende schlug natürlich in dieselben Kerbe. Er verteidigte das Dreiklassenwahlrecht, weil es sich auf die Leistung für den Staat gründe. Wer die meisten Steuern zahle, müsse auch das größte Wahlrecht besitzen. In temperamentvoller Weise trat Gen. Zeppler den konservativen Herren entgegen. Das Jugendschicksal, das der Abg. Wagner in der Frage des Gemeindevahlrechts gemacht habe, müsse man festhalten. Man werde sich darauf berufen und dann sehen, wie sich die konservativen Herren dazu stellen. Die Forderung des Frauenstimmrechts sei nicht nur eine Frage des Rechts, sondern hervorragend eine Frage der politischen Macht. Mit der Eroberung solcher Würden die Vertreter der geschichtlichen Minderheit in Preußen gerade so gut weiter zurückweichen müssen, wie das im Reich bereits geschehen sei. Beschämend sei die Interessenlosigkeit der bürgerlichen Frauen. Nun trat ein Herr Eberhard auf, der sich als Vertreter des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemancipation vorstellte. Aus seinen Gründen gegen das Frauenstimmrecht hörte man ein Echo der konservativen Neben. Interessant aber war die Mitteilung, daß sich immer mehr liberale und freisinnige Herren, auch solche aus leitenden Stellungen, dem Bunde gegen Frauenemancipation anschließen. In seiner Bekämpfung berief er sich auf den Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, Fräulein Ljshnewa bezeichnete es als einen großen Erfolg, daß nun schon konservativ Abgeordnete zu den Frauen kämen. Dann stimmte sie unter teilweise hürmlichem Widerspruch der Versammlung ein Loblied auf die neue Militärverfassung an. Durch Nachentwicklung müsse Deutschland sich seinen Platz auf dem Weltmarkt sichern. Gen. Dürrer bemerkte, wenn man die Macht zum herrschenden Prinzip erhebe, wie es Fräulein Ljshnewa getan, dann müste es eigenartig an, zu den Besitzern der Macht mit Gründen des Rechts zu reden, damit sie auf ihre Macht verzichten. Die Frage, ob wegen der besonderen Veranlagung der Frau ihre Mitarbeit bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig sei, müsse man unbedingt bejahen. Nach den Ausführungen von Frau Schreiber hätte man sich versucht fühlen können, anzunehmen, die Versammlung bezwecke die Propaganda für die fortschrittliche Volkspartei. Sehr große Parteienfurchen aus der allernächsten Nähe habe sie nicht erwähnt, nicht gesagt, daß die fortschrittliche Volkspartei auf ihrem Parteitag in Mannheim die Aufnahme der Forderung des Frauenstimmrechts in ihr Programm abgelehnt habe. Den konservativen Herren sei zu sagen, daß, wenn die Steuerleistung wirklich die Grundlage des Dreiklassenwahlrechts sei, sie auf eine große Anzahl Mandate verzichten müßten. Die größere Steuerleistung der Grundbesitzer gründe sich auf die Schutzpolitik, die viele Arbeiter zu Armenunterstützungsempfängern mache und dann vom Wahlrecht überhaupt ausschließe. Wenn die Frauen die Eroberung der politischen Gleichberechtigung als Selbstzweck betrachteten, dann bliebe ihnen keine Wahl: sie mühten für die Sozialdemokratie, die die völlige

Gleichberechtigung der Geschlechter grundsätzlich und energisch fordern, eintreten. Frau Schreiber verwahrte sich im Schlußwort dagegen, Propaganda für die fortschrittliche Volkspartei gemacht zu haben. Ein Vergleich der von ihr aufgestellten Forderungen mit dem sozialdemokratischen Programm bewiese, daß sie mit diesem genau übereinstimmten. — Deito schlimmer, daß Frau Schreiber durch ihren Ausfall gegen die Sozialdemokratie in Ungarn den Anschein erweckte, als ob die Sozialdemokratie in der Frage des Frauenwahlrechts unzuverlässig sei.

Lesebende.

Mariendorf. Freitag, den 11. d. M., 8 Uhr, bei Gerold, Chaussee-straße 183: Vortrag der Genossin Bohm-Educh über „Erziehungsfragen“.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 11. April, 8 1/2 Uhr, in Kellers „Neuer Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Stadnauer: „Die Klassengliederung der modernen Gesellschaft“. Gäste willkommen.

Aus Industrie und Handel.

Gute Geschäfte — schlechte Geschäfte.

Die Ära der Kriegsgefahr, die auf das allgemeine Geschäftsleben niederdrückend wirkt, ist der großen englischen Kanonenfirma Armstrong, Witworth u. Co. nicht abel bekommen. Der soeben erschienenen 18. Geschäftsbericht weist für das letzte Jahr einen Reingewinn von rund 13,8 Millionen Mark (ohne einen Uebertrag von über 4 Millionen vom vorigen Jahre) auf. Dem Reservefonds werden 2 Millionen Mark überwiesen, den Aktionären 12 1/2 Proz. Dividende verteilt, der Rest auf neue Rechnung vorgetragen. Ferner sollen die Aktionäre auf je 4 Aktien eine weitere gratis erhalten. Da aber eine solche Gratiszuweisung von Aktien schon einmal im Jahre 1895 — damals sogar eine neue auf 2 alte Aktien — erfolgt ist, so ist die Dividende in Wahrheit = 18,75 Proz. der „Verdienst“ der einzelnen Aktionäre für dieses Jahr, abgesehen von Reservefonds und Vortrag. Das Kapital beträgt nominal rund 63 1/2 Millionen Mark, die jedoch an der Börse mit 275 Proz. bewertet werden. Durch die Kapitalverwässerung, die in dem Geschenk an die Aktionäre liegt, wird der Kurs entsprechend — man nimmt an, auf 225 Proz. — herabgedrückt werden. Jedenfalls haben die Anteilhaber von Armstrong, Witworth u. Co. keine Veranlassung, wider die Vorsehung und die oft noch unbegreifliche Weisheit der Diplomaten zu murmen. Nicht ganz so gut geht es den Arbeitern und Angestellten der Riefenfirma. Die „The Daily Citizen“ teilt, gibt es ihrer Hunderte, die in dieser Zeit der Teuerung einen Lohn von erheblich weniger als 20 M. wöchentlich verdienen. Die Maschinenbauer haben einen Vertrag, der ihren Lohn seit fast 5 Jahren auf dem Stande von 87 Schilling wöchentlich festhält. Da dieser Tarif seinem Ende entgegengeht, werden höhere Sätze gefordert werden. Die Lebensmittelteuerung macht sie notwendig. Aber wie weit wird die Notlage der Aktionäre sie zulassen?

Reford in der Eisenproduktion.

Trotz der sich auch in der Schwerindustrie aufsenden pessimistischen Urteile über die Konjunkturerentwicklung zeigen die statistischen Daten keinen Rückgang sondern einen neuen Aufschwung der Produktion. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller stellte sich die Roheisenerzeugung Deutschlands und Luxemburgs im März d. J. höher als je in einem Monat zuvor. Es wurden produziert:

Table with 2 columns: Year (1912, 1913) and Tonnes. Rows for January, February, March, and 1. Quartal.

Besonders stark war die Steigerung gegen den März des Vorjahres bei Gießereierzeugnissen, bei Stahl- und Spiegelblechen und bei Thomasroheisen.

Zur Kaligefek-Rovelle. Im Braunschweiger Landtag erklärte der Finanzminister, daß zurzeit erst Erwägungen über eine Kaligefek-Rovelle schwebten, durch die hervorgerufene Mängel des Reichsaligefekes nach Möglichkeit beseitigt werden sollen. Ein Gesetz-

entwurf liege aber noch nicht vor. Daher hätten die einzelnen Bundesregierungen noch nicht dazu Stellung nehmen können.

Rückgang im Versand des Walzdrahtverbandes. Der Walzdrahtverband des Walzdrahtverbandes weist seit längerer Zeit erstmalig einen größeren Rückgang auf. Es wurden im März 28 000 gegen 42 300 Tonnen im Februar versandt. Davon entfallen auf das Inland 21 500 (26 800) und auf das Ausland 16 500 (16 000) Tonnen.

Brauerei Oswald Berliner. Die seit 1899 bestehende Lagerbierbrauerei ist in eine Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 1 000 000 M. umgewandelt worden.

Gerichts-Zeitung.

„Das Ungeheer gleichlich überwaltet.“

Die Erfurter Strafkammer fällt am Dienstag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Siebert Urteile gegen Streikführer, die wegen ihrer ungemessenen Härte Auffehen erregen müssen.

Es handelt sich um Vorkommnisse während des Fensterputzstreiks im November vorigen Jahres. Der Gau-leiter des Transportarbeiterverbandes Genosse Knöner war in die Wohnung des Arbeitswilligen Wilhelm Manz gegangen, um mit ihm zu reden. Manz hatte zunächst mit den anderen Streikenden die Arbeit niedergelegt, sie aber nach einigen Tagen wieder aufgenommen. Die Keuzerung des Genossen Knöner zu der Ehefrau dieses Arbeitswilligen, sie möge doch ihren Mann nicht zum Streikbruch veranlassen, stand unter Auflage. Das Gericht erkannte auf fünf Monate Gefängnis.

Ferner war Frau Elise Adam, die Ehefrau eines Streikenden angeklagt, weil sie zwei Arbeitswilligen durch Worte beleidigt habe. Urteil: drei Monate Gefängnis.

Ein Arbeiter Karl Stonna endlich, hatte die von ihm gegenüber einem Arbeitswilligen gebrauchten Worte nicht auf die Goldwaage gelegt. Urteil: vier Wochen Gefängnis.

Wie viel Jahrhunderte mühten Arbeitswillige, Studenten, Schulleute und Unteroffiziere brummen, wenn ihre beleidigenden Keuzerungen mit demselben Maße gemessen würden, wiewohl ihnen der mildere Umstand nicht zugute kommen kann, daß sie aus Anlaß eines Streiks gefallen sind!

Die Richter sind keine vom Volk aus allen Teilen des Volkes gewählten Richter. Weil das nicht der Fall, ist es erklärlich, daß das Ungeheer gleichlich überwaltet, wo eine Welt des Irrtums sich entfaltet. Die Rechtsprechung kann der Gerechtigkeit nur dann entsprechen, Klassenjustiz erst dann verschwinden, wenn die Richter aus allen Teilen des Volkes vom Volke selbst erwählt werden. Das zeigen solche Urteile drastisch. Die Märtyrer, die unter solchen Urteilen zu leiden haben, haben das Bewußtsein, daß das ihnen zugefügte Unrecht zur Beseitigung der Wurzeln dieses Unrechtes aufruft, wider Willen derer, die das Unrecht als Recht sprechen zu müssen glauben.

Spieleprosch Stallmann.

Zehnter Tag.

Die gestrigen Verhandlungen wurden durch Plaidoyers ausgefüllt. Heute sollen die Angeklagten das Wort erhalten und dann das Urteil gesprochen werden.

„Die Hasen des Großherzogs.“

Vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I standen gestern unter der Anklage der Beleidigung des Großherzoglich Sächsischen Hofjagdamis bzw. des Hofjägermeisters Grafen von Berpender-Edinigt der prakt. Arzt Dr. Ariur Bernstein, sowie der verantwortliche Redakteur der „Z. am Mittag“, Karl Adolf Stratter und der Chefredakteur Maximilian Wolff. Im Weimarerischen Gemeinderat war von einem Mitgliede, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Rauberl mitgeteilt worden, daß das Hofjagdamis des Großherzogs kürzlich auf einer Hofjagd 100 Hasen habe begraben

auf eine Anregung des Grazer Internationalen Zoologenkongresses hin dem Begründer der Station, Anton Dohrn, gesetzt haben: eine Brunnenanlage mit dem Brunnenrelief Dorns von Adolf Hildebrand, dem alten Freunde des Gelehrten.

— 188 zoologische Gärten gibt es im ganzen und 30 davon — die meisten und (nach dem Urteil des Fachmanns) besonders vom zoologischen Standpunkt die besten — hat Deutschland. Fünfzehn habe Afrika, siebenundfünfzig Nordamerika; Asien nur drei, nämlich in Kalkutta, in Tokio und in Sinto. Australien sieben, und die übrigen sechsundachtzig in Europa. Auf Deutschland folgt an zweiter Stelle England mit acht, und Frankreich steht mit der Zahl fünf an dritter Stelle.

— Das Recht der Künstler auf ihre Werke ist in Frankreich durch eine Entscheidung des Unterstaatssekretärs der Schönen Künste erheblich gestärkt worden. Dieser hat angeordnet, daß bei Entwürfen von Kunstwerken durch den Staat das Recht der Künstler auf die Reproduktionen unangetastet bleibt, falls nicht eine besondere Vereinbarung dessen Entgegnung vorsehe. Ein Vorbehalt wird nur hinsichtlich der in den öffentlichen Museen ausgestellten Werke gemacht, deren Reproduktion durch Jöglinge der Kunstschulen unter bestimmten Umständen gestattet ist.

— Erdbebenforschungen im Nordpolargebiet. Die neue amerikanische Expedition, die im Juni dieses Jahres hauptsächlich zur Suche nach dem Peary geschätzten Grodenland aufbrechen soll, hat in ihr Programm die Ausführung von Erdbebenbeobachtungen eingeschlossen. Sie wird zu diesem Zwecke einen selbsttätig arbeitenden Erdbebenmesser mitnehmen. Eine Gölte soll außerdem mit einem Apparat für drahtlose Telegraphie versehen werden, und man hofft, auf diesem Wege eine tägliche Verbindung mit der Erdbebenstation in Washington herstellen zu können.

— Ein Wörterbuch, das nicht fertig wird. Die Arbeiten am Germanischen Wörterbuch schreiten in einem solchen Schneckentempo fort, das unsere Geduld auf eine harte Probe stellt. Italien aber geht es in dieser Beziehung noch schlechter. Das „Vocabolario della Crusca“, das Wörterbuch der italienischen Akademie, das vor 322 Jahren begonnen wurde, ist erst bis zum 10. Bande gediehen, der mit dem Buchstaben „M“ des Alphabets schließt.

— Zeitschriftenschau. Das monatliche Jahrbuch „Das Deutsche“, die von Wilhelm Oswald herausgegebene Zeitschrift des Deutschen Monistenbundes, erscheint von jetzt ab wöchentlich. Sie will mehr als bisher auf aktuelle kulturpolitische Geschehnisse eingehen und die Anwendung des monistischen Denkens auf dem Gebiete der praktischen Kulturarbeit entwickeln.

— In unsere Feuilletonredaktion ist Genosse Franz Dieberich eingetreten, der bisher das Feuilleton der „Dresdener Volkszeitung“ geleitet hat. Genosse Dieberich ist unterer Lesem kein Fremder, da er sowohl als Mitarbeiter am „Vorwärts“ wie als Herausgeber des neuen Buches der Freiheit „Von unten auf“ und der Glatzbräuer-Auslese ihnen vertraut geworden ist.

Kleines feuilleton.

Wehe den Besiegten! Ludovic Raudeau, der Kriegsbericht-erhalter des „Journal“, der zusammen mit Bazini im Gefolge der siegreichen Bulgaren das eroberte Adrianopel betreten durfte, hatte Gelegenheit, den Paraden, die auf dem sumpfigen Gelände der durch zwei Brücken mit der Stadt verbundenen Landhöfen für die kranken Türken eingerichtet wurden, einen Besuch abzustatten. Aber den er in seinem Blatte wie folgt berichtet: „Was ist denn das Leiden, dem alle die Unglücklichen dieser Insel des Grauens zum Opfer fallen? Kein Zweifel, die Cholera wütet unter ihnen. Man hat dafür untrügliche Zeichen, die jeden Irrtum ausschließen. Viele Kranke, türkische wie bulgarische, behaupten freilich, daß die Mehrzahl der Gefangenen einfach dem physiologischen Elend unterliegen, der Erschöpfung und den eifigen Nächten der Landhöfen; grauliche Schreckensnächte, die sie im Freien in den todbringenden Ausdünstungen überbringen, die tagelang ihre einzige Nahrung ausmachen. Wer trägt die Verantwortung für die furchtbaren Szenen, die sich hier abspielen? Die Schuld trifft allein die Demoralisation, die wahnsinnige Todesangst im Gefolge der entsetzlichen Niederlage, die eine Armee in eine Herde verängstigter Tiere verwandelt. Und als alles zu Ende war, entstand den Siegern das Problem, von einem Tag zum andern für ein Heer von 60 000 Menschen Nahrung zu beschaffen. Wohl hatte man die meisten so schnell wie möglich in die bulgarischen Städte geschafft, aber es blieb der jammervolle Rest der siebenhunderttausend, die Schwachen und Maroden dieses erbärmlichen Kaditabs, die tagelang ohne jede Nahrung ausdauern mußten. So gefiel es sich zu dem Hunger bald die Seuchen, der Typhus und die Cholera, die die Entkräfteten vollends vernichteten. Die Landhöfen sind nachgerade ein solcher Infektionsherd geworden, daß die Ärzte Bedenken tragen, die Ueberlebenden hinauszulassen. Es ist eine „Insel der Hölle“ im wahren Sinne des Wortes. Man braucht nur einen Blick auf die großen, die Insel bedeckenden Platanen zu werfen, um sich des ganzen Jammers bewußt zu werden. Die Räume sind bis zu einer Höhe von acht Meter bis auf Holz abgefüllt. Die abgeschaltete Rinde diente dazu, die Gefangenen mehrere Tage nach der Uebergabe zu nähren, da sie hauptsächlich dem Hungertode preisgegeben waren und froh sein mußten, in der verhältnismäßig weichen, schwammigen Rinde der Platanen ein Mittel zu haben, ihren knurrenden Magen zu betäuben!“ Mit einem bloßen Messer schneiden geht der Krieg über Tausende und Abertausende zur Tagesordnung über.

„Der Reichstag erhebt sich“. Aus den stenographischen Reichstagsberichten: 139. Sitzung, Mittwoch, den 2. April 1913. Die Sitzung wird um 2 Uhr 10 Minuten durch den Präsidenten Dr. Raempfer eröffnet. Präsident: (tatsächlich) Ich habe dem Haupte empfe-

Mitteilungen zu machen. Seine Durchlaucht der regierende Fürst zu Reuß j. L., Heinrich XIV.,

(Der Reichstag erhebt sich)

ist am 29. März im fürstlichen Schlosse zu Schleiz aus dem Leben geschieden. Der Reichstag wird dem durchlauchtigsten Fürsten ein ehrendes Andenken bewahren.

Wird sich? Wird er? Erstreckt diesem fortschrittlichen Präsidenten nicht die Sprache auf den Lippen? Man könnte es keinem M. d. N. als Staatsverbrechen anrechnen, wenn er von der Existenz eines Reuß j. L. keine Ahnung hätte. Mit der Lupe läßt sich dieser souveräne Staat ja wohl auf der Landkarte entdecken, aber ebenso gut hätte ihn Napoleon vor hundert und einigen Jahren so zwischen dem Ausziehen der Unterhosen und dem Löschen des Nachschlusses aus der Weltgeschichte herausblauen können. Und der „regierende“ Herrsch, Heinrich der Soundsovielle. — Wer in der Pathologie der deutschen Herrscherhäuser bewandert ist, wichte, daß diese Nr. 14 seit Jahren im Dämmer unheilbaren Blödsinns dahingevegetierte, die anderen wuchsen überhaupt nicht von Durchlaucht. Aber, verflücht der Fortschrittler auf dem Präsidentenstuhl, der Reichstag... durchlauchtigsten Fürsten... ehrendes Andenken... bäh!

Die Expedition Scott ging unter, langlos, klanglos, läche Helten des zwanzigsten Jahrhunderts. Kein Reichstagsabgeordneter frähe danach. Doch der „durchlauchtigsten“ Reuß soll ein ehrendes Andenken bewahrt werden, jetzt und immerdar.

(Der Reichstag erhebt sich) Schon gut! Schon gut! Aber wann erhebt er sich einmal gegen diese stete Einföhrung byzantinischer Brechpulver?

Notizen.

— Die Gründung eines Reichsschulmuseums wird in mehreren bürgerlichen Blättern von pädagogischer Seite gefordert. Man weist auf die Sammlung hin, die für die Brühler Ausstellung von 1910 zusammengebracht wurde und noch vorhanden ist. Sie könnte den Grundstock des gewünschten Museums bilden. Frankfurt a. M., Leipzig und Berlin werden für die Aufnahme der Sammlung in Vorschlag gebracht. Natürlich wäre ein solches Museum von großer Wichtigkeit. Aber die Freiheit der Arbeit muß garantiert werden.

— Bühnenchronik. Friedrich Kayler und Helene Fehdmer wurden von Dr. Barnowsky für das (neue) Lessing-Theater engagiert. — Die gleiche Bühne will übrigens „Die Brüder Karamasow“, eine Bearbeitung des Romans von Dostojewski, auführen.

— Städtischer Theaterzuschuß. Unbegrenzttes Ver-tragen schenkt der Rat der Stadt Leipzig dem Leiter der städtischen Bühnen Max Karterkeis. Er will ihm den städtischen Zuschuß von 250 000 auf 600 000 M. erhöhen.

— In der zoologischen Station zu Neapel wurde das Dentmal enthüllt, das die Biologen aller Kulturstaaten

lassen, da es, um die Preise zu halten und sich nicht der Preisdrückerei der Wiederverkäufer zu unterwerfen, sich ihrer auf andere Weise nicht habe entledigen können. Diese Mitteilung war gelegentlich einer Fleischsteuerungsdebatte gemacht worden und ging, da sie nicht demontiert wurde, in eine Anzahl Zeitungen über. Die „A. Z. am Mittag“ veröffentlichte dann in Anknüpfung an diese Mitteilung einen Artikel, in welchem der Verfasser Dr. Bernstein dieses angebliche Verhalten des Hofjagdamtes glorifizierte und darzutun suchte, daß ein solches Verhalten von 100 Tausend in einer Zeit, wo infolge der Fleischsteuerung zahllose arme Leute hungern, vollständig unsozial und die elementarsten volkswirtschaftlichen Grundsätze verlegend sei. — Die Tatsache selbst, die da vom Abgeordneten Baudert angeführt war, hat sich als falsch herausgestellt. In diesem Sinne hat Justizrat Dr. Kronfeld-Weimar im Auftrage des Herrn v. Perponcher eine Verdrückung der „A. Z. am Mittag“ angefordert. Darnach ging ein Strafantrag wegen Verdrückung. — Die Staatsanwaltschaft hat Anzeige erhoben namens des Hofjagdamtes, weil nach ihrer Ansicht, die vom Reichsministerium beauftragt wurde, das Hofjagdamt eine Behörde sei.

Das Schöffengericht hat seinerzeit auf Freisprechung erkannt, weil das Hofjagdamt keine Behörde im Sinne des § 196 des Strafgesetzbuches sei. Eine Behörde sei, so führte das Schöffengericht aus, jedes Organ der Staatsregierung, welches berufen sei, unter öffentlicher Autorität zur Herbeiführung der Zwecke des Staates tätig zu sein. Eine derartige Behörde sei das Hofjagdamt nicht. — Gegen dieses Urteil hat der Amtsanwalt Berufung eingelegt.

In der gestrigen Verhandlung kam es zu hundenlangen Strafprozessualen und juristischen Auseinandersetzungen zwischen dem Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Frankfurter, und dem Vertreter des Nebenklägers zugelassenen Herrn v. Perponcher, Justizrat Dr. Kronfeld-Weimar.

Das Gericht hielt den Grund, der den ersten Richter zur Freisprechung geführt, nicht für durchgreifend. In dem Artikel sei vom Hofjagdamt als Behörde gesprochen worden und es sei selbstverständlich, daß sich der Nebenkläger als Leiter des Hofjagdamtes beleidigt fühlen konnte. Das Gericht verurteilte einem Antrage des Staatsanwaltes entsprechend Dr. Bernstein und Wolff zu je 200 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Haft, den Angeklagten Bratzer zu 100 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Haft und sprach dem Nebenkläger die Publikationsbefugnis zu.

#### Zur Sonntagsruhe.

Wegen Beschäftigung von Gehilfen im Handelsgewerbe während der Sonntagsruhe war Herr Feher, der Inhaber einer Obst- und Süßfruchthandlung zu Berlin, angeklagt worden. Unzweifelhaft waren eines Sonntags während der Zeit des Hauptgottesdienstes ein Expedient, ein weiterer Angestellter und mehrere Verkäuferinnen mit dem Sortieren und Packen der Obstware beschäftigt. Der Angeklagte meinte aber, er könne nicht bestraft werden, weil die Personen als stille Geschäftsteilhaber und freiwillig diese Tätigkeit verrichtet hätten. Stille Geschäftspartner wären sie deshalb, weil er ihnen außer einem Gehalt nach Gewinnbeteiligung vertraglich zugesprochen habe. Sie seien mit 1 Proz. bis zum Höchstbetrage von 300 M. jährlich am Gewinn beteiligt gewesen.

#### Das Landgericht verurteilte den Angeklagten.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die vom Angeklagten gegen das Urteil eingelegte Revision mit der Begründung, daß das Landgericht ohne Rechtsirrtum festgestellt habe, daß die fraglichen Personen lediglich Angestellte gewesen seien, die neben ihrem Gehalt nur noch eine kleine Gratifikation bis zum Höchstbetrage von 300 M. jährlich erhielten.

**Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Sozial-, Fortschrittler- und Berufsgenossen Deutschlands (V. d. G.).** Verwaltung Berlin. Heute Donnerstag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gemeinshaus, Engelster 15: Angehörigliche Versammlung. T. O.: Anträge und Delegiertenwahlen zur Generalversammlung.

**Marktpreise von Berlin am 8. April 1913.** nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,20 bis 20,10, mittel 19,56—19,74, geringe 19,20—19,38 Roggen, gute Sorte 16,08—16,10, mittel 16,04—16,06, geringe 16,00—16,02 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,30, mittel 15,80—16,10, geringe 15,00—15,50. Hafer, gute Sorte 17,50—19,70, mittel 16,40—17,40 (frei Wagen und ab Bahn). Mais (mixte), gute Sorte 14,50—14,90. Mais (runder), gute Sorte 15,30—15,60. Rübölroh 4,40. Senf 5,60—7,40.

**Raffinierenpreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Bohnen, weiße 35,00—36,00. Erbsen 35,00—36,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 8,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,80—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,00. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Wale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Dorsch 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,40. Schlei 1,50—3,20. Hele 0,80—1,60. 60 Stück Kresse 2,40—4,00.

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**  
Am 7. April verstarb unser elbiger Parteigenosse, der Arbeiter **Wilhelm Elsholtz** (Walterstr. 4/6, 13. Bezirk).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht  
226/18 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis**  
Am 7. April verstarb unsere Genossin, die Frau **Friederike Behnfeldt** (Löhnerer Straße 112).  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, auf dem Begräbnisplatz der Freiwilligen Gemeinde, Pappelallee, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
226/20 **Der Vorstand.**

**Verein für Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen.**  
Am Montag, den 7. April, verstarb nach kurzem, schwerem Leben unser treues Mitglied, Frau **Friederike Behnfeldt** im 78. Lebensjahre.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Kreuznischen Gemeinde, Pappelallee 15-17, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
226/19 **Der Vorstand.**

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Ortsgruppe Neukölln.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Bundesgenosse **Wilhelm Elsholtz** (Walterstr. 4/6, am 7. April nach schwerem Leiden verstorben ist).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
10/18 **Der Zentralvorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Am 7. April verstarb unser Genosse, der Linoleumleger **Otto Schüler** (Gaudystr. 6).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heilmann-Kirchhofes in Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
226/19 **Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiterverband. Filiale Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Joseph Schilf** (Zurmitzstraße 28) im Alter von 64 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Berliner Straße, aus statt.  
61/13 **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für Niederbarnim. Bezirk Reinickendorf-West.**  
Am 7. d. Mts. verstarb infolge eines Unfalls unser Genosse **Heinrich Pietsch** (Bienenstr. 70 (24 Jahre alt)).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 5 Uhr, am dem Gemeinde-Friedhof in der Humboldtstraße statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
240/11 **Der Vorstand.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kaufmann **Paul Hannebauer** am 7. April im Alter von 17 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Anferstehungs-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.  
68/17 **Die Bezirksverwaltung.**

**Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.** Prunzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

**Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.**  
Am 7. April starb unser Mitglied, der Banenarbeiter **Paul Mühle** (Regist. Wedding).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
142/1 **Der Vorstand.**

**Spezialarzt f. Haut-, Horn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Bettruhe jeder Art, Ehrlich'sche Kuren in u. Co. ions. Laborat. j. Blutuntersuchung, Fäden t. Horn u. m. Gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum. Sonntags 11—2. Separates Damenzimmer.**

**Erstklassig!**  
**„Unsere Marine“**  
**2 Pfg. Cigarette**  
Georg A. Jasmatzi Akt. Ges. Dresden  
Größte deutsche Cigarettenfabrik



### „Freier Bund“ Einkaufs- und Produktivgenossenschaft freier Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Berlin. Bilanz am 31. Dezember 1912.

Aktiva	RM.	Passiva	RM.
Ressourcenbestand	232,50	Mitgliederbeiträge	2067,49
Robilien-Konto	121,98	Reservefonds-Konto	1062,01
Abrechnung	25,98	Genossenschafts-Konto für	
Bank-Konto	94,10	Zinsaufschreibung	182,22
Brauereiguthaben-Konto	2772,20	Reingewinn	182,08
Brauereianteil-Konto	300,—		
	RM. 3423,90		RM. 3423,80

Mitgliederbewegung: Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1912: 115, Zugang 2. Abgang 8; mittlere Mitgliederzahl am 1. Januar 1913: 109.  
Im Laufe des Geschäftsjahres haben sich die Mitgliederbeiträge um 373,19 M. vermindert und die Darlehenssumme um 160 M. vermindert. Die Gesamtsumme aller Mitglieder beträgt am Jahresabschluss 2180 M. Berlin, im März 1913. 104/15  
**Ferd. Matthes. Joh. Greth.**

### Große Berliner Straßenbahn. Bilanz am 31. Dezember 1912.

Aktiva	RM.	Passiva	RM.
Bahnkörper	70 781 371,39	Kapital	22 714 354,18
Bahnhöfe und Werkstätten	22 714 354,18	Reservefonds	38 459 296,90
Wagen	19 488 300,—	Umsatz	179 861,18
Rangierlokalen nach Abschreibung von	500 000,—	Robilien	1,—
Maschinen	19 984,57	Robilien	1,—
Robilien	15 629,88	Robilien	1,—
Umsätze	1,—	Robilien	1,—
Verbe nach Abschreibung von	36 192,—	Robilien	1,—
Gebäude	1,—	Robilien	1,—
Dienstleistungen nach Abschreibung von	456 096,46	Robilien	1,—
Bekände an Bau- und Betriebsmaterialien	2 457 262,06	Robilien	1,—
Kontokorrent, verschiedene Guthaben	2 063 063,—	Robilien	1,—
Barbestand	415 391,62	Robilien	1,—
Wertpapiere als Kauttionen bei Behörden	484 590,85	Robilien	1,—
Wertpapiere und Hypotheken als Anlage des Reservefonds	11 350 500,—	Robilien	1,—
Zugungsfonds	23 077 651,62	Robilien	1,—
Beamten-Kautionsfonds	614 781,70	Robilien	1,—
	192 083 549,30	Robilien	1,—

**Phänomen GOLD**  
Feinste Cigarette  
23

**Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung.** Herausgegeben 245/19 von **Max Granwald.** Heft 6: **Schiller und die Arbeiter** von Conrad Haenisch. Preis 40 Pf.

**40 Mark** Anzug oder Paletot n. Maß. Cut-away m. gostr. Hose 40 M. Auf Rollbahn, g. Zutaten.  
**25 Mark** wer selbst Staff liefert. Mein Zuschneide- und Anprobiersystem bürgt tadelloser Sitz. Ein Versuch. Sie sind dauernd Kunde.  
**Franz Hänke** Prenzlauer Str. 25, II (Alexanderpl.).

**Der gutsitzende Anzug**  
macht den Gentleman. Heute und folgende Tage: Verkauf von großen Posten neuer oder gebrauchter Monatsgarderobe, Anzüge, Ullster, Paletots, Seidkleider, getragen, teils von ersten Schneidern aus besten Materialien angefertigt (auch als Setts) für jede Figur (auch den ältesten Herrn) passend am Lager. Anschaffungspreis bis 100,— zu folgenden billigen Preisen:  
Lackier-Anzüge M. 9,— 12,— 16,— 20,— etc. bis zu 2. teureren  
Rock-Anzüge 12,— 16,— 20,— 24,—  
Gehrock-Anzüge 18,— 22,— 27,— 32,—  
Herren-Ullster 18,— 16,— 18,— 22,—  
Sommer-Paletots 6,— 8,— 12,— 14,—  
Hosen 2,— 3,— 4,— 6,—  
Jünglings-Anzüge 7,— 10,— 14,— 18,—  
**Frank- u. Gesellschaften werden vertriehen.**  
**Garderobenhäuser**  
**Gr. Frankfurter Straße 116**  
an der Andreasstraße.

### Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll	Haben
Hypotheken-Zinsen	71 175,08
4% Schuldverschreibungen	1 150 000,—
Davon unbezogen	500 000,—
	1 224 515,21
Ergebnisse	12 826,50
Indehabene Dividenden	2 325,—
3 1/2% unbezogene gefundene Schuldverschreibungen nebst Zinsen	529 830,—
Rückstellung für Zinsen der 4% Schuldverschreibungen	11 350 602,21
Reservefonds	23 077 345,83
Zugungsfonds	445 000,—
Kontokorrent-Rückstellung	627 689,90
Beamten-Kautionen	1 241 489,27
Darlehens-Verschreibungen	9 485 546,64
Kontokorrent, verschiedene Gläubiger und Bar-Kautionen	5 303 750,61
Erneuerungsfonds I.	1 740 107,13
Erneuerungsfonds II.	1 035 260,—
Pflichtige Betriebsvorschriften	10 459 926,01
Gewinn- und Verlustrechnung	192 083 549,30

Berlin, den 27. Februar 1913.  
**Die Direktion.**  
Dr. Wassow. Meyer. Dr. W. Mücke. Otto.  
Nach vorgenommener Prüfung der Belege und Bücher der Gesellschaft beschließen wir hiermit die ordnungsmäßige Führung der Bücher und die Uebereinstimmung der vorstehenden Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustrechnung mit denselben.  
Berlin, den 27. Februar 1913.  
**Oskar Zwickau,** öffentlich angelegter, beeidigter Buchhalter.  
Emil Kryszewski, gerichtlicher Buchhalter im Bezirk des kgl. Kammergerichts und des kgl. Landgerichts I.

**Großer Pflanzen-Verkauf.** Wegen Auflösung einer deutschen Baumschule: Rosen, Schlingpflanzen, Obstbäume, Beerensträucher, Ziersträucher, Robelwälder, Blumenkanten usw. — Gelunde Ware, jedwacht billig! **Am Bahnhof Alexanderplatz, Gontardstraße, vis-à-vis Panoramakirche, Zentralmarkthalle.**

**Achtung!** Berliner Wurst- und Fleischwaren-Fabrik **Karl Laeske, Petersburger Platz 8** offeriert heute billigst:  
**Eisbeine Pfund 30 Pf.** bei 5 Pfund 28 Pf.  
**Spitzbeine Pfund 20 Pf.** bei 5 Pfund 18 Pf.  
**Rippen frisch u. gepökelt 50-60 Pf.** sowie sämtliche Wurst u. Fleischwaren zu den billigsten Preisen.

**Albessinier-Pumpen**  
zum Selbstbestimmen für Gartenhäuser u. Laubentkolonnen von 8 M. an  
Häufigkeiten:  
Gartenbrunnen, Zisterne, Röhren, Zehndeckel, Kistchen, Erdbohrer, Leimblei.  
**Karl Köchlin & Co.** Berlin SW., Mpl. 1678, Alte Jakobstr. 20/22

**Achtung! Polen. Achtung!**

**Wähler des 5., 6. und 7. Landtags-Wahlkreises.**

**Große polnische Volksversammlung**

am Sonntag, den 13. April, nachm. 2 Uhr, in „Kellers Festsälen“, Kopenstr. 29.

Tagesordnung:

1. „Das polnische Volk und die Landtagswahlen“.

Referent: Stanislaus Kibicki.

2. Freie Diskussion.

Das Agitationskomitee  
D. V. Z. der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Berlin.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Verwaltung Berlin.

Morgen Freitag, den 11. April 1913, abends 8 Uhr:

**10 große Mitglieder-Versammlungen**

- Süden u. Südwesten: Kellers Festsäle, Hasenheide 13/15.
- Südosten I u. II: Wodrag, Waldemarstr. 75.
- Osten I, II u. Nordosten: Kellers Festsäle, Kopenstr. 29.
- Osten III u. östliche Vororte: Liebeck-Brauerei, Frankfurter Allee 53.
- Schönhauser u. Rosenthaler Vorstadt: Obiglo, Schwedter Str. 23/24.
- Gesundbrunnen, Wedding u. Moabit: Freibels Festsäle, Kolberger Str. 23.
- Weißensee: Prälaten, Lehderstr. 122.
- Neukölln: Hartsh, Hermannstr. 49.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Schöneberg: Neue Rathausäle, Martin-Luther-Str. 69.

Tagesordnung:

1. Welche Vorteile bietet uns der neue Vertrag.
2. Diskussion.

Referenten sind: Robert Fendel, Theodor Glocke, Wilhelm Gath, Hermann Jaed, Hugo Langhammer, Richard Leopold, Wilhelm Mitschke, Karl Reiche, Arwin Rennau, Hans Schwarzmeier.

Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

**Nachtragsliste**

der vom Verbaude der Maler gesperrten Meister:

- |  |   |  |
|--|---|--|
| Ganz, Karl, Calwimstr. 27.             | Hobermann, Wollmer Str. 31.   | Böde, Paul, Lichterfelde, Bismarck-Str. 30.    |
| Liebow, Gustav, Heinst. 10.            | Hoja, Richard, Büttcher Str. 10 I.  | Bahmann, Gustav, Lichterfelde, Rantaustr. 25.  |
| Katpanof, Paul, Friedrichshagen.       | Berkstele, Kohnstr. 25.   | Kaufmann, Gustav, Lichterfelde, Rantaustr. 25. |
| Biese, Wilhelm, Gustav-Adolf-Str. 14.  | Kreienbring, Schöneberg, Sedanstr. 67-68.   | Tängel, Max, Lichterfelde, Rantaustr. 25.      |
| Golzopfel, Will, Tegel, Treckowstr. 8. | Diese Firma ist gesperrt, weil sie für andere gesperrte Firmen Arbeiten ausführt. |  |

Nachfolgende Firmen sind von der Liste zu streichen:

- |                                |                                |                           |
|--------------------------------|--------------------------------|---------------------------|
| Koll, Fern, Kurzfürststr. 148. | Beller, Otto, Samariterstr. 3. | Stoll, Hans, Rühlstr. 14. |
|--------------------------------|--------------------------------|---------------------------|

**Steglich-Friedeman!**

Freitag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Albrechtshof“ in Steglich:

**Deffentliche unpolitische Versammlung.**

Tagesordnung:

284/13

Die wahren und die falschen Freunde der Arbeiterjugend.

Referent: **Dr. Kurt Rosenfeld**, Vorsitzender des Groß-Berliner Jugendauschusses.

Freie Aussprache.

Die Arbeiterschaft von Steglich und Friedeman, insbesondere die Arbeiterjugend, bitten wir dringend um ihr Erscheinen. Sorgt für einen Massenbesuch! Der Jugendauschuss.

**Verband der Böttcher, Weinküfer u. Hilfsarb. Deutschlands.**

Zahlstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis Engelauer 15. Telefon Amt Nordplatz 4007. Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr, bei Boetke, Weberstr. 17:

**Außerordentliche Mitgliederversammlung**

Tagesordnung:

1. Bericht und endgültige Beschlußfassung über die Tarifbewegung in den Werkstätten. 2. Wahlleiter. 3. Kollegen! Die weittragende Bedeutung der Tagesordnung verpflichtet jeden, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung. L. Klapschus.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsbüro Berlin. C. 54, Linienstr. 83-85.

Verwaltung: Telefon: Amt Norden 1967. Kassierer: Amt Norden 195. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1209, 9714.

**Branche der Kino-Operateure**

Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Sonntag, den 13. April 1913, vormittags 10 Uhr, in Wwe. Augustinus Festsälen, Oranienstr. 103:

**Großer Demonstrations-Vortrag des Herrn Direktor Morgenstern.**

Thema: **Der Mensch im Kampf gegen giftige Gase.**

Was dem Vortrag ganz besonderen Wert verleiht, ist die Vorführung sämtlicher Apparate, wie sie von der Berliner Feuerweh, in Bergwerken, bei Unglücksfällen usw. verwendet werden.

Eintritt 10 Pf.

**Achtung!** Die Bibliothek Osen, die bisher bei N i g, Romintener Str. 14, war, befindet sich jetzt

Warschauer Str. 9, Restaurant Niz.

Dieselbe ist geöffnet: Montags und Donnerstags von 7 bis 9 Uhr abends. Die Ortsverwaltung.

**Möbel-Cohn**

1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58
2. Geschäft: Grüner Weg 109

Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

**Möbel auf Kredit**

Riesen-Auswahl

- Anzahlungen auf Stube und Küche:
- |         |        |        |         |
|---------|--------|--------|---------|
| Mark 15 | 30     | 50     | 75      |
| bis 25  | bis 45 | bis 70 | bis 100 |

Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer

jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.

Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12-2 geöffnet.

„Vorwärts“-lesern Rabatt.

Diese Woche!!

**Diwandecken extra billiger Verkauf!**

Buntpersische doppelseitige

**Diwandecken**

à M. 6,75-8,75 (bisher 10-15 M.) einfachere Qualität 4,35 4,85

Rot, blau, oliv, bunte

Mokett-Plüsch-Diwan-

decken. Moderne kleine Muster 1875 (bisher 27 M.)

Mokett-Tischdecken 9,35 (bisher 15 M.)

Teppich-Spezialhaus

**Emil Lefèvre**

Berlin S. Seit 1882 nur

Oranienstr. 158

Der neue Katalog

mit bunten Teppichmustern, 750 Abbildungen gratis u. franko.

**Der JAHN**

TURN-SCHUH



erprobt & empfohlen

Zu haben in den einschl. Geschäften, auch nach Best.-Bestellg. nachgew.

Alleiniger Fabrikant:

H. Jacobowaki, Neukölln.

**Max Schölzel**

Arminius-Hallen

(vorm. Bode)

Moabit, Bremerstr. 72/73

Grüner Freitagfeiertag nach frei. Saal 500 Personen fast mit Bühne. Telefon: Moabit 198.



**Schuhputz**

**SERVUS**

das Beste

mit Dosenöffner.

In großen Dosen à 20 Pf. überall zu haben.

Fabrik Chemische Werke Lubzyski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

# Ein Werk der Arbeiterklasse!

In einer Zeit, wo die herrschenden Kreise die Bevölkerung mit Millionen neuer Steuern belasten wollen, gilt es gerade für die Arbeiterschaft, zur **Selbsthilfe** zu greifen.

**Der Einzelne ist jedoch nichts.**

## In der Organisation liegt die Stärke!

Das beweisen die **Zentralwerke der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.**

Um weiteren Bevölkerungskreisen die

## Besichtigung der Betriebsanlagen

zu ermöglichen, finden

**Sonntag, den 13. und 20. April, vormittags von 10—12 Uhr**

Führungen durch die Zentralwerke statt. Um Massenansammlungen in den Gebäuden zu vermeiden, ist folgende Einteilung getroffen:

**Sonntag, der 13. April,** ist vorgesehen für die Einwohner: **Berlin Norden und Osten** sowie der in dieser **Richtung liegenden Vororte** einschließlich **Karlshorst, Köpenick, Oberschöne-weide, Friedrichshagen** und **Erkner.**

**Sonntag, den 20. April:** **Berlin Südost, Süden, Westen** und **Moabit** sowie die in dieser **Richtung liegenden Vororte** einschließlich **Adlershof, Alt-Glienicke, Grünau-Bohnsdorf** und **Niederschöne-weide-Johannisthal.**

Die Konsumgenossenschaft zählt **73 000 Mitglieder.** — Sie besitzt:

**Eigene Großbäckerei** mit 18 Doppelauszugöfen und einem täglichen Mehlverbrauch von über 400 Zentner.

**Eigene Konditorei, Kaffeerösterei und Selterfabrik. — Zentrallager.**

Zur Beförderung der Waren dienen **19 Automobile.** In den nachfolgenden **104 Verkaufsstellen** wird voraussichtlich ein Jahresumsatz von **15 Millionen** erzielt.

Die Verkaufsstellen befinden sich:

### In Berlin:

<b>NW.</b> Beusselstraße 4—5 Emdener Straße 50 Rostocker Straße 35 Spenerstraße 21 Stendaler Straße 5 Ufnaustr. 16	Gleimstraße 46 Hochmeisterstraße 16d Hochstädter Straße 6 Hussitenstraße 53 Lychener Straße 19 Nordufer 4b Prinzen-Allee 85 Prinz-Eugen-Straße 24 Schivelbeiner Straße 9 Soldiner Straße 103 Stolpische Straße 24 Swinemünder Straße 33	<b>NO.</b> Togostraße 4 Transvaalstraße 3 Willdenowstraße 30 <b>NO.</b> Bötzowstraße 34 Büschingstraße 12 Naugarder Straße 45 Winsstraße 63 <b>O.</b> Bödikerstraße 7 Grüner Weg 15 Kochhannstraße 14	<b>SO.</b> Kopernikusstraße 3 Küstriner Platz 4 Liebigstraße 7 Mirbachstraße 26 Pettenkoferstraße 26 Zorndorfer Straße 61 <b>SO.</b> Adalbertstraße 36 Forster Straße 3 Manteuffelstraße 91 Wrangelstraße 65	<b>S.</b> Alte Jakobstraße 57—59 Graefestraße 65 <b>SW.</b> Arndtstraße 5 Kochstraße 62 Wassertorstraße 20 <b>W.</b> Goebenstraße 17, Ecke Culmstraße Kurfürstenstraße 17
--	--	---	---	---

### In den Vororten:

<b>Adlershof,</b> Bismarckstraße 11 <b>Alt-Glienicke,</b> Rudower Straße 59, Ecke Köpenicker Straße <b>Baumschulenweg,</b> Baumschulenstraße 93a <b>Bohnsdorf,</b> Straße 21 <b>Britz,</b> Werderstraße 31 <b>Charlottenburg,</b> Kaiserin-Augusta-Allee 55 Potsdamer Straße 30 Wallstraße 23 Weimarer Straße 29 Westend, Fredericiastr. 11	<b>Erkner,</b> Königstraße 55 <b>Friedenau,</b> Moselstraße 7 <b>Friedrichsfelde,</b> Caprivi-Allee 44 <b>Friedrichshagen,</b> Drachholzstraße 2 <b>Grünau,</b> Köpenicker Straße 8 <b>Johannisthal,</b> Bismarckstraße 6 <b>Karlshorst,</b> Treskow-Allee 100 <b>Köpenick,</b> Berliner Straße 5 Borgmannstraße 5 Müggelheimer Straße 48	<b>Lichtenberg,</b> Boxhagener Straße 24b Bürgerheimstraße 102 Kronprinzenstraße 1 Mozartstraße 2 Rittergutstraße 22 Wismar-Platz 3 Wühlischstraße 57 <b>Lichterfelde-Lankwitz,</b> Kaiser-Wilhelm-Straße 43 <b>Mariendorf,</b> Kaiserstraße 110 <b>Neukölln,</b> Böhmische Straße 47 Emser Straße 33 Friedelstraße 15	<b>Herrfurthstraße</b> 6/6a <b>Münchener Straße</b> 39 <b>Steinmetzstraße</b> 107 <b>Weserstraße</b> 28—29 <b>Wildenbruchstraße</b> 61—62 <b>Nieder-Schönhausen,</b> Kaiser-Wilhelm-Straße 79 <b>Nieder-Schöne-weide,</b> Berliner Straße 110 <b>Ober-Schöne-weide,</b> Edisonstraße 50 Luisenstraße 12 <b>Pankow,</b> Berliner Straße 47 Wollankstraße 102	<b>Reinickendorf-Ost,</b> Holländerstraße 126 Hoppestraße 16 <b>Schöneberg,</b> Apostel-Paulus-Straße 40 Ebersstraße 26 Sedanstraße 82—83 <b>Südende,</b> Lichterfelder Straße 36 <b>Tempelhof,</b> Berliner Straße 39 Dorfstraße 19—20 <b>Treptow,</b> Graetzstraße 58 <b>Weißensee,</b> Langhansstraße 7 Lehderstraße 62 <b>Wilmerdorf,</b> Augustastr. 3
--	--	--	--	---

Die Verkaufsstellen sind geöffnet an Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags und von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr abends. Sonntags geschlossen.

Eröffnet wird demnächst je eine Verkaufsstelle **Elbinger Straße 42, Yorckstraße 70** und **Steglitz, Albrechtstraße 115.**

## Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H.

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstraße 16—26.

**Nehmt Einsicht in die Wählerliste!**

**Spartanenburg.**

Die Wählerlisten liegen am Sonntag, den 12. April, von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, am Montag, den 14., und Dienstag, den 15. April, von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, öffentlich aus und zwar

- a) für die Stadtbezirke Westend, Spandauerberg, Schloßviertel, Viehsee, Kälberweider, Nonnendamm, Königsdamm nördlich und südlich, Martinienfelde, Althof, Halbinsel und Innere Stadt (Wahlbezirke 1 bis 147) im Statistischen Amt, Althof Str. 8a, 1. Eingang, 3 Treppen, Zimmer 40;
- b) für die Stadtbezirke Hochschulviertel, Kurfürstendamm und Ostviertel (Wahlbezirke 148 bis 212) im Feuerwehrdienstgebäude Kantestr. 10.

**Für Neublin**

Liegen die Wählerlisten aus am Sonnabend, den 12. April, von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends; am Sonntag, den 13. April, von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr abends; am Montag, den 14. April, von vormittags 8 Uhr bis abends 7 Uhr in der

- Turnhalle der 17., 33. und 34. Gemeindefschule, Besterstr. 12/13; Turnhalle des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kaiser-Friedrichstr. 209/10;
- Turnhalle der Volksschule, Bobbinstr. 34/41;
- Turnhalle der Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Emserstr. 133/34;
- Turnhalle der 19. und 20. Gemeindefschule, Stuttgarter Straße 35/38.

**Schöneberg.**

Hier erfolgt die Auslegung der Listen gleichfalls am Sonnabend, den 12. April, nachmittags von 1-7 Uhr, Sonntag, den 13. April, vormittags von 9-1 Uhr, und Montag, den 14. April, nachmittags von 1-7 Uhr, im neuen Rathaus, Freiherr-vom-Stein-Str. 1, Stadtparcelle, Erdgeschoss, Zimmer 88.

Außerdem können die Wählerlisten eingesehen werden für den 1. Bezirk bei S. Gerat, Neue Winterfeldstr. 35; 2. Bez.: Folger, Knyffauerstr. 26, und Schmidt, Martin-Luther-Str. 78; 3. Bez.: Jürgens, Barbarosofstr. 5a; 4. Bez.: D. Schulz, Werfberger Straße 7, und Henkel, Weininger Str. 8; 5. Bez.: Siehl, Nützenstr. 8, und Sobottinski, Ebersstr. 35; 6. Bez.: Wandke, Wahnstr. 26, und Weindberg, Hauptstr. 4; 7. Bez.: Hauser, Königsweg 42, und Barndt, Siegfriedstr. 3; 8. Bez.: Knobloch, Sebanstr. 33, und Weltner, Gothenstr. 61; 9. Bez.: Andreas, Feinrigt. 16, und Dombrowski, Chernowstr. 28; 10. Bez.: Neumann, Ebersstr. 86, und Rathmann, Tempelhofer Str. 18a; 11. Bez.: Krause, Rudenz, Ede Wegstraße, und Rebi, Sachsendamm.

**Wilmersdorf-Palensee.**

Hier liegen die Wählerlisten noch bis Freitag, den 11. April, im Wahlbureau des Magistrats, Gasteiner Straße 11, 2 Treppen, öffentlich zur Einsichtnahme aus. Außerdem liegt eine Abschrift der Wählerliste bis zum gleichen Tage in folgenden Lokalen aus:

Für Palensee östlich der Eisenbahnbrücke beim Restaurateur Piche, Paulsbörner Str. 26; westlich von der Eisenbahnbrücke beim Restaurateur Schwanenwald, Kurfürstendamm 137.

Für den alten Ortsteil (im Süden von der Meddenburgischen Straße und der Wilhelmstraße, im Norden von der Gängelstraße begrenzt), östlicher Teil der Umlandstraße und die östlich hiervon gelegenen Straßen beim Restaurateur Schilling, Lanenburger Str. 29, westlicher Teil der Umlandstraße und die westlich hiervon gelegenen Straßen beim Restaurateur Sella, Brandenburgische Straße 60.

Für den Stadtteil nördlich der Gängelstraße, östlicher Teil der Umlandstraße und die östlich hiervon gelegenen Straßen beim Restaurateur Gröschke, Kaiser-Allee 200; westlicher Teil der Umlandstraße und die westlich hiervon gelegenen Straßen beim Restaurateur Adam, Pfalzburger Straße 27.

Für den Südbezirk, östlicher Teil der Weimarischen Straße und die östlich hiervon gelegenen Straßen beim Restaurateur Stramm, Durlacher Straße 7; westlicher Teil der Weimarischen Straße und die westlich hiervon gelegenen Straßen beim Restaurateur Pottschick, Varezter Straße 2.

Reklamationen sind von den in Betracht kommenden Wählern persönlich in der Zeit vom 9. bis zum 11. April im amtlichen Wahlbureau, Gasteiner Str. 11, 2 Treppen, anzubringen.

**Lichtenberg.**

Die Wählerlisten für die 88 Wahlbezirke liegen Sonnabend, den 12. April, und Montag, den 14. April, in der Zeit von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends, und Sonntag, den 13. April, von 10 bis 3 Uhr mittags im Rathaus, Wöllendorffstraße, und im Stadthaus, Türschmidtstraße, zur Einsicht aus. Auch können Abschriften der Listen vom Sonnabend ab in jedem Wahlbezirk in den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen eingesehen werden.

Von den Wählern wird erwartet, daß jeder der Pflicht, Einsicht in die Liste zu nehmen, nachkommt. Bisher hat sich stets herausgestellt, daß die Aufstellung der Listen nicht immer mit der nötigen Sorgfalt vor sich gegangen ist. Wer daher sich das Wahlrecht sichern will, überzeuge sich, ob er auch in der Wählerliste vermerkt ist. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste gebe man sofort im amtlichen Wahlbureau zu Protokoll.

**Am Leichen.**

Auf der zurzeit tagenden Berliner Stadtsynode führte der zur Beratung stehende Kirchenhaushalt auch zu einer Erörterung über die kirchlichen Friedhöfe und ihre finanzielle Sicherstellung. Die Kirchengemeinden ziehen aus den kirchlichen Friedhöfen erhebliche Einnahmen und sie sind mit einem wahren Feuereifer darauf bedacht, daß ihnen keine Leiche emigriert. Die Kirchengemeinden stehen auf dem Standpunkt, daß alle verstorbenen Personen, die bei Lebzeiten der Kirche angehört haben, unter allen Umständen auf den kirchlichen Friedhöfen beerdigt werden müssen. Die Gründe sind rein materieller Natur. Die Eucht nach Erhebung von Gebühren ist hier der allein treibende Faktor. Lassen Angehörige ihre Verstorbenen auf einem städtischen Friedhofe beerdigen, so verlangen die Kirchengemeinden sogenannte Auslöschungsgebühren; also eine Gebühr für Nichtbenutzung des kirchlichen Friedhofes. Diese Lastade ist so recht kennzeichnend für den wahren Charakter der Kirche, daß nicht oft genug darauf hingewiesen werden kann. Sie ist aber auch der Grund, warum die Kirche mit scheelen Augen auf die Errichtung städtischer Friedhöfe blickt. Der reine Konkurrenzneid ist die innere Triebfeder, daß die Kirche der Stadt auch im Augenblicke Schwierigkeiten bereitet. Das geht aus einer Resolution hervor, die auf der Tagung der Stadtsynode von dem positiven Worter noch gestellt und von der Mehrheit angenommen wurde. Die Resolution lautet:

In Erwägung, daß das religiöse und das kirchliche Interesse Berlins am Beerdigungswesen voll nur durch Anlegung kirchlicher Begräbnisplätze gewahrt werden kann; in Erwägung, daß die Berliner Stadtsynode durch die Entzugnahme der städtischen Aufsichtsbefugnisse in der Frage der Einzelriedhöfe gedrängt worden ist, Zentralriedhöfe anzulegen; in weiterer Erwägung, daß durch die Anlage dieser Friedhöfe die evangelische Kirche Berlins der ihr durch Kirchen- und Staatsgesetz auferlegten Verpflichtung für Begräbnisplätze in Berlin zu sorgen, auf lange Zeit hinaus in vollem Umfange nachgekommen ist, sieht die Stadtsynode für den Fall, daß die Nachricht von der Genehmigung eines großen städtischen Friedhofes in Berlin durch die Staatsbehörden sich bewahrheiten sollte, darin eine Vereinträchtigung des religiösen und kirchlichen Interesses. Sollte indessen die endgültige Genehmigung durch die zuständigen Staatsbehörden noch nicht erfolgt sein, so bittet die Stadtsynode die königliche Staatsregierung, von neuem erwägen zu wollen, ob die Anlegung des städtischen Friedhofes in dem geplanten Umfange eine unumgängliche Notwendigkeit ist.

Man sieht, mit welcher Dreistigkeit unsere Frommen arbeiten. Weil die Stadtsynode sich durch Anlegung der großen Zentralriedhöfe verpekelt hat, soll die Staatsregierung den städtischen Behörden bei der Anlegung eines städtischen Friedhofes Schwierigkeiten machen. „Im religiösen und kirchlichen Interesse“ soll das liegen, heißt es in der Resolution. In erster Linie muß das öffentliche Interesse gewahrt werden. Und das verlangt von der Stadtgemeinde, daß sie konfessionslose Friedhöfe zu schaffen hat.

Ganz konnte man auch auf der Synode das Recht der Stadt Berlin, Friedhöfe zu errichten, nicht bestreiten. Deshalb erklärte auch der Generalsuperintendent Laufen: Was den Friedhof in Buch betrifft, so hat die Stadt Berlin gewiß das Recht, Friedhöfe anzulegen, da sie nicht bloß für die Armen, sondern auch für die Disfidenten zu sorgen hat, es ist bloß die Frage, ob bei Anlegung dieser Friedhöfe das Recht der Kirche gewahrt wird. Der Generalsuperintendent setzte dann ausführlich auseinander, daß wenn Berlin die städtischen Kirchengemeinden bestimmt, die Stadtsynode aus inneren und äußeren Gründen das Recht hat, eine Auslöschungsgebühr vor Annahme der Beerdigungen zu zahlen. Es sei zu hoffen, daß es in dieser Beziehung zu einer Verständigung komme.

Diese Ausführungen gegenüber möchten wir bemerken, daß die Stadt nicht als Gerichtsvolzhelfer für die Kirche da sein kann. Wo sollte es hin führen, wenn die Stadt vor Aufnahme von Leichen auf ihre Friedhöfe prüfen soll, welcher Konfession der Verstorbene angehört hat und ob Auslöschungsgebühren gezahlt sind. Selbst wenn die Stadtgemeinde auf dieses kirchliche Ansinnen eingehen wollte, wäre sie gar nicht in der Lage, diese Verpflichtungen zu erfüllen. Wir haben in Berlin zahlreiche religiöse Sektens und Religionsgemeinschaften, von denen nicht klar ist, zu welcher kirchlichen Gemeinschaft sie gehören. Selbst unter den Evangelischen finden wir verschiedene Verzweigungen, wie die evangelisch-reformierte u. a. Die Stadt würde in arge Verlegenheit kommen, wenn sie da eine Nachprüfung der Religionszugehörigkeit vornehmen wollte. Selbst die evangelische Stadtsynode könnte eine solche Prüfung kaum ausführen. Aus diesen Gründen und weil es gar nicht Sache der Stadt sein kann, die Geschäfte der Kirche zu besorgen, muß das kirchliche Ansinnen, die Stadt solle der Kirche die Auslöschungsgebühren zahlen, einstweilen als eine ganz ungehörige Zumutung zurückgewiesen werden.

Das Vorgehen der kirchlichen Organe in Sachen der Errichtung eines städtischen Friedhofes ist aber kaum wie ein zweites geeignet, weite Kreise über das Wesen der Kirche aufzuklären und sie zu veranlassen, einer Institution den Rücken zu kehren, die sich nicht scheut, selbst nach dem Tode ihrer Kirchenangehörigen einen Kampf um die Leichen zu führen lediglich aus rein materiellen Rücksichten.

**Partei-Angelegenheiten.**

**Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.**

Das Sekretariat des Verbandes sowie das Sekretariat des Bezirksbildungsausschusses, das Jugendsekretariat und die Geschäftsstelle der Kinderchulskommission befinden sich vom Freitag, den 11. April, ab

Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, L

Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 14 629.

Alle Briefe und Mitteilungen für den Verband der Wahlvereine sind zu richten an

Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, L

Alle Wert- und Geldsendungen an

Emil Vorsele, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, L

Briefe und Mitteilungen für den Bezirksbildungsausschuh sind zu adressieren an

Richard Seidel, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, L

Die Adresse des Jugendsekretariats ist:

Richard Weimann, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2, Seitenfl. I

Alle für die Kinderchulskommission bestimmten Sendungen richtet man an

Emil Vorsele, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2, L

Am Donnerstag, den 10. April, ist das Bureau des Verbandes der Wahlvereine geschlossen.

Auf Beschluß des Zentralvorstandes findet am Sonntag, den 13. April, vormittags 9 Uhr, eine

Außerordentliche Verbands-Generalversammlung

in den „Germania-Prachtzälen“, Chausseestr. 110, statt.

**Tagungsordnung:**

1. Stellungnahme zu dem Beschluß der Verbands-Generalversammlung vom 20. August 1911 betreffend die Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl.
2. Der Kampf der Berliner Polizei gegen die proletarische Jugendbewegung. Referent: Genosse Dr. Kurt Rosenfeld.

Der sechste Reichstagswahlkreis unterbreitet der Verbands-Generalversammlung folgende Resolution:

Die am 13. April 1913 tagende Generalversammlung Groß-Berlins erklärt:

Bei Aufstellung der Kandidaten für den preussischen Landtag bleibt das Vorschlagsrecht den Landtagswahlbezirken. Die Entscheidung hat jedoch der Reichstagswahlkreis.

Sind an einem Landtagswahlbezirk mehrere Reichstagswahlkreise beteiligt, und kann unter diesen eine Einigung über die Kandidatur nicht erzielt werden, so hat die Verbands-Generalversammlung als letzte Instanz zu beschließen. Lehnt diese die strittige Kandidatur ab, so hat der Landtagswahlbezirk einen andern Kandidaten vorzuschlagen.

Diese Auffassung entspricht dem § 2 des Organisationsstatuts der Partei, nach welchem die Wahlvereine der Reichstagswahlkreise resp. die Bezirksverbände die Grundlage der Parteiorganisation bilden.

**Der geschäftsführende Ausschuh.**

**Zur Lokalliste.**

In Rowawes hat das Lokal „Zur schönen Aussicht“ den Besitzer gewechselt; der jetzige Inhaber, Bruno Herms, stellt uns sein Lokal zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Zu Neue-Mühle—Niederlehme sind die Lokale von Robert Nibel und Domschke nach wie vor für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt.

In Reuthen sind die Lokale Ernst Künzel und Karl Fischer, Gesellschaftshaus, nicht frei.

Das bisher freie Lokal „Zur Mühle“, Joh. Fr. Kappel in Mier s d o r f, steht uns nicht mehr zur Verfügung.

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit: Das Lokal von Fischer in Ahrensfelde N.-B. am Friedhof wird deshalb nicht in der Lokalliste geführt, weil kein Saal vorhanden ist und alle Lokale, die keinen Saal haben, frei sind. Differenzen bestehen nicht.

**Die Lokalkommission.**

Zweiter Wahlkreis. Unterhaltungsabend der 1. und 2. Abteilung am Sonnabend, den 12. April, von abends 8 1/2 Uhr ab, in Röhles Festsaal, Dammwegstr. 13. Rezitationen, Vieder zur Laute, Turnereiche Aufführungen, Tanz, Bücherverlosung, Garderobe 10 Pf. Eintrittskarten a 30 Pf. (einschließlich Tanz) sind bei den Bezirksführern zu haben.

Lichtenberg. Zu der am Sonnabend, den 12. April, im Bernhardt-Rose-Theater stattfindenden Theatervorstellung „Die größte Sünde“, von Otto Ernst, sind noch Billets zum Preise von 75 Pf. einschließlich Garderobe in folgenden Verkaufsstellen zu haben: Wilhelm Schulz, Kronprinzenstr. 47; Oskar Blume, Alt-Fogdagen 66; Krüger, Türschmidtstr. 4; Ede Jessingstr.; Erdmann, Wilhelmstr. 86; Niels, Wöllendorffstr. 14; Rosenblatt, Grünberger Str. 13; Franz Berg, Wilhelmstr. 64.

Am Freitagabend von den bekannten Stellen aus: Wichtige Flugblattverbreitung über den ganzen Ort.

Friedenan. Das X. Stiftungsfest des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 12. abends von 8 1/2 Uhr an im großen Saale des Kaiser-Wilhelm-Gartens, Rheinstr. 65, statt. Mitwirkende sind u. a. Fr. Elfa Colmann, Vieder zur Laute, Herr Albert Bürger, Rezitation. Die Festrede hält Genosse Paul Richter. Eintritt 30 Pf.

Ober-Schöneweide. Freitag, den 11. April, morgens 9 Uhr: Zahlmorgen bei Prochowick (Neue Post).

Schönhauder bei Königswusterhausen. Am Sonnabend, den 12. April, abends 8 Uhr, bei Otto Paetsch: Fortsetzung der Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung; 2. Reorganisation und Wahl eines Hauskassierers; 3. Landtagswahl und Wahl der Kandidaten; 4. Wahl zur Verbands-generalversammlung von Groß-Berlin; 5. Bericht der Gemeindevorsteher; 6. Vereinsangelegenheiten; 7. Verschiedenes.

Möngental. Heute abend 8 1/2 Uhr: Zahlabend bei Marx.

Buch. Freitag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend bei Starke.

Jeprenitz. Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr: Zahlabend bei Vandermann.

Waldmannslust, Hermsdorf und Glienicke. Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schweizerhaus“ bei Waldmannslust ein Vortrag statt über: Die Wahltechnik bei den preussischen Landtagswahlen. Referent: Genosse Lehmann. Insbesondere sind die Funktionen verpflichtet zu erscheinen.

Schiffow (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 13. April, nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstüd des Genossen Priglow, Hauptstr. 25. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Landtagswahlen. Referent: Genosse Otto Braun. 2. Diskussion. — Die Einwohner der Ortschaften Blankenfelde, Schönfließ, Nützenbede und Summt sind zu dieser Versammlung eingeladen. Die Nützenbeder Genossen treffen sich um 2 Uhr bei A. Vörfch.

Reinickendorf. Freitag abend 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Bernau. Der Zahlabend fällt am Donnerstag aus.

Staufen. Sonnabend, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, in Gnädigs Gasthof: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal; 2. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben; 3. Parteiangelegenheiten.

**Berliner Nachrichten.**

**Die Folgen der Lustbarkeitssteuer.**

Recht unangenehm machen sich die Folgen der Lustbarkeitssteuer bemerkbar. Die Unternehmungen, welche die städtische Steuer einfach auf den Billetspreis aufschlagen und sie somit auf das Publikum abwälzen, müssen erleben, daß der Besuch ihrer Etablissements stark nachläßt. Das zeigt sich in auffälliger Weise am Wintergarten. Das Metropoltheater, das besonders fest angefaßt werden sollte, erklärt in einem Schreiben folgendes:

„Wie Ihnen bekannt sein dürfte, wurde auch das Metropoltheater zu der von der Kommune Berlin geschaffenen Lustbarkeitssteuer herangezogen. Wir haben es zunächst eine Woche versucht, diese Steuer selbst zu bezahlen, um das Publikum vor dieser Kontribution zu bewahren. Infolgedessen hatten wir in der vergangenen Woche, die durch das eingetretene Frühjahrswetter nicht zu den besten gehörte, an Willenssteuer 4253 M. abzuführen, das ist pro Vorstellung 607,50 M. bei einem relativ schwachen Geschäftsgang. Wir haben berechnet, daß die Lustbarkeitssteuer sich durchschnittlich pro Jahr auf etwa 270 000 bis 280 000 Mark für das Metropoltheater belaufen dürfte, und sind somit selbstverständlich nicht in der Lage, diese Steuer zu tragen. Es ist auch vollständig unrichtig, wenn die Herren Stadträte annehmen, daß das Publikum diese Steuer auf sich abwälzen ließe. Der Besuch des Wintergartens und der übrigen von der Lustbarkeitssteuer betroffenen Etablissements leidet schon jetzt den Beweis, daß jedes Unternehmen, das die Lustbarkeitssteuer auf das Publikum abwälzen will, schwere pekuniäre Verluste erleiden muß. Allen diesen Umständen Rechnung tragend, haben wir den einzigen in Betracht kommenden Ausweg beschritten, um unser Publikum vor der Lustbarkeitssteuer zu bewahren und gleichzeitig selbst von dieser Steuer befreit zu werden. Wir haben demnach die Verfügung getroffen, daß von heute, den 8. April, ab, im Zuschauerraum des Metropoltheaters nicht mehr geraucht und auch keine Speisen und Getränke mehr serviert werden dürfen. Im Hoher des Theaters werden aber natürlich nach wie vor in den Zwischenakten Speisen und Getränke verabfolgt, ebenso wie auch hier in den Pausen geraucht werden darf. Wir glauben, durch diese Maßregel das Publikum vor einer schweren und lästigen Besteuerung zu schützen und geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß dies den Beifall des Publikums finden wird.“

Durch diese Maßnahme dürfte das Metropoltheater vorläufig der Zahlung der Steuer entgehen, aber nur deshalb, weil dort zurzeit eine Operette aufgeführt wird, die nicht gut unter der Rubrik: Varieté oder Revue gefaßt werden kann.

Der Magistrat dürfte durch diese Maßnahme der Direktion des Metropolitantheaters seine Steuerrechnung erneut revidieren müssen, nachdem ihn erst die Kinobesitzer mit der Erhebung von 29 Pf. Eintrittsgeld eine Nase gedreht haben.

Die Veranlassung des städtischen Viehhofes durch die an den Gebäuden angebrachten häßlichen Plakate soll nach einem Beschluß des Viehhofskuratoriums in Zukunft aufhören. Der Vertrag mit dem Untervernehmer dieser Plakate soll nicht wieder verlängert werden.

In dem Betriebe der Darmröhrenerei soll ein neues Verfahren eingeführt werden zwecks besserer Verwertung des gewonnenen Produktes, wodurch auch der oft zur Unrentabilität sich steigende, die Arbeiter stark belästigende Gestank beseitigt wird.

### Ein raffiniertes Verdrehungskunststückchen

leistet sich die „Vossische Zeitung“ in ihrer Dienstagsnummer nämlich der in der bürgerlichen Presse üblich gewordenen Ausschlagung der „Sozialistischen Monatshefte“. Dort steht zu lesen: „Für sozialdemokratisches Metell über die Hundertjahrfeier, das absteigt von der üblichen Parteischablone, wird in den „Sozialistischen Monatsheften“ von Dr. Leo Kronz ausgesprochen. Er beginnt seine Betrachtungen mit einem harten Vorwurf gegen seine Parteigenossen Stadiv. Bruns und Adolf Hoffmann, die in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und im Abgeordnetenhaus bewiesen haben, daß ihnen jedes Verständnis für die Erinnerung an die große Zeit vor hundert Jahren fehlt. Dr. Kronz schreibt nämlich:

Mit tiefer Trauer muß es jeden Deutschen, unabhängig von seiner Parteistellung, erfüllen, daß die hundertjährige Gedenktage einer großen, von hohen sittlichen Gedanken getragenen Erhebung keine einheitliche vollstimmliche Teilnahme erregt, daß namentlich in Preußen, wo von allen größeren Bundesstaaten allein die Erinnerungen an sich völlig ungetrübt sein dürften, jene Gedenktage zu unerquicklichen Zusammenstößen geführt haben.

Als wir das lasen, mußten wir annehmen, es handle sich in der Tat um ein Desavoué des Genossen Kronz gegen seinen fraktionskollegen Bruns bezug. Gegen die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung. Wir sahen uns daraufhin den angezogenen Artikel in den „Monatsheften“ näher an und mußten feststellen, daß die zitierten Zeilen das gerade Gegenteil von dem bedeuten, was die „Vossische Zeitung“ zurecht gemacht hat. Mit keinem Worte ist Bezug genommen auf die Erklärungen der Genossen Bruns und Hoffmann, sondern es ist vielmehr gezeitelt die heute noch im Schwange befindliche Entrechtung der drei Volksführer, die man durch ein unerhörtes Wahlverfahren fast gänzlich von der Anteilnahme an der Verwaltung ausschließt, was keinen Anlaß zum Einstimmen in den festfrohen Jubel geben könne. Die von der „Vossischen Zeitung“ zitierten Eingangssätze des Kronzischen Artikels beziehen sich also im Gegenteil auf ihre eigenen Klassenossen, und es gehört schon ein raffiniertes Verdrehungstalent dazu, sie in das Umgekehrte umzufassen.

### Aufdeckung eines Mordes.

Am 22. Oktober v. J. wurde der 15½ Jahre alte Schumastri Ernst Niemann, der bei seiner Mutter im Hause Kantstraße 28 in Charlottenburg wohnte, erhängt aufgefunden. Die Leichenuntersuchung ergab Tod durch Erhängen und die Leiche des Knaben wurde zur Beerdigung freigegeben. Die Familie gab sich aber damit nicht zufrieden, da nicht der geringste Anhalt für einen Selbstmord des lebenslustigen Knaben vorlag, und nahm einen Privatdetektiv in ihre Dienste. Jetzt ist das 19 Jahre alte Dienstmädchen Elise Heinrich verhaftet worden, das damals bei Niemanns in Stellung war. Sie hatte damals mit einem Schlosser Schulz in der Berliner Straße in Charlottenburg ein Liebesverhältnis unterhalten und wohl auf sein Drängen einen Diebstahl in der Niemannschen Wohnung verbrochen. Hierbei wurden sie von dem Knaben überrascht. Schulz stürzte sich auf ihn, erstickte ihn und hängte ihn dann auf. Der Mörder konnte noch nicht ermittelt werden. Von anderer Seite wird über den Hergang folgende Mitteilung gemacht: Das auf freien Fuß gesetzte Dienstmädchen wurde im Auftrage der Familie Niemann von einem Geheimpolizisten, der ihr nach ihrer Heimat Rummelsburg i. R. nachgereist war, weiter beobachtet. Er knüpfte Beziehungen mit der Heinrich an und verlobte sich dort mit ihr. Eines Tages legte sie ihm als Verlobten das Geständnis ab, daß sie damals hier in Berlin ein Verhältnis mit einem Schlosser gehabt hatte, der sie einmal aufgeführt hätte und bei dieser Gelegenheit den Sohn der Frau Niemann, der ihn wohl bei seinem unerlaubten Besuche gefügt hatte, erstickt und dann an der Türflinte aufgehängt habe. Auf dieses Geständnis hin wurde das Mädchen wieder verhaftet.

### Zum Frauenmord in Potsdam.

Die Potsdamer Staatsanwaltschaft hat bei der Beschlusskammer des Potsdamer Landgerichts die Eröffnung der Voruntersuchung gegen den verhafteten Mörder Rudolf Haendel wegen Raubmordes an dem Fräulein Gertrud v. Schönfeld beantragt. Die Voruntersuchung wird der zuständige Untersuchungsrichter Dr. Hartung führen. Mit Zustimmung des Regierungspräsidenten ist gestern eine Belohnung von 1000 M. für weitere Mitteilungen ausgeschrieben, die zur Ermittlung des Täters und zur Ueberführung der Täter führen sollen.

Die verärgerten Fleischermeister. Die Berliner Fleischerinnung hat beschlossen, an dem Festzug der Innungen zum Regierungsjubiläum sich nicht zu beteiligen. Es ist nicht recht ersichtlich, worüber sich unsere hiesigen Fleischermeister geärgert haben. Sollte die Einfuhr ausländischen Fleisches die Fleischermeister so sehr in Verdruss gebracht haben?

Zu dem geheimnisvollen Tod des früheren Gutsbesizers M. Kulpke aus der Falzburger Straße zu Wilhelmsdorf wird weiter mitgeteilt, daß sich bisher in der Angelegenheit noch keine Klarheit schaffen ließ. Frau Martini wurde gestern vormittag wieder einem eingehenden Verhör unterzogen, doch blieb sie bei der Angabe, daß sie Kulpke erschossen in seinem Zimmer aufgefunden habe. Da jedoch die Möglichkeit naheliegt, daß sie bei dem Auftritt die Waffe auf ihren Geliebten gerichtet hat und viele Anzeichen und Bekundungen dafür sprechen, wurde sie als der Tat verdächtig in Haft behalten. Die Obduktion, die wohl Aufklärung darüber bringen wird, ob Kulpke sich selbst erschossen hat oder das Opfer eines Verbrechens geworden ist, hat bisher noch nicht stattgefunden.

Als spanische Studenten traten zwei junge Gauner auf, denen ein wohlhabender Kaufmann aus Barcelona in die Hände fiel. Der Kaufmann kam auf einer Geschäftsreise auch nach Berlin und lernte hier im Hotel zwei junge Männer kennen, die sich ihm als Landsleute, als spanische Studenten vorstellten, die an der hiesigen Universität eingeschrieben seien. Der Mann freute sich über diese Bekanntschaft um so mehr, als er wieder ortslässig war, noch auch nur ein Wort Deutsch spricht. Aus diesen Gründen nahm er auch ihr Angebot, ihn auf seinen weiteren Reisen in Deutschland zu begleiten, dankbar an. Seine Freunde dauerte aber nicht lange. Die Fahrt ging von hier nach Köln. Dort benutzten die beiden jungen Reiseführer die erste Gelegenheit, die sie fanden, ihrem Landmann das ganze Reisegeleit, einen sehr namhaften Betrag, und außerdem noch wertvolle Brillanten und Gold- und Silbergegenstände zu stehlen und

mit der Beute zu verschwinden. Der Spanier besah nicht einmal mehr die Mittel, die erhebliche Hotelrechnung zu bezahlen, und wußte sich erst aus der Heimat Geld kommen lassen, um die Reise fortsetzen zu können. Die hiesige Kriminalpolizei, die sich bemüht, die Persönlichkeit der jungen Gauner festzustellen, ist durch ihre Ermittlungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß man es mit gewerdmäßigen Reiseführern und keineswegs mit Studenten zu tun hat. Die jungen Leute nannten sich Casia de Vega und Adolfo Zamora, haben sich aber ohne Zweifel falsche Namen beigelegt. Bei der Interferenz waren sie weder eingeschrieben noch bekannt. Eine Spur hat man jetzt in Holland gefunden. Von dort traf jetzt die Meldung ein, daß ein anderer Spanier auf der Durchreise unter ähnlichen Umständen bestohlen worden ist. Ein Dieb, dem er in die Hände geriet, nannte sich Antonio de Regara und gab ebenfalls an, Student zu sein. Ohne Zweifel ist er einer der beiden jungen Spanier, denen hier in Berlin der Landmann ins Garn ging.

Ein schweres Fahrstuhlunfall ereignete sich gestern nachmittag in dem Maschinenhaus der Kühl- und Gefrierhallen „Zentrum“. In diesem Gebäude, das der Zentralmarkthalle am Alexanderplatz angegeschlossen ist, sind zurzeit Maler beschäftigt. Einer dieser Leute fuhr mit einem Fahrstuhl, der jedoch auch zur Beförderung von Personen benutzt wird, in den Keller hinab und wollte vom Fahrstuhl aus einem Kollegen einen Kops mit Farbe reichen. In demselben Augenblick schied der Fahrstuhl auf bisher noch unaufgeklärte Weise wieder in Bewegung. Der Unglückliche geriet hierdurch zwischen Fahrstuhl und Wand und wurde so gequetscht, daß er sofort die Bewußtlosigkeit verlor. Die Feuerwehr befreite ihn aus seiner schrecklichen Lage und brachte ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Hier konnte der Arzt aber nur noch seinen Tod feststellen, der infolge Eindrückens der Brust inzwischen eingetreten war. Die Leiche des Mannes, dessen Persönlichkeit noch nicht bestimmt feststeht, wurde dem Schauhaus überliefert.

Das Opfer eines Unfalls ist der 68 Jahre alte Invalide und Zimmermann Adolf Kobel aus der Waldstr. 48 durch ein neues Unglück geworden. Kobel fiel vor sieben Jahren bei der Arbeit vom Dach eines einstöckigen Hauses herab und zog sich einen Beinbruch und eine Kopfverletzung zu. Diese hatte trotz der äußeren Heilung dauernde Folgen. Kobel litt seit jenem Unfall häufig an Schwindelzuständen. Vor acht Tagen bekam er wieder einen Anfall, als er bei einem Ausflug vor der Haustür den Fahrradamm überkreuzen wollte. Er fiel so unglücklich hin, daß ihn ein Möbelwagen überfuhr. In der Charité erlag der Unglückliche gestern den neuen Verletzungen.

Des versuchten Gattenmordes beschuldigt wird der Arbeiter Alexander Berlkowski, der in der Adlerstraße 124 wohnt. Seine kranke Frau behauptet, ihr Mann habe sie mit einer Säge erdrosseln wollen. Die Leute lebten in unglücklicher Ehe. W. wurde in Haft genommen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Dienstagnachmittag im Norden zugetragen. Vor dem Hause Müllerstraße 3a wollte der sechsjährige Max Pohl kurz vor einem nach Tegel fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 26 über das Gleis laufen. Obwohl der Fahrer mit aller Kraft bremste, konnte er den Wagen doch nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen. Der Kleine wurde umgestoßen und geriet unter den Schutzhaken. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagen angehalten und der Anabe herabgeholt. Der Verunglückte hatte einen Bruch des Beckens und schwere innere Verletzungen davongetragen. In hoffnungslosem Zustand brachte man das bedauernswerte Kind nach dem nahen Gout-Verhard-Stift.

In der Kanonenstraße verließ ein Fräulein Projalewski trotz der Warnung des Schaffners einen fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 81. Die P. kam zu Fall und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

Aus dem Fenster gesprungen ist am Mittwochvormittag die Ehefrau des in der Grünthaler Str. 36 wohnhaften Arbeiters Lieberth. Der Frau sind beide Beine gebrochen. Nachdem sie über eine Stunde ohne Hilfe gelegen haben soll, ist sie mit einem Krankenwagen abgeholt worden.

Der Jirkus Schumann als Theater der Fünfstunden. Seit einiger Zeit sind Gerüchte im Umlauf, daß der Jirkus Schumann von Max Reinhardt angelauft sei, der dort sein Theater der Fünfstunden ins Leben rufen wolle. Diese Meldungen wurden von den Beteiligten dementiert. Jetzt werden über die schwebenden Verhandlungen zwischen Reinhardt und Schumann von unterrichteter Seite folgende Einzelheiten berichtet: Der Jirkus Schumann gehört einer G. m. b. H., deren sämtliche Anteile in den Händen des Herrn Schumann sind. Max Reinhardt wollte den Jirkus für etwa 50 bis 60 Vorstellungen pachten, verlangte aber einen entsprechenden Umbau, der etwa 800 000 M. kostet. Um diese Kosten zu decken, wird nun Herr Schumann seine G. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft mit 2 000 000 Mark Kapital umwandeln, bei der er selber Hauptaktionär bleibt. Gleichzeitig bildet Herr Schumann eine Betriebsgesellschaft, deren Geschäftsführer er ist und die nun mit der Direktion des Deutschen Theaters einen Mietvertrag auf 50 bis 60 Vorstellungen jährlich zu einem Pachtbetrage von je 3000 Mark pro Abend abschließt. Diese Summe soll die Verzinsung des aufzubringenden Kapitals garantieren. Sobald die Verträge abgeschlossen sind, soll der Umbau vorgenommen werden, sobald bereits Anfang September eventuell die Vorstellungen Reinhardts beginnen können.

Eine unlesbare Störung erfuhr gestern nachmittag die Theateraufführung einer Berliner Gefangenschule in der Kurfürstentoper. Während des Spiels rief eine Dame, die im zweiten Rang saß, plötzlich Feuer! Feuer! Die Folge hiervon war, daß unter den übrigen Theaterbesuchern eine panikartige Aufregung entstand. Etwa 150 Personen, hauptsächlich aus dem zweiten und dritten Rang, verließen fluchtartig den Theaterraum. Die anwesende Sicherheitswache der Feuerwehr schritt sofort ein, und ein Oberfeuermann verbandete den Zuschauer von der Bühne aus, daß gar keine Feuer sei und forderte das Publikum auf, ruhig auf den Plätzen zu bleiben. Die Zuschauer leisteten dieser Aufforderung auch Folge und so konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. Wie festgestellt wurde, war die betreffende Dame (eine Frau v. Trotha) von einem Angstzustand befallen worden und hatte ohne Grund Feuer gerufen. Die Vorstellung wurde nach kurzer Unterbrechung fortgesetzt.

### Der Standpunkt der Nationalpolen zu der Landtagswahl von Groß-Berlin.

Das politische Komitee der Nationalpolen hat den Beschluß gefaßt, ihre Landesleute an der Landtagswahl sich nicht beteiligen und keine „deutsche Partei“ unterstützen sollen. Diese Nationalpolen, die sich gern als „Interdrukte“ bezeichnen, wissen genau, daß die Sozialdemokratie stets die Interessen der Interdrukte vertreten und den Galassimus bekämpft hat. Wie das politische Komitee seine Anhänger in Unwissenheit erhalten will, geht aus einer Versammlungsanzeige hervor, nach welcher nur derjenige das Wort in der Versammlung erhalten soll, der auf dem nationalen Standpunkt steht. Unsere Genossen der P. P. S.-Organisation, Berlin, werden am kommenden Sonntag in die Wahlbewegung eintreten. Jeder Genosse hat die Pflicht, alle ihm bekannten volnischen Kollegen und Bekannten auf die am kommenden Sonntag, nachmittags 2 Uhr, in Kellers Festsaal, Kopenstr. 29, stattfindende polnische Volksversammlung aufmerksam zu machen. Genosse Ribicki wird über das Thema: „Das polnische Volk und die Landtagswahl“ sprechen.

Verschunden ist am 31. März der Tischlerlehrling Rudolf Fischer, der in der Ludowik Straße 7 bei Elders u. Geric beschäftigt war. Bei seinem Weggehen trug er einen schwarzen Kasten, einen braunlich gestreiften Lederkoffer, schwarzen Kragen und Schürle. Auf dem rechten Fuß ging er lahmt. Meldungen werden an die Eltern, Graudenzstr. 9, erbeten.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund. In der am Sonntag, den 18. April, vormittags 11 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain stattfindenden Übungsstunde werden folgende Lieder gesungen: 1. Arbeiter-Vaterlandslied. 2. Empor zum Licht. 3. Ich warte Dein. 4. Zum 1. Mai.

## Vorort-Nachrichten.

### Neukölln.

Der Magistrat als Laubland-Pächter.

Vor fünf Jahren machte der Magistrat den ersten Versuch, eine Laubkolonie in eigener Regie einzurichten. Der gute Erfolg veranlaßte ihn, fortan bei dem Ankauf unbedauerter Grundstücke regelmäßig die etwa darauf vorgeplanten Laubkolonien weiterzuführen, so lange es ging, und ihre Zahl auch sonst durch Einrichtung neuer Laubkolonien noch zu vermehren. Im Etatjahr 1911 hatte der Magistrat, wie sein kürzlich erschienener Verwaltungsbericht ergibt, in eigener Regie schon 35 Laubkolonien, die zusammen 116 Morgen Land umfaßten und in etwa 1600 Parzellen zerlegt waren. Man kann diese Bemühungen, die oft beflagten Mißstände des Laubkolonienwesens durch Ausschaltung der Generalpächter zu beseitigen, nur billigen. Um so mehr müssen wir uns aber wundern, daß wir jetzt den Magistrat selber gegen Laubkolonisten verfahren sehen, wie wir es kaum einem Generalpächter zutrauen würden.

Die Pächter der Laubkolonie zwischen der Ringbahnstraße Neukölln-Kaiser-Friedrich-Straße und der Anhalterbahn Neukölln-Baumhuldenweg sind von der Grundeigentumsdeputation des Magistrats Ende März plötzlich aufgefordert worden, ihre Parzellen spätestens zum 1. Mai zu räumen. Begründet wird das damit, daß zur Fortsetzung der Bauarbeiten am Kanal und am Hofengleis sowie zur Regulierung der Kaiser-Friedrich-Straße die dortigen Grundstücke der Stadt gebraucht werden. Mit seiner plötzlichen Räumungsaufforderung kommt der Magistrat ausgerechnet im Frühjahr, nachdem manche Pächter in ihre Parzellen schon wieder ein lüchtiges Stück Arbeit hineingelegt haben, die nun für sie verloren ist. Die Pächterbedingungen geben der Stadt allerdings das Recht, den Vertrag jederzeit und mit einmonatiger Frist zu kündigen, falls das Land ganz oder teilweise für städtische oder öffentliche Zwecke gebraucht oder falls es verkauft wird. Wenn aber Laubkolonisten einen derartigen Vertrag unterschreiben, so geben sie sich meist der Hoffnung hin, daß gerade bei Grundstücken der Stadt es schwerlich zu einer so kurzfristigen Kündigung kommen werde. Ob ein Grundstück geräumt werden muß, das kann der Magistrat in der Regel schon lange vorher wissen, und bei den Arbeiten am Kanal muß er das tatsächlich längst gewußt haben. Unbegreiflich ist, warum er da die Verträge vom 1. Januar 1913 ab noch auf ein weiteres Jahr hat verlängern lassen. Jetzt bietet er den Pächtern die Rückzahlung der vorausbezahlten Pacht nur für die drei Vierteljahre von April bis Dezember an, obwohl das erste Vierteljahr von Januar bis März ihnen noch keinerlei Vorteil gebracht hat. Es wäre nur recht und billig, wenn den räumungsgeschäftigen Pächtern die volle Pacht zurückgezahlt würde, zumal da die Pächterbedingungen jeden sonstigen Anspruch auf Entschädigung ausschließen. Man kann es verstehen, daß die Pächter — im ganzen sind es etwa vierzig — über die plötzliche Ermittlung auf höchst entrüstet sind. Dazu kommt, daß es ihnen bei dem gegenwärtigen Stand der Bauarbeiten am Kanal fast unmöglich ist, ihre Parzellen abzuräumen und die Lauben wegzubringen. Der Zugang ist so erschwert, daß man mit einem Wagen überhaupt nicht herankommen kann. Wer zu Fuß an die Laubkolonie gelangen will, muß über Sandberge und Feldbahngleise klettern und die moorige Kanalsohle durchqueren. Schon im Winter haben die Laubkolonisten mit Stauern, daß sie immer mehr eingekreist wurden. Sie machten sich aber keine Sorge weiter, weil ja der Magistrat die Verträge verlängern und die Pacht für 1913 einstellen ließ. Jetzt müssen sie es erleben, daß der Magistrat erst im Frühjahr ihnen mit seiner Kündigung kommt und Räumung innerhalb vier Wochen fordert!

### Weißensee.

Zu der von der Gemeinde einzuführenden Arbeitslosenversicherung wird heute Donnerstag, abends 8½ Uhr, im „Schloß Weißensee“ eine öffentliche Versammlung Stellung nehmen. Referent ist Genosse Taubmann. Die Arbeiterkassette wird ersucht, in der Versammlung zu erscheinen.

### Petershagen-Frederdorf.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab in der Generalversammlung des Wahlvereins folgenden Resultat: 1. Bezirksführer Alex Glöck-Petershagen, 2. Bezirksführer Müller-Frederdorf, Kassierer Paul Pitting-Frederdorf, Schriftführer Otto Bräuning-Petershagen; Beisitzer Willi George-Petershagen und Frau Claas; Revisoren Gustav Jufelbe, Ludwig-Petershagen und Manzel-Frederdorf. Als Bibliothekar fungiert Max Schreiber-Neu-Bogelsberg. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu erwähnen, daß dem Wahlverein 63 Mitglieder, darunter 8 weibliche, angehören. Die Zahl der Vorwärtsabonnenten beträgt zurzeit 198. Die Zeitungspedition wurde der Genossin Höffelbarth übertragen. Eine Einnahme von 336,62 M. steht eine Ausgabe von 337,71 M. gegenüber. Sodann machte Genosse Höffelbarth die Versammelten noch mit den wichtigsten Bestimmungen der Landtagswahl vertraut, er ersuchte am Schluß seiner Ausführungen, im bevorstehenden Landtagswahlkampf eine rege Agitation zu entfalten.

### Notawes.

Ueber ein sonderbares Vorgehen eines Polizeibeamten wird uns folgendes gemeldet: Als am 18. März, abends kurz nach 11 Uhr, der 16jährige Arbeiter Fritz K. von einem Lichtbildervortrage im Singsänger Saale kommend, nach Hause ging, wurde er in der Wieserstraße von dem Polizeibeamten mit der Frage angehalten, weshalb er sich zu so später Stunde noch auf der Straße „herumtreibe“. K. gab dem ihm bekannten Beamten die treffende Antwort, daß er sich doch wohl nicht an, und ging seiner Wege. Wenige Tage darauf erschien der Polizeibeamte abends unermutet in der elterlichen Wohnung des K. und erkundigte sich eingehend, wo dieser an dem betreffenden Abend gewesen, ferner ob er Mitglied der freien Jugendorganisation sei und Mitglieder derselben beim Namen kenne. K. verneinte die letzten zwei Fragen und sagte hinzu, daß er nur jugendliches Mitglied des Transportarbeiterverbandes sei. Damit gab sich der Polizeibeamte scheinbar zufrieden. Eines abends kurz nach Ostern erschien er jedoch zum zweiten Male bei K. und traf diesmal auch dessen Vater an, der gleichfalls Mitglied des Transportarbeiterverbandes ist. Diesmal war der Polizeibeamte noch wühbegieriger, denn er wünschte nicht nur die Ausbändigung der Statuten des Transportarbeiterverbandes und des Mitgliedsbuchs nebst Nummer des jugendlichen K., sondern erkundigte sich auch nach dem Namen des Vorsitzenden und des Kassierers. Das war dem Vater des K. dem doch zuviel; er verbat sich in energischer Weise jede fernere Verlesung und wies dem Polizeibeamten die Tür. Die große Reugier des Beamten läßt darauf schließen, daß er das Bestehen einer Jugendorganisation im Rahmen des Transportarbeiterverbandes vermutete und auf diese Weise Material für ein Einschreiten gegen dieselbe zu erhalten hoffte. Oder sollten noch andere Gründe vorliegen?

### Spondau.

Eine von über 1500 Personen besuchte Protestversammlung gegen den Rüstungswahnsinn fand am Dienstagabend im „Roten Adler“ statt. Genosse Dr. Moses Berlin sprach über das Thema: „Neue Rüstungen, neue Steuern!“ Am Schluß seines mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte Redner die Anwesenden mit zündenden Worten auf, mit aller Macht gegen den das Volk ausbeutenden Militarismus anzukämpfen. Wenn die Kinder von Jugend an gegen den Krieg, der die niedrigsten Leidenhaftesten entfesselt, erzogen würden, dann seien die herrschenden Klassen machtlos, einen völkermordenden Krieg zu führen. Von unten auf müsse die

Befreiung kommen, deshalb muß jeder Mann und jede Frau dem Wahlverein beitreten und zum Agitator werden. Nach Annahme der bekannten Resolution wurde die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

**Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.**

**Tempelhof.** Heute Donnerstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindeführungszimmer, Dorfstr. 42.  
**Mariendorf.** Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus-Sitzungssaal, Kafferstraße.  
**Spandau.** Heute Donnerstag, den 10. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, im alten Rathaus.  
**Eggersdorf (Niederbarnim).** Heute Donnerstag 7 Uhr im katholischen Lokale.  
**Steglitz.** Freitagabend 6 Uhr im Rathaus.  
 Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

**Aus aller Welt.  
Laßt uns schlafen!**

Man schreibt uns aus Brüssel: Ganz Belgien ist wie vom Fieber ergriffen. Spricht ein Mensch noch von etwas anderem als vom Generalstreik? Die Industriellen, die Kaufleute, die Reisenden, die kleinen Leute, die Künstler und zwischen allen — das Volk, der große, dunkle, in der Tiefe grohlende Anonymus, der nun seit Wochen für nichts anderes mehr Sinn und Sorge hat als für den Generalstreik — alle stehen in der Hypnose des Ereignisses, das am 14. April seinen Anfang nehmen wird. . . . Oh, natürlich, das Leben geht weiterhin seinen gewohnten Gang. Wenn du einen Bekannten trifft, fragt er dich in diesen Tagen vielleicht noch immer mit der harmlosesten Miene der Welt: Na, mein Lieber, wie ist's? Haben sie diesmal mehr Glück? Noch ein Willeit für die deutschen Wagner-Vorstellungen erwünscht? Die Befragung wird diesmal usw. So plaudert man. Aber plötzlich — man pflegt in solchen Fällen zu sagen: wie von der Laramel gestochen — fährt der andere auf: Ja, sagen sie mir aber, der Generalstreik wird doch nicht am Ende . . . . Und da — hat man's nach fünf Minuten ist man unfehlbar am Generalstreik, gleichviel ob man mit dem Wetter, mit der Tetralogie oder mit Montenegro oder einer anderen Aktualität angefangen hat.

Eine einzige Spezies hat, scheint es, in diesen Tagen der Spannung, der Erregung einer geradezu an antike Vorbilder erinnernden Gleichmut bewahrt. Es sind die — liberalen Herren Senatoren. Folgendes hat über den Gemütszustand dieser hochweisen Senatsherren Aufklärung gebracht: Der derzeit in Ferien weilende Senat war ursprünglich für den 8. April einberufen worden; später hat aber der Präsident das Datum der Eröffnung für den 15. April angelegt. Daraufhin hat der Vorstand der Senatskassen an das Präsidium ein Schreiben gerichtet, in welchem dieses ersucht wird, an dem ursprünglichen Datum mit Rücksicht auf die ernste politische Situation festzuhalten.

Welche Hoffnungen die Liberalen an die Senatsberatung knüpfen, ist hier nichts zur Sache. Immerhin wird jedermann verstehen, daß ihr Verlangen, womöglich noch vor dem Generalstreik die Situation zu besprechen, nur lässlich und natürlich ist. Aber, es war auch überdies eine Interpellation eines sozialistischen Senators über die politische Lage angekündigt oder deutlicher gesagt, über den Generalstreik. Wenn aber der Senat erst am 15. zusammentreten geruht, so kommt die Interpellation just um den einen berühmten Posttag zu spät.

Und warum können, wollen die liberalen Herren Senatoren nicht am 8. April zusammentreten? Ganz einfach, weil einige liberale den Präsidenten wissen ließen, daß es für sie ganz besonders angenehm und nützlich wäre, ihre Osterferien zu verlängern. Bitte, wörtlich überlegt

aus dem Brief des Senatspräsidenten an den Vorstand der liberalen Senatsfraktion!

Es ist einem förmlich, als hörte man die Herren vom Präsidium bei der Beratung des liberalen Anliegens erstaunt fragen: „Generalstreik? Barbon, wie meinen Sie das? Kenn' ich nicht. . . .“ Aber — ganz Belgien ist wie vom Fieber ergriffen. Eine Riesentwoge geht durch das Land; sie wälzt sich durchs „schwarze Land der Bergarbeiter“: vom Borinage, aus Charleroi, durchs Centre bis nach Lüttich hinüber, nach Seraing, wo die Riesenmetallwerkstätten stehen, ins flandrische hinein, nach Gent, zu den Textilarbeitern, nach Antwerpen, zu den Dackern und Diamantarbeitern, sie rauscht im Herzen des Reiches, im fröhlichen Brüssel, wo der Luxus prunkt, wo die vornehmen, geschlossenen Paläste stehen und Tausende Arbeiter in Läden und Werkstätten für die Bequemlichkeit und den Tand einer ihnen fremden Welt schaffen. Und das Rauschen dieser Riesentwoge kündigt die allgemeine Arbeitsniederlegung für den 14. April. Der liberale Senatspräsident aber reibt sich am Morgen dieses 14. April die Augen, schaut verschlafen durch die wunderbaren Spitzborhänge und brummt wie Fosner: „Laßt mich schlafen“. . . .

**Die Aufrührakte gegen christliche Arbeiter.**

Die Stadt Forchheim in Oberfranken ist seit fast einer Woche allabendlich der Schauplatz erregter Straßenszenen, die von christlichen Arbeitern veranlaßt sind. Der Grund liegt in der plötzlichen Verletzung des Kaplans Ammon, der seit 1912 in Forchheim als Geistlicher angestellt ist und sich in dieser kurzen Zeit hervorragend als Zentrumsgagitor betätigt hat. Insbesondere liegt es ihm sehr angelegen sein, die Arbeiter für die schwarze Sache einzufangen. Das tat er aber in einer Weise, daß er sich die höchste Lugnade der besseren Zentrumskreise zuzog. Er wollte nämlich die Arbeiter nicht bloß als Stimmbieler präparieren, sondern ihnen auch Rechte verschaffen. In diesem Sinne wirkte er auch bei den Kirchenwahlen mit dem Erfolg, daß eine Anzahl christlicher Arbeiter in den Kirchenvorstand gewählt wurden. Das schlug dem Papst den Boden aus. Eine geheimnisvoll arbeitende Clique trat in Aktion und setzte es durch Denunziation usw. beim erzbischöflichen Ordinariat in Bamberg durch, daß die Verletzung des Kaplans nach Kronach beschloffen wurde. Schon das erregte Mißstimmung unter den Arbeiteranhängern des Kaplans; als sie ihm eine Abschiedsfeier veranstalten wollten, erwiderte seine Gegner, daß ihm telegraphisch die sofortige Abreise anbefohlen wurde. Dadurch stieg die Aufregung bei der Partei des Kaplans derart, daß sich die Arbeiter zu einer lärmenden Protestkundgebung vor dem Pfarrhause zusammenrottelten, weil sie in dem Stadtpfarrer einen der Hauptheber der Treibereien vermuteten. Die Polizei schritt ein, die Stimmung wurde immer erregter, und als sich die Demonstrationen jeden Abend wiederholten, schritt der Bezirksamtman als Stadtkommissar schließlich zur Verlesung der Aufrührakte. Der Vorgang ist für die Zentrumsarbeiter sehr lehrreich; sie könnten daraus wieder einmal ersehen, daß im Zentrum jede eigene Regierung der Arbeiter brutal niedergedrückt wird.

**Kleine Notizen.**

**Schwarze Boden im Ruhrgebiet.** In Erkenschwid im Kreise Reddinghausen sind bei einem zehnjährigen Mädchen die schwarzen Boden ausgebrochen. Die ganze Familie ist sofort in das Reddinghauser Krankenhaus eingeliefert worden. Das Haus ist gesperrt und die Schule geschlossen.

**Im Namen des Königs!** Im Dortmunder Gerichtsfängnis wurde am Mittwoch der 19jährige Arbeiter Schweden, die enthauptet, der am 19. August gemeinschaftlich mit dem Arbeiter Bachmann den Schneidergesellen Lesath im Wäldchen bei Dortmund ermordet und beraubt hatte. Bachmann, der bei Verlegung der Tat noch nicht achtzehnjährig war, wurde seinerzeit zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt.

**Kannibalisierung.** Der „Matin“ meldet aus Guyana von einem Ausbruch von vier zur Zwangsarbeit verurteilten Verbrechern aus

der dortigen Strafkolonie. Die vier Verbrecher berrieten sich im Urwald. Vom Hunger geplagt, töteten sie den Schwächsten und fraßen ihn auf.

**Absturz eines amerikanischen Fliegers.** Der amerikanische Leutnant Rex Chandler wurde am Mittwoch in San Diego (Kalifornien) beim Absturz eines Hydroplanes, in dem er sich als Passagier befand, sofort getötet. Der Führer des Hydroplanes, Leutnant Lewis Brereton, erlitt schwere Verletzungen.

**Briefkasten der Redaktion.**

**N. 23. 21.** Nichten Sie Ihre Anfrage an das Hauptpostamt. — **N. 23. 61.** Die für die Entbindung und das Wochenbett entstandenen Kosten müssen außer den Alimenter bezahlt werden. — **Abendroth 12.** Es empfiehlt sich ein schriftliches Gesuch unter Darstellung des Sachverhalts. — **S. 13. 35.** Eine Klage auf Vertragslösung erscheint sehr zweifelhaft. — **S. 2. 2.** Nein. Jedoch kann, falls das Kind hier geboren und erzogen wird, Erhöhung der Alimente verlangt werden. — **A. 2. 1.** Mit Rechtskraft des Scheidungsurteils ist die einstweilige Verfügung erloschen. **2. 2a.** Sobald Rechtskraft eintritt. — **A. 2. 22.** Soweit ersichtlich, handelt es sich um eine Umwandlung zwischen A. und B., aus der Sie keine Rechte herleiten können. — **S. 3. 5.** Ja, § 1601 ff. Bürgerlichen Gesetzbuch. — **P. 2. 50.** 1. Ja. Das Abzahlungsgehalt kann jedoch freigeige fordern. **2. 2a. 3.** Nein, sofern Sie nicht außer den Abzahlungsgehalt noch weitere entbehrliche Gegenstände besitzen. — **Abouent Buch.** 1. Nein. **2.** Sofern es sich um eine Nachzahlung handelt, in dreißig Jahren. — **A. 6. 24.** Ja, gegen Erstattung eines angemessenen Hundegeldes. — **Gün. Kirchbacher.** Ja, jedoch unter deutlicher Angabe der Quelle. Verboten ist aber der Abdruck der Umarbeitungen wissenschaftlichen, technischen oder unterhaltenden Inhalts. — **A. 2. Unbekannt.** — **N. 19.** Wir empfehlen Ihnen, die Partie zu machen, noch ist der alte Zustand. — **R. 6. 70.** Verband der Bauerei- und Mühlenarbeiter, Ebel, Berlin, Schildstr. 6. — **S. 2. 31.** Der Name ist uns fremd. — **R. 6.** Bei der Konsumgenossenschaft. — **Landtagswahl 1913.** Sie sind wahlberechtigt.

**Witterungsbericht vom 9. April 1913.**

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag- u. Nacht	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag- u. Nacht
Stutensee	769.25	SW	2	bedeckt	6	Wuppertal	769.50	SW	2	bedeckt	7
Darmstadt	764.50	SW	4	bedeckt	4	Frankfurt	768.50	SW	4	bedeckt	4
Berlin	763.0	SW	3	bedeckt	3	München	761.50	SW	3	bedeckt	3
Hamburg	762.50	SW	3	bedeckt	3	Wien	760.0	SW	4	bedeckt	5
Köln	762.00	SW	3	bedeckt	3						
Stuttgart	761.50	SW	3	bedeckt	3						
Leipzig	761.00	SW	3	bedeckt	3						
Dresden	760.50	SW	3	bedeckt	3						

**Wetterprognose für Donnerstag, den 10. April 1913.**  
 Vielwolke heiter, aber noch kühl und veränderlich bei mäßigen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.  
 Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. 4.	7. 4.	am 8. 4.	7. 4.
Remel, Mühl	276	-7	145	+4
Regel, Insterburg	42	+16	48	-6
Reichel, Thurn	169	-6	87	-9
Ober, Ratibor	129	+1	76	0
Kraffen	124	-6	94	-1
Frankfurt	137	-4	203	+23
Barthe, Schrimm	56	-6	294	-8
Landenberg	64	-6	408	-4
Reise, Borsdamm	21	-12	230	-3
Elbe, Leitzmerz	59	-3	225	-2
Dresden	-81	-4	95	+4
Barby	212	-9	170	+5
Magdeburg	174	-1	84	+1

+) + bedeutet Zufluß, — Fall. — \*) Unterpegel.



**C & A**  
 BRENNINKMEYER G.M.B.H.

**Elegantes Kostüm**  
 aus Ia Blau-Kammgarn mit reizendem Bulgaren-Kragen, ganz vorzüglich verarbeitet  
**24.75**

**Sehr festes Kostüm**  
 aus Ia Whipcord, in vornehmen Farben, vollendet in bezug auf Verarbeitung, Zutaten und Sitz  
**49.00**

**Königstrasse 33**

**Chausseestrasse 113**

**Modernes Kostüm**  
 aus sehr gutem Blau-Kammgarn mit sehr reichem, hochelegantem Verschnürung. Auf Seide  
**40.50**

**Sommer-Paletot**  
 aus vorzüglichem Popeline mit ganz entzückendem Stickerel-Kragen  
**19.25**

# Achtung Problem-Raucher!

Es werden in letzter Zeit minderwertige Nachahmungen meiner seit Jahren bekannten Problem-Cigaretten in Verkehr gebracht, die als Ersatz für meine Fabrikate angeboten werden. Man wolle daher beim Ankauf genau auf das Wortzeichen „Problem“ auf jeder Cigarette und Packung achten.

# Cigarettenfabrik Problem

## Verkäufe.

**Leppiche! (Schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Leppichger. Braun, Gadeicher Markt 4, Bahndorf Börje. (Leier des Vormärts) erbalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!**

**Gaststätten ohne Anzahlung, Höhe 1.00. Kiefenlager! Louis Köhler (selbst), Kronenacker-Spezialhäuser, Zeitungsleitung: Forchenerstraße 32 (sein Laden), Bahndorf Börje, Neuöllin, Kottbuser Damm 41, Eingang Hermannplatz. 28418\***

**Gardinen! Steppdecken! Vorhänge! Tischdecken! außerordentlich billig! Baumstraße 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Braun, Gadeicher Markt 4 (Bahndorf Börje), Sonntags geöffnet.**

**China Geld 0,50 wöchentlich: Gardinen, Vorhänge, Leppiche, Decken, Uhren, Silber, Goldwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Wein und Obstzettel, Wärsel (selbst), Androsstraße 4 (Schlechte Bahndorf). 12008\***

**Permanente o. Handbühnen. Erhabliche Jackentische, Gefrorenen, Porzellanwaren, Herrschaften, Überbilliger Bettensverkauf, Hochpreisverkauf, Gardinenverkauf, Leppicheverkauf, Wärseldecken, Steppdecken, Goldschmuck, Leinwand, Handtücher, Wandbilder, Bordenverkauf ebenfalls Sonntags.**

**Leppiche (Herdenteller) enorm billig. Rauerhoff, nur Große Frankfurter Straße 9, partier. Kein Laden. „Vormärts“ jeder zehn Prozent!**

**Steppdecken, direkt Fabrik, nur Große Frankfurter Straße 9. 2478\***

**Gardinen, Tischdecken, Wärseldecken, Vorhänge, Fabrik Rauerhoff, nur Große Frankfurter Straße 9, Eingang! „Vormärts“ jeder zehn Prozent!**

**Vorläufige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark, Verlaubhaus Germania, Unter den Linden 21.**

**Von Leibhaus, Wilmersdorf, Auguststraße 66, Spotbilliger Bettensverkauf, Hochpreisverkauf, Gardinenverkauf, Leppichverkauf, Herrengarderobe, Goldschmuck, Sonntags geöffnet. 1178\***

**Wandtafel- und Tisch-Waagen für Hand- und Fußtrieb, Gas- und Solenheizung, billigst, nur prima, bei Teilszahlung günstige Bedingungen. Bellmann, Goltzstraße 20. 2948\***

**Reichgehaltene Vorhänge, Plüsch 3,85, Kattun 2,85, Webstoff 6,50, Hochseiden 6,75 pro Fenster. Der neue Katalog, 600 Abbildungen, gratis. Leppichhaus Emil Felderer, Dramenstr. 158. 2738\***

**Zinnschmuck, Feder, Eismann, Damenwaren. Spezialbillig Reichensbergerstraße 47, Leiers 5 Pro.**

**Leihhaus Moritzplatz 55A: kaufen Sie billigst von Kanarienvögeln wenig getragene sowie im Verkauf gewene Juchelanzüge, Rodanzüge, Valetots, größtenteils aus Seide gearbeitet 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in neuer Lagergarde, enorm billig. Kiefenlager, Meider, Köttme, Käntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20-35 Mark. Extralangebot in Lombard gewesener Leppiche, Gardinen, Vorhänge, Decken, Betten, Uhren, Silber, Goldwaren, enorm billig. Moritzplatz 55A I. 1948\***

**Teilszahlungen 0,50 wöchentlich, Gardinen, Vorhänge, Leppiche, Decken, Silber, Uhren, Silber, Goldwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herrengarderobe! Sendt Vertreter! Reichels Hochfolger, Bahndorf Richard, Bahndorf Börje, 3888\***

**Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Katalog für die Höhe und lagerechte Veranschauligung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärten von Tag des Jahres. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Teilsabbildungen. Preis 1,50 Mark. Expedition Vormärts, Lindenstr. 60.**

**Kleppichwaren, Rinderbettstelle, Zonshin, Frankfurter Allee 128 III.**

**Anerkannt billigste Bezugsquelle für Leppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken usw. ist Woll's Leppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserstr.). Abonnenten noch zehn Prozent Rabatt.**

**Wundervolle Steppdecken! Similseide: 3,85, 4,85, 6,00 bis 18,50. Elegante Tischdecken 2,50 bis 10,00. Abonnenten erhalten 10 Prozent Rabatt. Woll's Leppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbuserstr.). 2058\***

**Trennkissen, Biegelkissen, Koffertartikel, Kleider u. Hüften, Bahnmantelstr. 20. 4408\***

**Wohnzimmerschrank! (Kottbuserstr.) große Gelderparnis. Sommerparnis 6,50 an, Jackentische, Gefrorenen, Porzellan, Silber, Leppiche, Tischdecken, Steppdecken, Leppiche, Goldschmuck, Herrenanzüge, 24, eine Treppe, neben Baumgarten, Meider, Meider Eingang, Bahndorf Börje.**

**Weib! Weib! Sparen Sie, wenn Sie im Leibhaus „Kottbuser Tor“, Lindenstraße 20/4, Ede Kottbuserstraße kaufen. Anzüge 9, Hüter, Valetots 5, Silberwaren 3, goldene Damenanzüge 8, Goldwaren, Betten, Wäsche, Gardinen, Leppiche, Tischdecken, Dittmandecken, Freischmied, Räder, Alles enorm billig. Sonntags geöffnet. 1498\***

**China Anzahlung, 50 Pfennig Wochenzahlung an, Leppiche, Decken, Vorhänge, Leppiche, Gardinen, Vorhänge, Tischdecken, Steppdecken, Herrenanzüge, 24, eine Treppe, neben Baumgarten, Meider, Meider Eingang, Bahndorf Börje.**

**4,00 Prachtbett, baumiges Bett 7,50, Laten 0,90, Damastbezüge 3,80. Androsstraße 4, Dresdenerstr. 8.**

**Randbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, großschäftig, 14,25.**

**Bauerndebett, Unterbett, zwei Kissen, 20,00, nur Androsstraße 8, Androsstraße 8. 3508\***

**Bronzegastrolchen, Gaszylinderlampen, Dampfgaspendel, Gaswandarm, Moderne Dampfgastrolchen, Gaslöcher. Überbilligste Bezugsquelle. Zurückgeleitet Kottbuserstr. 8, Dresdener, Hochstraße 43.**

**Kleppichwagen, Rinderbettstelle, zurückgeleitet, Potsdamerstraße 61. 3038**

**Kinderwagen, zusammenlegbar, Kamradt, Grunewaldstr. 8. 3198\***

**Ein Kinderwagen und eine Feldbettstelle, beides gut erhalten, verkauft Gasler, Panlow, Weidestraße 68.**

**„Neue Zeit“, Jahrgang 1883-1907, zu verkaufen. Näheres S. D. Zönnies, Hamburg, Wallstraße 1, I. 4788\***

**Geschäftsverkäufe. Schutzheide, Jahlabend, Vereins, fränkischerweg sofort zu verkaufen, Reinickendorf, Provinzstraße 92.**

**Restaurant, großer Umsatz, wegen Krankheit veräußert, mehrere Personen und Kapelle. Offerten W. Vorwärtsausgabe Kaufherr Platz 14/15.**

**Restaurant, kleines, fränkischerweg sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen Dresdenerstraße 78, vorn III.**

**Wirtschaft, 120 Liter, Steglitz, Schönebergstraße 12.**

**Möbel. Wer Möbel billig und dabei billig kaufen will! Rein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen bietet Ihnen Portelle, Geschmacksvolle Wärselwohnungen, auch gute gebrauchte sowie zurückgeleitete Möbel, Sequens Holzweise geteilt. Kassapreis Jugendzucht, keine Anzahlung. Bekannte Rückzahlung bei Krankheit, Kuppelung u.m. Tischlermeister Gohbert, Kottbuserstr. 8. 245/30\***

**Teilszahlung, Möbel-Einrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verleihen gewesene Möbel! (Kottbuserstr.) Verolina, Kasanienallee 49. 4528\***

**Beautennten Kaufmannschaft, moderne Stube, bildschöne Kücheneinrichtung, Solalambau, Wandbilder verkauft! (Kottbuserstr.) Bauer, Große Frankfurterstraße 85, eine Treppe.**

**Winkel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wirksachen und einzelne Stücke auf Kredit unter langjähriger Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Kottbuserstr. 4 (Schlechte Bahndorf).**

**Bürgerliche englische Kaufmannschaft, Stube herrliche vollständige Küche, alles noch neu, für jeden annehmbaren Preis Rosenholzerstraße 57, vorn III bei Glas. 66/10\***

**Schlafzimmer 225,00, Speisezimmer 300,00, Wohnungs-Einrichtungen, Ergänzungsmodell 30 Prozent billiger, Bettstellen mit Patentmatten 35,00, Bräunerstraße 6, Fabrik. 2708\***

**Möbel kaufen Sie reell und billig direkt beim Fachmann. Teilszahlung gestattet. Lager: drei Etagen. Spezialpreise fünf Prozent. Dramenstraße 202. 2828\***

**Wärsel 40,00-60,00, Schmalenpreis 18,00, Ausziehisch, Trumeau 33,00, Kleiderkasten, englische Bettstellen 25,00, Tapeteer Walter, Stargarderstraße 18. 3478\***

**Wooel, Wooel, Dramenstraße (Kottbuserstr.) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl, 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 200, 225, 250, 275, 295, 315, 335, 355, 375, 395, 415, 435, 455, 475, 495, 515, 535, 555, 575, 595, 615, 635, 655, 675, 695, 715, 735, 755, 775, 795, 815, 835, 855, 875, 895, 915, 935, 955, 975, 995, 1015, 1035, 1055, 1075, 1095, 1115, 1135, 1155, 1175, 1195, 1215, 1235, 1255, 1275, 1295, 1315, 1335, 1355, 1375, 1395, 1415, 1435, 1455, 1475, 1495, 1515, 1535, 1555, 1575, 1595, 1615, 1635, 1655, 1675, 1695, 1715, 1735, 1755, 1775, 1795, 1815, 1835, 1855, 1875, 1895, 1915, 1935, 1955, 1975, 1995, 2015, 2035, 2055, 2075, 2095, 2115, 2135, 2155, 2175, 2195, 2215, 2235, 2255, 2275, 2295, 2315, 2335, 2355, 2375, 2395, 2415, 2435, 2455, 2475, 2495, 2515, 2535, 2555, 2575, 2595, 2615, 2635, 2655, 2675, 2695, 2715, 2735, 2755, 2775, 2795, 2815, 2835, 2855, 2875, 2895, 2915, 2935, 2955, 2975, 2995, 3015, 3035, 3055, 3075, 3095, 3115, 3135, 3155, 3175, 3195, 3215, 3235, 3255, 3275, 3295, 3315, 3335, 3355, 3375, 3395, 3415, 3435, 3455, 3475, 3495, 3515, 3535, 3555, 3575, 3595, 3615, 3635, 3655, 3675, 3695, 3715, 3735, 3755, 3775, 3795, 3815, 3835, 3855, 3875, 3895, 3915, 3935, 3955, 3975, 3995, 4015, 4035, 4055, 4075, 4095, 4115, 4135, 4155, 4175, 4195, 4215, 4235, 4255, 4275, 4295, 4315, 4335, 4355, 4375, 4395, 4415, 4435, 4455, 4475, 4495, 4515, 4535, 4555, 4575, 4595, 4615, 4635, 4655, 4675, 4695, 4715, 4735, 4755, 4775, 4795, 4815, 4835, 4855, 4875, 4895, 4915, 4935, 4955, 4975, 4995, 5015, 5035, 5055, 5075, 5095, 5115, 5135, 5155, 5175, 5195, 5215, 5235, 5255, 5275, 5295, 5315, 5335, 5355, 5375, 5395, 5415, 5435, 5455, 5475, 5495, 5515, 5535, 5555, 5575, 5595, 5615, 5635, 5655, 5675, 5695, 5715, 5735, 5755, 5775, 5795, 5815, 5835, 5855, 5875, 5895, 5915, 5935, 5955, 5975, 5995, 6015, 6035, 6055, 6075, 6095, 6115, 6135, 6155, 6175, 6195, 6215, 6235, 6255, 6275, 6295, 6315, 6335, 6355, 6375, 6395, 6415, 6435, 6455, 6475, 6495, 6515, 6535, 6555, 6575, 6595, 6615, 6635, 6655, 6675, 6695, 6715, 6735, 6755, 6775, 6795, 6815, 6835, 6855, 6875, 6895, 6915, 6935, 6955, 6975, 6995, 7015, 7035, 7055, 7075, 7095, 7115, 7135, 7155, 7175, 7195, 7215, 7235, 7255, 7275, 7295, 7315, 7335, 7355, 7375, 7395, 7415, 7435, 7455, 7475, 7495, 7515, 7535, 7555, 7575, 7595, 7615, 7635, 7655, 7675, 7695, 7715, 7735, 7755, 7775, 7795, 7815, 7835, 7855, 7875, 7895, 7915, 7935, 7955, 7975, 7995, 8015, 8035, 8055, 8075, 8095, 8115, 8135, 8155, 8175, 8195, 8215, 8235, 8255, 8275, 8295, 8315, 8335, 8355, 8375, 8395, 8415, 8435, 8455, 8475, 8495, 8515, 8535, 8555, 8575, 8595, 8615, 8635, 8655, 8675, 8695, 8715, 8735, 8755, 8775, 8795, 8815, 8835, 8855, 8875, 8895, 8915, 8935, 8955, 8975, 8995, 9015, 9035, 9055, 9075, 9095, 9115, 9135, 9155, 9175, 9195, 9215, 9235, 9255, 9275, 9295, 9315, 9335, 9355, 9375, 9395, 9415, 9435, 9455, 9475, 9495, 9515, 9535, 9555, 9575, 9595, 9615, 9635, 9655, 9675, 9695, 9715, 9735, 9755, 9775, 9795, 9815, 9835, 9855, 9875, 9895, 9915, 9935, 9955, 9975, 9995, 10015, 10035, 10055, 10075, 10095, 10115, 10135, 10155, 10175, 10195, 10215, 10235, 10255, 10275, 10295, 10315, 10335, 10355, 10375, 10395, 10415, 10435, 10455, 10475, 10495, 10515, 10535, 10555, 10575, 10595, 10615, 10635, 10655, 10675, 10695, 10715, 10735, 10755, 10775, 10795, 10815, 10835, 10855, 10875, 10895, 10915, 10935, 10955, 10975, 10995, 11015, 11035, 11055, 11075, 11095, 11115, 11135, 11155, 11175, 11195, 11215, 11235, 11255, 11275, 11295, 11315, 11335, 11355, 11375, 11395, 11415, 11435, 11455, 11475, 11495, 11515, 11535, 11555, 11575, 11595, 11615, 11635, 11655, 11675, 11695, 11715, 11735, 11755, 11775, 11795, 11815, 11835, 11855, 11875, 11895, 11915, 11935, 11955, 11975, 11995, 12015, 12035, 12055, 12075, 12095, 12115, 12135, 12155, 12175, 12195, 12215, 12235, 12255, 12275, 12295, 12315, 12335, 12355, 12375, 12395, 12415, 12435, 12455, 12475, 12495, 12515, 12535, 12555, 12575, 12595, 12615, 12635, 12655, 12675, 12695, 12715, 12735, 12755, 12775, 12795, 12815, 12835, 12855, 12875, 12895, 12915, 12935, 12955, 12975, 12995, 13015, 13035, 13055, 13075, 13095, 13115, 13135, 13155, 13175, 13195, 13215, 13235, 13255, 13275, 13295, 13315, 13335, 13355, 13375, 13395, 13415, 13435, 13455, 13475, 13495, 13515, 13535, 13555, 13575, 13595, 13615, 13635, 13655, 13675, 13695, 13715, 13735, 13755, 13775, 13795, 13815, 13835, 13855, 13875, 13895, 13915, 13935, 13955, 13975, 13995, 14015, 14035, 14055, 14075, 14095, 14115, 14135, 14155, 14175, 14195, 14215, 14235, 14255, 14275, 14295, 14315, 14335, 14355, 14375, 14395, 14415, 14435, 14455, 14475, 14495, 14515, 14535, 14555, 14575, 14595, 14615, 14635, 14655, 14675, 14695, 14715, 14735, 14755, 14775, 14795, 14815, 14835, 14855, 14875, 14895, 14915, 14935, 14955, 14975, 14995, 15015, 15035, 15055, 15075, 15095, 15115, 15135, 15155, 15175, 15195, 15215, 15235, 15255, 15275, 15295, 15315, 15335, 15355, 15375, 15395, 15415, 15435, 15455, 15475, 15495, 15515, 15535, 15555, 15575, 15595, 15615, 15635, 15655, 15675, 15695, 15715, 15735, 15755, 15775, 15795, 15815, 15835, 15855, 15875, 15895, 15915, 15935, 15955, 15975, 15995, 16015, 16035, 16055, 16075, 16095, 16115, 16135, 16155, 16175, 16195, 16215, 16235, 16255, 16275, 16295, 16315, 16335, 16355, 16375, 16395, 16415, 16435, 16455, 16475, 16495, 16515, 16535, 16555, 16575, 16595, 16615, 16635, 16655, 16675, 16695, 16715, 16735, 16755, 16775, 16795, 16815, 16835, 16855, 16875, 16895, 16915, 16935, 16955, 16975, 16995, 17015, 17035, 17055, 17075, 17095, 17115, 17135, 17155, 17175, 17195, 17215, 17235, 17255, 17275, 17295, 17315, 17335, 17355, 17375, 17395, 17415, 17435, 17455, 17475, 17495, 17515, 17535, 17555, 17575, 17595, 17615, 17635, 17655, 17675, 17695, 17715, 17735, 17755, 17775, 17795, 17815, 17835, 17855, 17875, 17895, 17915, 17935, 17955, 17975, 17995, 18015, 18035, 18055, 18075, 18095, 18115, 18135, 18155, 18175, 18195, 18215, 18235, 18255, 18275, 18295, 18315, 18335, 18355, 18375, 18395, 18415, 18435, 18455, 18475, 18495, 18515, 18535, 18555, 18575, 18595, 18615, 18635, 18655, 18675, 18695, 18715, 18735, 18755, 18775, 18795, 18815, 18835, 18855, 18875, 18895, 18915, 18935, 18955, 18975, 18995, 19015, 19035, 19055, 19075, 19095, 19115, 19135, 19155, 19175, 19195, 19215, 19235, 19255, 19275, 19295, 19315, 19335, 19355, 19375, 19395, 19415, 19435, 19455, 19475, 19495, 19515, 19535, 19555, 19575, 19595, 19615, 19635, 19655, 19675, 19695, 19715, 19735, 19755, 19775, 19795, 19815, 19835, 19855, 19875, 19895, 19915, 19935, 19955, 19975, 19995, 20015, 20035, 20055, 20075, 20095, 20115, 20135, 20155, 20175, 20195, 20215, 20235, 20255, 20275, 20295, 20315, 20335, 20355, 20375, 20395, 20415, 20435, 20455, 20475, 20495, 20515, 20535, 20555, 20575, 20595, 20615, 20635, 20655, 20675, 20695, 20715, 20735, 20755, 20775, 20795, 20815, 20835, 20855, 20875, 20895, 20915, 20935, 20955, 20975, 20995, 21015, 21033, 21055, 21075, 21095, 21115, 21135, 21155, 21175, 21195, 21215, 21233, 21255, 21275, 21295, 21315, 21333, 21355, 21377, 21399, 21415, 21433, 21455, 21477, 21499, 21515, 21533, 21555, 21577, 21599, 21615, 21633, 21655, 21677, 21699, 21715, 21733, 21755, 21777, 21799, 21815, 21833, 21855, 21877, 21899, 21915, 21933, 21955, 21977, 21999, 22015, 22033, 22055, 22077, 22099, 22115, 22133, 22155, 22177, 22199, 22215, 22233, 22255, 22277, 22299, 22315, 22333, 22355, 22377, 22399, 22415, 22433, 22455, 22477, 22499, 22515, 22533, 22555, 22577, 22599, 22615, 22633, 22655, 22677, 22699, 22715, 22733, 22755, 22777, 22799, 22815, 22833, 22855, 22877, 22899, 22915, 22933, 22955, 22977, 22999, 23015, 23033, 23055, 23077, 23099, 23115, 23133, 23155, 23177, 23199, 23215, 23233, 23255, 23277, 23299, 23315, 23333, 23355, 23377, 23399, 23415, 23433, 23455, 23477, 23499, 23515, 23533, 23555, 23577, 23599, 23615, 23633, 23655, 23677, 23699, 23715, 23733, 23755, 23777, 23799, 23815, 23833, 23855, 23877, 23899, 23915, 23933, 23955, 23977, 23999, 24015, 24033, 24055, 24077, 24099, 24115, 24133, 24155, 24177, 24199, 24215, 24233, 24255, 24277, 24299, 24315, 24333, 24355, 24377, 24399, 24415, 24433, 24455, 24477, 24499, 24515, 24533, 24555, 24577, 24599, 24615, 24633, 24655, 24677, 24699, 24715, 24733, 24755, 24777, 24799, 24815**